



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2016

Lorenz Pitum

Konservatismus und Kleinbürgerlichkeit in der Bundesrepublik

Masterarbeit bei
PD Dr. Christian Schwaabe
SoSe 2016

1	Einleitung: Konservatismus, Kleinbürgerlichkeit und die Moderne	3
2	Die Welt des Konservatismus: Von Burke zur Bundesrepublik	6
2.1	Abgrenzung von Konservatismus und Traditionalismus	6
2.2	Burke als Vater des politischen Konservatismus	7
2.3	Französische Revolution als Schlüsselmoment des Konservatismus	11
2.4	Societas Civilis und Oikos als Ideale des konservativen Staates	14
2.5	Anpassungsfähigkeit des Konservatismus	17
2.6	Konservative Revolution	18
3	Das Kleinbürgertum: Zwischen Bürgerlichkeit und Abstiegsangst	23
3.1	Kleinbürgertum als Kind der Industrialisierung	23
3.2	Orientierung am Bürgertum	26
3.3	Kleinbürgerliche Familie als Wiederkehr des Oikos	27
3.4	Rückzug ins Private	29
3.5	Der konservative Kleinbürger	31
3.5.1	Sozialismus und Liberalismus als unbefriedigende Alternativen	32
3.5.2	Konservatismus als politischer Verbündeter	33
3.6	Der reaktionäre Kleinbürger und das Dritte Reich	37
3.6.1	Kleinbürgerlicher Antimodernismus	38
3.6.2	Kleinbürgerliche Ressentiments	40
3.6.3	NSDAP als Partei des kleinen Mannes	43
4	Ära Adenauer als Symbiose von Konservatismus und Kleinbürgertum	46
4.1	Unionsparteien als politische Heimat des Konservatismus	46
4.2	Dialektik-Phobie des Konservatismus	49
4.3	Das motorisierte Biedermeier	50
5	Die nivellierte und liberalisierte Mittelstandsgesellschaft	58
5.1	Siegeszug von Mittelstand und Mittelmaß	58
5.2	Von der Klassengesellschaft zur nivellierten Mittelstandsgesellschaft	63
5.3	Liberalisierung der Gesellschaft	69
5.3.1	Liberalisierung des Geschlechterverhältnisses	71
5.3.2	Historikerstreit als mentale Selbstverortung der Deutschen	74
5.3.3	Konservative Niederlage im Kampf um Geschichtsdeutung	76
5.3.4	Die liberale Republik	78
6	Die Krise des deutschen Konservatismus	79
6.1	Versuch einer konservativen Wende unter Kohl	79
6.2	Politische Orientierungslosigkeit der Union unter Merkel	83
6.3	Krise und politische Heimatlosigkeit des Konservatismus	86
7	Moderne Kleinbürgerlichkeit: Zwischen Pragmatismus und Wut	89
7.1	Kleinbürgerlichkeit als Mittelschichtsphänomen	89
7.2	Kleinbürgerlichkeit als gesamtgesellschaftliches Phänomen	93
7.2.1	Die Pragmatische Generation	94

7.2.2	Das Zeitalter des neue Biedermeiers	96
7.2.3	Kleinbürgerliche Durchdringung aller gesellschaftlicher Milieus	97
7.3	Vom reaktionären Kleinbürger zum Wutbürger	98
7.3.1	Die AfD als Sammelbecken des rigiden Kleinbürgers.....	99
7.3.2	Der Wutbürger	104
8	Ausblick: Ideologien in einer ideologiefreien Republik	108
	Literatur- und Quellenverzeichnis	112

1 Einleitung: Konservatismus, Kleinbürgerlichkeit und die Moderne

Was bedeutet *Konservatismus*?

Eine Frage, die in ihrer Banalität fast schon absurd erscheint, schließlich gibt es wohl kaum jemanden, der mit diesem Begriff nichts anzufangen vermag. Versucht man sich jedoch an einer Antwort, will man eine Definition von Konservatismus geben, so zeigt sich, dass sich dies gar nicht so einfach gestaltet. Denn Konservatismus gehört zum politischen Standardvokabular, ruft Adenauer und die Unionsparteien ins Gedächtnis. Zugleich bezeichnet Konservatismus aber auch eine gesellschaftliche und soziale Geisteshaltung, die man mit althergebrachten Traditionen und Verhaltensmustern verbindet, er kann als abwertendes wie positives Attribut verwendet werden. Meistens überwiegt die negative Konnotation, Konservatismus gilt als rückschrittliche, antimoderne Einstellung. Wissenschaftliche Texte mögen diese normative Wertung außen vor lassen, machen sich aber selten die Mühe, den Konservatismus zu entwirren und genauer zu definieren. Dabei erscheint ein tiefergehendes Verständnis des Konservatismus vor dem Hintergrund des schleichenden Machtverlustes der Unionsparteien aus politikwissenschaftlicher Sicht relevanter denn je zuvor.

Mindestens ebenso leichtfertig missbraucht wird der Begriff des viel gescholtenen und selten verstandenen *Kleinbürgers*. Das Kleinbürgertum wird besonders in den Medien gerne bemüht, wenn es gilt, den vermeintlich typisch kleinbürgerlichen Wähler der *Alternative für Deutschland* zu charakterisieren, wobei Kleinbürgerlichkeit als gleichbedeutend mit Ungebildetheit und Ignoranz betrachtet wird. Was genau eigentlich Kleinbürgertum ist, in welchen gesellschaftlichen Sphären es sich bewegt und wo es seinen Ursprung hat, wird jedoch kaum beachtet. Innerhalb der Politikwissenschaft wird der Begriff der Kleinbürgerlichkeit ohnehin kaum genutzt, gilt er doch als unpräzise, nichtssagend und überholt. Dabei verspricht gerade das Phänomen der Kleinbürgerlichkeit, Licht in einige der interessantesten gesellschaftlichen Entwicklungen der jüngeren bundesrepublikanischen Geschichte zu werfen. Dazu gehört die zunehmende Rückbesinnung auf biedermeierlich erscheinende Werte und Verhaltensmuster auch der jungen Generation ebenso, wie die Genese des ominösen *Wutbürgers*. Denn die apolitische *Generation Golf* ist enger mit dem gegen den Neubau des Stuttgarter Bahnhofs protestierenden Bürgers und dem gegen die

angebliche *Islamisierung des Abendlandes* hetzenden *PEGIDA*-Anhänger verbunden, als es zunächst den Anschein hat.

Es ist daher an der Zeit, sowohl Konservatismus wie Kleinbürgertum genauer zu betrachten, und eine längst überfällige Neubewertung der beiden Begriffe vorzunehmen. Sich beiden Themenfeldern in ein und derselben Arbeit anzunehmen, verspricht dabei einige interessante Ergebnisse, die bei einer getrennten Betrachtung so nicht möglich wären. Denn die Entwicklung von Kleinbürgertum und Konservatismus verläuft historisch teilweise eng beieinander, verschmilzt manchmal geradezu, nur um an anderer Stelle wieder vollkommen getrennte Wege zu gehen. Dadurch werden in der vorliegenden Arbeit drei grundlegende Forschungsfragen aufkommen:

Was ist Konservatismus?

Was ist Kleinbürgerlichkeit?

Haben Konservatismus und Kleinbürgerlichkeit in der nivellierten und liberalisierten Bundesrepublik noch einen Platz?

Um dies zu beantworten, muss zunächst die historische Entwicklung und die Gedankenwelt des Konservatismus nachvollzogen werden (Kapitel 2). Zudem ist es wichtig, Ursprung, Eigenschaften und Werte des Kleinbürgertums zu verstehen (Kapitel 3). Hier wird besonders die zunehmende Verbundenheit von Konservatismus und Kleinbürgertum im Vordergrund stehen. Der Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg läutet für Deutschland die *Stunde Null* ein, weshalb mit diesem Ereignis auch die ersten Kapitel beendet werden und mit Kapitel 4 die analytische Betrachtung der Bundesrepublik beginnen kann. Die DDR wird aus zwei Gründen ausgespart: Zum einen ist die Entwicklung von Kleinbürgertum und Konservatismus in der demokratischen Bundesrepublik aufgrund der im Vergleich mit der diktatorisch geführten DDR sehr viel größeren Freiheit von Gesellschaft wie Politik deutlich aussagekräftiger. Zum anderen hat das bundesrepublikanische Modell mit der deutschen Wiedervereinigung den Sieg davongetragen, weshalb ab 1990 ohnehin die westdeutschen Gesellschaftsformen auch für die neuen Bundesländer gelten. Die Ära Adenauer zeigt die größtmögliche Verschmelzung von Kleinbürgertum und Konservatismus, zudem findet in dieser Zeit der Konservatismus seine politische Heimat in der Union. Zugleich zeigen sich

aber schon in der nivellierten Mittelstandsgesellschaft erste Risse im kleinbürgerlich-konservativen gesellschaftlichen Konsens, die schließlich zu einer, nicht zuletzt von den 1968er Protesten mitgetragenen, Liberalisierung der Bundesrepublik führen. Dieser gesellschaftliche Wandel wird zu einer großen Herausforderung für Konservatismus und Kleinbürgerlichkeit (Kapitel 5). Dass die Union keine Antwort auf die Liberalisierung der Gesellschaft findet, wird die Krise des Konservatismus nur noch verstärken (Kapitel 6). Während sich der Konservatismus zunehmend in Bedrängnis sieht, verkraftet die Kleinbürgerlichkeit den gesellschaftlichen Wandel ausnehmend gut, verlässt sogar schon bald den ihr angestammten unteren Mittelstand und verbreitet sich über das gesamte politische wie soziale Spektrum der Bundesrepublik. Doch auch der reaktionäre Kleinbürger erfreut sich großer Vitalität, bestimmt als *Wutbürger* von der AfD bis hin zu diversen Onlineforen schon bald den öffentlichen Diskurs mit (Kapitel 7).

Im finalen Kapitel 8 sollen die wichtigsten Ergebnisse kurz zusammengefasst und die Forschungsfragen beantwortet werden, zudem wird ein kleiner Ausblick auf die weitere Entwicklung von Konservatismus und Kleinbürgerlichkeit in der ideologiefreien Bundesrepublik gewagt.

Aus Verständnisgründen wird von *Deutschland*, beziehungsweise *deutschem* Konservatismus oder Kleinbürgertum gesprochen, auch wenn zum jeweiligen historischen Zeitpunkt der deutsche Nationalstaat noch nicht gegründet war.

Die Beziehung von Konservatismus und Kleinbürgerlichkeit in der Bundesrepublik ist in der Politikwissenschaft bisher nur lückenhaft erforscht, ein Umstand, der durch die vorliegende Abhandlung geändert werden soll.

2 Die Welt des Konservatismus: Von Burke zur Bundesrepublik

Konservatismus ist mehr als nur eine politische Strömung. Er ist ein komplexes, oft unübersichtlich erscheinendes Amalgam aus philosophischen Prinzipien, Weltanschauung, gesellschaftlichen Normen und angewandter Politik. Über die Jahrhunderte ist der Konservatismus so vielen Veränderungen und gegensätzlichen Interpretationen unterworfen, dass man kaum von einem einzigen *Konservatismus* sprechen kann. Das folgende Kapitel soll daher zunächst Ordnung in das Chaos bringen, um so dem eigentlichen Kern dieser Arbeit, der Untersuchung von Konservatismus und Kleinbürgerlichkeit in der Bundesrepublik, ein Fundament zu geben, auf dem überhaupt Schlussfolgerungen gezogen werden können.

2.1 Abgrenzung von Konservatismus und Traditionalismus

Der Begriff des Konservatismus leitet sich von *conservare* ab, dem lateinischen Wort für Erhalten oder Bewahren. Das Alte, Traditionelle zu bewahren beinhaltet zunächst keine nennenswerte politische Geistesauffassung, keine tiefergehende Philosophie, erscheint dieser Drang doch vielmehr als psychologisch nachvollziehbarer Drang, dem Althergebrachten den Vorzug gegenüber dem Unbekannten zu geben. Im Konservatismus muss daher mehr stecken als sein Name zunächst andeutet. Der Philosoph und Soziologe Karl Mannheim (vgl. 1984: 92) hat sich eingehend mit der schwierigen Definition von Konservatismus beschäftigt und plädiert dafür, eine Unterscheidung zwischen dem generalisierend-soziologischen Begriff des Konservatismus und seiner historisch-soziologischen Nutzung zu treffen. Die allzu menschliche Bevorzugung des Althergebrachten ist für Mannheim (vgl. *ibid.*: 93) lediglich ein „*natürlicher Konservatismus*“, den man, in Anlehnung an Max Weber, viel eher als *Traditionalismus* bezeichnen soll. Für Weber (1972: 19) ist Tradition die „*Geltung des immer Gewesenen*“, traditionales Handeln geschieht folglich „*durch eingelebte Gewohnheit*“ (*ibid.*: 12). Traditionalismus benötigt somit keine zugrundeliegende Philosophie oder Kenntnisse, die über das unmittelbar erlebbare gesellschaftliche oder politische System hinausgehen, welches dann eher reaktiv denn reflektiert bewahrt wird (vgl. *ibid.*: 2).

Ganz anders der als historisches und politisches Phänomen zu verstehende Konservatismus, der „*nicht ein bloß formal reaktives Handeln meint, sondern ein bewußtes oder unbewußtes Sich-Orientieren an einer Denk- und Handlungsweise*“ (Mannheim 1984: 94), also das Vorhandensein einer politischen Theorie impliziert. Da Traditionalismus eher Verhaltensmuster denn Philosophie ist, kann Mannheim zufolge eine politisch progressive Persönlichkeit, ungeachtet ihrer politischen Gesinnung, in der privaten oder geschäftlichen Lebenssphäre durchaus traditionalistisch handeln. Umgekehrt gilt das Gleiche, ist es doch keineswegs ungewöhnlich, dass ein politisch durch und durch konservativ denkender und handelnder Mensch ein modernes und fortschrittliches Privatleben führt (vgl. *ibid.*: 93). Während konservatives Handeln als sinnorientiertes, politisches Tun eingestuft wird, ist traditionalistisches Handeln fast rein reaktiv (vgl. *ibid.*: 97).

Mithilfe dieses simplen Gedankenspiels wird der Unterschied zwischen Konservatismus und bloßem Traditionalismus verdeutlicht. Konservatismus besteht somit aus weitaus mehr als nur einem bewahrenden, traditionalistischen Element, das zwar einen wichtigen Teil der konservativen Gedankenwelt darstellt, aber keineswegs dessen Wesenskern. Es gilt nun, diesen Wesenskern des Konservatismus zu finden und seine Denkmuster nachzuvollziehen, die ihn erst zur politischen Philosophie werden lassen.

Gerade weil Konservatismus, anders als der soeben von diesem abgegrenzte Traditionalismus, auf Inhalten der philosophisch-politischen Sphäre beruht, hat er historische und soziologische Ursprünge und weist eine Kontinuität auf, die ihn von einer nur diffusen Rückbesinnung unterscheidet und als eigenständige Ideologie qualifiziert, wenngleich er in seiner Funktion als Weltanschauung wie als politische Ideologie natürlich traditionalistische Elemente in sich bindet (vgl. *ibid.*: 97). Will man Konservatismus wirklich begreifen, muss dies immer vor dem historischen Hintergrund seiner Entstehungsgeschichte vollzogen werden.

2.2 Burke als Vater des politischen Konservatismus

Wann genau der Konservatismus als eigenständige politische Strömung auftaucht, ist einer fortdauernden und bis heute nicht eindeutig ausgefochtenen Debatte in Literatur und

Forschung unterworfen. Wie Greiffenhagen (vgl. 1971: 27) beschreibt, sind nicht nur die Ziele, Forderungen, Werte und Positionen konservativen Denkens strittig. Auch seine Ursprünge werden verschleiert, da unter Konservativen verschiedener Zeiten oder sogar derselben Epoche Uneinigkeit darüber besteht, was eigentlich als konservativ gelten soll. Erschwerend kommt hinzu, dass, wie Panajotis Kondylis (vgl. 1986: 125), einer der bedeutendsten Protagonisten der jüngeren Konservatismus-Forschung, anmerkt, der Begriff des Konservatismus erst geprägt wurde, als die Hauptwerke der später so genannten Strömung bereits geschrieben waren.

Tatsächlich wurde Konservatismus von seinen frühen Vordenkern nicht als solcher bezeichnet, erst die Anfang des 19. Jahrhunderts vom französischen Schriftsteller und Politiker Chateaubriand herausgebrachte Zeitung *Le Conservateur* steht ihm Pate für seinen Namen (vgl. Nipperdey 2013a: 313). Daher lassen sich auch seine geistigen Väter nur anhand ihrer dargelegten Ideen, nicht aufgrund der eindeutigen Titel ihrer Werke identifizieren. Während es unzweideutig ist, in welcher Gedankenwelt sich Karl Marx in seinem *Manifest der Kommunistischen Partei* bewegt, muss im Bereich des Konservatismus auf eine nachträgliche Einordnung seiner Wegbereiter durch spätere politische Denker zurückgegriffen werden, die deren zugrundeliegenden subjektiven Ansichten und Interessen unterworfen und damit naturgemäß fehleranfällig sein kann. Kurt Lenk (1989: 61) sieht Edmund Burke als denjenigen Philosophen, der dem modernen politischen Konservatismus die wesentlichsten Impulse geliefert habe, eine Meinung, die in der Literatur häufig geteilt wird.

In seinem 1790 publizierten Werk *Revolutions on the Revolution in France* setzt sich der irische Staatsmann und Gelehrte Burke mit eben jener Revolution auseinander, die der absolutistischen Monarchie Frankreichs ein Ende setzt und damit gleichsam das Ende der ständischen Gesellschaft einläutet. Burke (vgl. 1790: 138) positioniert sich entschieden gegen den Geist der Revolution und nutzt sie als Warnung an alle Herrschenden, nicht gleichsam des französischen Königs durch Arroganz und Machtmissbrauch Volk wie Militär zu verprellen und so die eigene Regentschaft aufs Spiel zu setzen. Vielmehr soll das Königreich Großbritannien als leuchtendes Beispiel dienen, das seine Stabilität zu großen Teilen der unbestrittenen Autorität des Königs und der ständischen Gesellschaft verdanke. Obgleich Großbritannien über ein Parlament verfügt, sieht Burke im Verzicht auf das Recht

der Königswahl durch dieses als unumgänglich für die Bewahrung von Frieden und Einheit an:

They [die beiden Häuser des britischen Parlaments, L.P.] knew that a doubtful title of succession would but too much resemble an election, and that an election would be utterly destructive of the "unity, peace, and tranquillity of this nation", which they thought to be considerations of some moment.

[...] So far is it from being true that we acquired a right by the Revolution to elect our kings that, if we had possessed it before, the English nation did at that time most solemnly renounce and abdicate it, for themselves and for all their posterity forever. (Burke 1790: 26).

Nicht genug, dass die Wahl eines Königs Burke zufolge die Stabilität des Königreiches ernsthaft gefährden würde, auch jeder Versuch, die ständische Ordnung abzuschaffen, muss zwangsläufig zu Chaos führen. Denn die ständische Gesellschaft und das politische System sind kein gewachsenes System, keine zufällige soziale Schichtung, sie beruhen vielmehr auf den natürlichen Gesetzen der Welt und damit letztlich auf dem Willen Gottes (vgl. *ibid.*: 48). Gegen die Natur zu verstoßen, so wird implizit wie explizit aufgezeigt, kann nur zu Unheil führen, es muss an der vorbestimmten Ordnung festgehalten werden.

Wenig verwunderlich, dass die gewaltsame Beendigung der alten Ordnung durch die französischen Revolutionäre Burke als Frevel erscheinen muss.

Gerade weil Burke nicht nur die bestehende Ordnung zu bewahren eintritt, sondern dieses Beharren auf dem Althergebrachten mit philosophischen, theologischen und politischen Mitteln zu begründen versucht, zeigt, warum er nicht lediglich einen simplen Traditionalismus bedient, sondern als früher Vertreter des politischen Konservatismus gesehen werden kann. In seinem Werk wird ein sinnorientiertes Handeln erkennbar, das, ganz im Sinne Mannheims, über ein rein reaktives Handeln weit hinausgeht. Erstmals zeigt sich der Konservatismus als politische Ideologie, wenngleich er freilich von Burke nicht als solcher erkannt oder gar bezeichnet wird. Zudem wird klar, wie unversöhnlich der frühe Konservatismus der Französischen Revolution und systemverändernden Umbrüchen im Allgemeinen gegenüberstehen muss, können diese aus konservativer Warte doch nur als Verstoß gegen die Natur gesehen werden.

Die natürliche Ordnung der ständischen Gesellschaft verschmilzt mit dem Menschenbild Burkes und wird durch dessen Sicht auf den Menschen zur einzig gangbaren Staatsform. Nur

in einer funktionierenden Gesellschaft kann der so fehlerhafte Mensch gebändigt werden, nur innerhalb der *Societas Civilis* vermag er sein Potential auszuschöpfen (vgl. *ibid.*: 146).

Damit stellt sich das Menschenbild Burkes dem Aufklärer und von den französischen Revolutionären so verehrten Rousseau (vgl. 1750: 15) entgegen, der den Menschen als in seinem Naturzustand gutes und friedliches Wesen beschreibt, das erst durch die Gesellschaft und ihre Institutionen verderbt wird. In seinem pessimistischen Menschenbild ist Burke näher an Hobbes (vgl. 1959: 80), der dem Menschen eine kriegerische, wenngleich nicht grundsätzlich schlechte Natur zuschreibt. Hobbes aber argumentiert, dass der Mensch sich seiner wilden Natur bewusst ist und deshalb einen Gesellschaftsvertrag mit seinen Mitmenschen schließt, dass er also einen Staat errichtet um seinem Bedürfnis nach Recht und Gesetz Rechnung zu tragen.

Der Leviathan, das beschützende wie bestrafende Ungeheuer Staat, ist folglich menschengemacht, es ist der Mensch, der sich seine Umwelt erschafft und damit Herr über sein Schicksal wird.

Auch der Konservatismus sieht Autorität und Herrschaft als Konsequenz des menschlichen Bedürfnisses nach Ordnung, doch kann diese Autorität sich nach konservativer Auffassung nicht durch menschliches Handeln manifestieren (vgl. Lenk 1989: 64-64). Gerade weil der Mensch sündig und fehlerhaft ist, gerade weil er in seinem Wissen und Können so beschränkt ist, kann er niemals selbst eine Ordnung erschaffen und muss auf den Willen Gottes vertrauen.

Insbesondere in der deutschen Romantik des frühen 19. Jahrhunderts wird dieses Verständnis des Menschen und seiner Limitierungen fester Bestandteil des Konservatismus (vgl. *ibid.*: 73). Eine Gesellschaftsordnung muss sich natürlich, oder, wie es Lenk (*ibid.*: 72) ausdrückt, „*organisch*“ entwickeln und über Generationen hinweg wachsen. Jeder Versuch des Menschen, in diesen natürlichen Prozess einzugreifen, wäre aus konservativer Sicht ein Verstoß gegen die natürliche Ordnung. Da der Mensch schon von seiner Veranlagung her überhaupt nicht in der Lage sein kann, selbst die Form von Staat und Herrschaft zu wählen, erübrigt sich auch der Nutzen einer schriftlichen Verfassung, was den ewigen Fortbestand der feudalständischen Monarchie zwingend als einzig legitime, da natürliche, Form der Gesellschaft erscheinen lässt (vgl. *ibid.*: 72-73).

Nach frühkonservativer Auffassung ist der Mensch somit der natürlichen Ordnung unterworfen und hat diesen Fakt zu akzeptieren. Dazu gehört auch die Akzeptanz der eigenen sozialen Stellung, womit sich der Kreis zur ständischen Gesellschaft schließt. Denn nicht nur die Existenz von Ständen, auch das Verharren im eigenen Stande ist fester Bestandteil des Konservatismus. Der Gedanke der Gleichheit des Menschen ist dem Konservatismus fremd, wird als dekadente, gesellschaftszersetzende Modeerscheinung betrachtet. Damit steht er im krassen Gegensatz zu Rousseau (vgl. 2001: 67), der die Gleichheit der Menschen in den Mittelpunkt seiner Werke rückt, wobei er eine Unterscheidung zwischen natürlicher und politischer Gleichheit des Menschen vornimmt. Der Konservatismus, dem die bestehende gesellschaftliche Ungleichheit nicht als Resultat gesellschaftlicher Konventionen sondern der natürlichen Ordnung interpretiert, kann Rousseaus Gleichheitsgedanke nur verdammen. Der Staat hat nach konservativer Ansicht nicht das Recht, eine wie auch immer geartete Gleichheit der Menschen durchzusetzen (vgl. Lenk 1989: 66). Da die Menschen nicht gleich sind, kann auch gar kein allgemeiner menschlicher Anspruch auf Glück existieren, vielmehr kann nur der individuellen Konstitution und ständischen Zugehörigkeit entsprechende Bedürfnisse geben, die gestillt werden müssen (vgl. *ibid.*: 67). Der Mensch ist weder fähig noch berechtigt, diese in Frage zu stellen, und hat seine Ungleichheit gegenüber anderen Menschen als natur- und gottgewollt zu akzeptieren.

2.3 Französische Revolution als Schlüsselmoment des Konservatismus

Als kleiner Vorgriff auf an späterer Stelle noch genauer aufgezeigte Entwicklungen sei erwähnt, dass sich der Konservatismus zwar, historisch bedingt, von der ständischen Gesellschaft etwas lösen wird, der Grundgedanke der natürlichen Ungleichheit der Menschen und ein Wunsch nach einer entsprechenden Gesellschaftsordnung jedoch weiterhin von zentraler Bedeutung bleiben werden. Kehrt man vorerst zur Betrachtung des Frühkonservatismus zurück, so erscheint es jedenfalls wenig verwunderlich, dass sich das konservative Denken des ausgehenden 18. Jahrhunderts kaum mit der revolutionären Forderung nach „*Liberté, Égalité, Fraternité*“ vereinbaren lässt. Lenk (vgl. 1989: 75-77) zeigt, dass schon dieses aufklärerische Leitmotto der französischen Revolution aus Sicht des Konservativen eine Entfesselung des nicht von Vernunft sondern von Leidenschaften

gesteuerten Wesens Mensch kennzeichnet, und dass diese Leidenschaften, von Autorität, Tradition und Sitte der klassischen Herrschaftsform befreit „zur Zerstörung eines gewachsenen Staatswesens führen mußten“ (ibid.: 77). Freiheit bedeutet dem Konservativen Bindungslosigkeit, Gleichheit führt zwangsläufig zu Kollektivismus, und Brüderlichkeit kann nur im Bürgerkrieg enden (vgl. ibid.: 76).

Durch das Chaos und die Rechtlosigkeit in den Jahren nach der Französischen Revolution sehen sich die Konservativen, auch wenn sie sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht selbst als solche bezeichnen mögen, in dieser Sicht bestätigt (vgl. Lenk 1989.: 77). Die von Aufklärung und Revolution so geschätzte Vernunft des Menschen hat versagt, sich gegen die natürliche Ordnung und damit den Willen Gottes gestellt (ibid.: 85). Die großen Verlierer der Französischen Revolution und des von ihr eingeläuteten Endes der alten Weltordnung sind Feudaladel, Kirche sowie die höheren Stände, und gerade diese privilegierten Teile der Gesellschaft gehören nicht zufällig zu den frühen Protagonisten des Konservatismus (vgl. ibid.: 58).

Dennoch kann die Entstehung des Konservatismus nicht lediglich als simple Gegenreaktion zur Französischen Revolution verstanden werden. Burkes Abhandlung über die Zeit nach 1789 ist ein Schlüsselmoment des modernen konservativen Denkens, und wie Nipperdey (vgl. 2013a: 313) berechtigterweise anmerkt, ist die Französische Revolution zweifellos ein entscheidendes Moment für die Ausbildung der konservativen Idee.

Ob man jedoch, wie Mannheim (vgl. 1971: 43-44), die Revolution in Frankreich unzweifelhaft als frühesten Beginn für die Entstehung von Konservatismus wie Liberalismus bezeichnen kann, darf bezweifelt werden. Wie Greiffenhagen (1971: 45) anmerkt, mag der Konservatismus als Amalgam politischer, sozialer und vor allem antirevolutionärer Argumente erst nach 1789 zu einer eigenständigen politischen Strömung herangewachsen sein, die konservative Idee ist jedoch, hier zitiert Greiffenhagen Kunz ist „so alt wie die Menschheit selbst“. Auch wenn dies etwas übertrieben erscheint, so beginnt der Konservatismus wohl nicht erst mit Burke (vgl. Lenk 1989: 61).

Kondylis (vgl. 1986: 68) holt weit aus, beginnt bei der auf Aristoteles zurückzuführenden *Societas Civilis* und datiert den Beginn des Konservatismus sehr viel früher als 1789:

Eine vollständige und gelungene Darstellung jener Momente erbringt also ep ipso den Nachweis für die These, der Konservatismus des 18. Und 19. Jh.s sei keine originelle Neuschöpfung aber auch keine bloße Reaktion auf jüngste Theorien und Ereignisse. Seine ideologischen Grundsäulen [...] waren bereits seit langem errichtet; es mußten bloß die vorhandenen gedanklichen Leitmotive in die durch die Aufklärung diktierte säkulare Sprache übersetzt und dabei entsprechend bearbeitet werden (Kondylis 1986.: 63).

Kondylis (ibid.: 64) erblickt also im Konservatismus lediglich eine Fortführung der seit Jahrhunderten bestehenden Versuche des Adels, seine Vormachtstellung mithilfe philosophischer Theorien zu begründen und vor allem zu bewahren. Der Societas Civilis entliehen scheint auch der bei Burke so prominente Gedanke, der Mensch habe natürlicherweise weder Befähigung noch Berechtigung, in die ständische Ordnung einzugreifen und selber Recht und Gesetz zu machen (vgl. ibid.: 222). Er könnte es auch gar nicht, denn *„das Recht wird nicht gemacht und läßt sich auch überhaupt nicht machen, es ist einfach“* (ibid.: 65).

Bemerkenswert an Kondylis Verständnis des Konservatismus ist, dass er ihn eigentlich bereits in dem Moment für tot erklärt, in dem Mannheim seine Geburt verortet, nämlich 1789. Mit dem Untergang des Adels sieht Kondylis (vgl. 1986: 387) gleichsam das Ende des Konservatismus als politischer Ideologie gekommen. Der Adel hat den Kampf um die Herrschaft gegen Volk und Kapitalismus verloren, damit ist auch die konservative Idee beendet. Kondylis wendet große Mühe auf, um mit überzeugender Logik diese Interpretation zu begründen und zeigt dabei vor allem auf, wie schwer es ist, Konservatismus zu definieren und greifbar zu machen. Dennoch kann Kondylis extremer Position nicht uneingeschränkt gefolgt werden, wenngleich sie sich auch nicht abschließend widerlegen lässt. Zu eng fasst er den Konservatismus, zu sehr bleibt er frühkonservativen Ideen verhaftet, ohne die Entwicklung und Bandbreite dieser so heterogenen politischen Strömung zu würdigen. Dabei führt Kondylis durchaus an, dass Protagonisten des Konservatismus bereits früh weniger auf ein *„Festhalten am Alten, sondern eigentlich eine richtige Mischung von Bewahrung und Erneuerung“* setzen (ibid.: 420). Entgegen seiner Aussage, es sei *„unsinig, zeitgenössische westliche politische Programme, Parteien oder Regierungen als »konservativ« zu bezeichnen, die sich dem technologischen Fortschritt“* (ibid.: 507) oder

sozialen Neuerungen verschrieben haben, ist der Konservatismus ausgesprochen wandlungs- und anpassungsfähig, wie weiter unten gezeigt wird. Daher mag Kondylis Anhaltspunkte für die Schwierigkeiten einer Konservatismus-Definition bieten, um den Konservatismus zu beerdigen jedoch ist es noch zu früh.

Mannheim (vgl. 1984: 93) mag tatsächlich eine etwas künstliche Trennung vornehmen, wenn er strikt zwischen dem als Traditionalismus bezeichneten „*natürlichen Konservatismus*“ und dem erst nach der Französischen Revolution auftretenden modernen Konservatismus vornimmt, und doch sind er und Kondylis sich näher, als es zunächst den Anschein hat. Konservatismus wird in Mannheims (vgl. 1984: 62-63) Augen erst dann zur politischen Strömung, als er sich von etwas abgrenzen kann, und dieses etwas sind die per Revolution in die Tat umgesetzten Kräfte von Liberalismus, Rationalismus und Aufklärung, unter deren Druck die eigenständige Theorie Konservatismus erst geformt wird. Kondylis hingegen verortet die Herausbildung des Konservatismus schon in früheren Epochen und sieht dessen Erstarken nach der Revolution von 1789 eher als Beweis ungebrochener Kontinuität des adeligen Herrschaftsanspruches. Nicht zu Unrecht weist er darauf hin, dass es einen Unterschied macht, ob man die konservative Theorie als in Abwehr gegen Revolution und Aufklärung geschaffen oder lediglich als reformulierte Sammlung bereits früher existenter Ideen begreift (vgl. Kondylis 1986: 17). Kondylis mag die Revolution nicht als Schöpfungsmoment des Konservatismus sehen, aber dass der von ihm als Reformulierung bezeichnete Vorgang als Reaktion auf diese stattfand, bestreitet aber auch er nicht. Beide Schulen, die Mannheims wie die von Kondylis, sehen den Konservatismus als Ideologie der Abwehr gegen soziale, politische und historische Veränderungen. Den Konservatismus als abwehrend, fast schon reaktionär zu begreifen, ist die eigentliche Erkenntnis, die sich über sein Wesen ziehen lässt, und weitaus relevanter als die ohnehin vom subjektiven Standpunkt des jeweiligen Betrachters abhängige und somit niemals endgültig zu klärende Frage nach seinem genauen Ursprung.

2.4 Societas Civilis und Oikos als Ideale des konservativen Staates

Ob er nun in der Französischen Revolution seinen Anfang nimmt oder erst später, der Konservatismus ist zutiefst reaktionär. Er ist geprägt von Abwehr gegen Atheismus, gegen

den Verfall der Sitten und vor allem gegen die Aufklärung und ihre großen Protagonisten Rousseau und Voltaire (vgl. Lenk 1989: 68). Er geht sowohl mit der katholischen wie auch der protestantischen Lehre ein nützliches Bündnis ein, beide Lager haben an einer Allianz mit der konservativen Idee Interesse. Der Katholizismus stört sich vor allem am Atheismus der Aufklärung, während auf protestantischer Seite adelige Gutsherren im Großraum Preußen um ihren Platz an der Spitze der Gesellschaft fürchten (vgl. *ibid.*: 68). Diese Abwehrhaltung wurzelt in einem tiefen Gefühl der Verunsicherung und Angst vor dem Zerfall der bekannten Weltordnung, die in Deutschland zu einer, wie Lenk (vgl. *ibid.*: 69) es bezeichnet, säkularisierten Ketzerverfolgung gegen Jakobiner, Freimaurer und Illuminaten und andere tatsächliche oder eingebildete Feinde des Staates führt.

Die Französische Revolution lässt die konservativen Warnungen vor Verschwörungen gegen die staatliche Ordnung schließlich auf breites Gehör stoßen. Aus konservativer Sicht kann die Revolution nur durch Verschwörungen gelenkt und befeuert worden sein, andernfalls müssten die Gründe für den radikalen Umsturz der bestehenden Ordnung nämlich in der Unzufriedenheit der Untertanen mit ihrem Monarchen zu suchen sein. Dieser Gedanke wäre jedoch unvereinbar mit der *Societas Civilis*, in der ein jeder den ihm zustehenden Platz akzeptiert und den Herrscher wohlwollend unterstützt (vgl. *ibid.*: 70).

Die Aufklärung stellt zudem nicht nur die Ordnung von Staat und Gesellschaft in Frage, auch die bisher so zuverlässig scheinenden Gesetze des Kosmos werden in ihren Grundfesten durch die rasant voranschreitenden Naturwissenschaften erschüttert (vgl. Greiffenhagen 1971: 42). Die Menschen sehen sich somit in doppelter Weise der Gewissheit über die Welt in der sie leben beraubt: Einmal durch den drohenden Verlust des eigenen Platzes in der Gesellschaft, und zum anderen durch die von den Wissenschaften vorangetriebene „*Entzauberung der Welt*“ (Weber 1992: 60) ihres Platzes im Mittelpunkt des Kosmos.

Wenig verwunderlich, dass sich die Rückbesinnung auf Natur und natürliche Ordnung im Zuge der Romantik mit dem ausgehenden 18. Jahrhundert gerade in Deutschland zunehmender Beliebtheit erfreut. Die Romantik ist, obgleich selbst nicht als politische Strömung anzusehen, von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung des deutschen Konservatismus. Mannheim (vgl. 1984: 73) sieht die Theorie des deutschen Konservatismus gar in der Romantik begründet. Die Vorstellung von natürlicher Ordnung, Gesellschaft und

Mensch von Romantik und Konservatismus sind zu Beginn des 19. Jahrhunderts praktisch deckungsgleich (vgl. Lenk 1989: 72).

Die Romantik beruft sich auf die natürliche Ordnung von Staat und Welt als Ausdruck eines göttlichen Willens und steht damit ganz in der Tradition Burkes. Die von Rationalismus und Aufklärung so kalt eingesetzte Vernunft wird dabei zum Mittel umgedeutet, diese natürliche Ordnung zu erkennen. Kritische Vernunft hingegen wird als zerstörerisch angesehen, der eine positive Philosophie als heilsame Ideologie entgegengesetzt werden soll (vgl. *ibid.*: 79). Der menschliche Verstand dient also nicht dazu, Staat und Gesellschaft zu erschaffen, sondern ist lediglich ein Werkzeug, mithilfe dessen die natürliche Ordnung der Welt sich offenbart (vgl. *ibid.*: 78). Unnötig zu erwähnen, dass die ständische Gesellschaft als Teil dieser Ordnung verstanden wird (vgl. *ibid.*: 72).

Mit der Verklärung der Natur geht die Verdammung des Rationalismus einher, die sich gut in die konservative Gesellschaftslehre einfügt. Der monarchisch geführte Staat wird zum lebendigen Organismus umgedeutet, die Aufklärung möchte den Bürger diesem Organismus entreißen und einem von Menschenhand konstruierten und kalten, toten, maschinellen Staat aussetzen (vgl. *ibid.*: 86). Dieser Kälte der modernen Welt, dem Verfall von Sitten und Moral, wird die Vorstellung eines idealisierten Mittelalters entgegengesetzt, die Lenk (*ibid.*: 80) als „*Neuentdeckung der Geschichte*“ bezeichnet. Im Kern dieser Verklärung früherer Zeiten steht ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das die Menschen untereinander und mit dem Staat verbindet.

Kondylis (vgl. 1986: 264) zeigt, dass, ganz in der Tradition der *Societas Civilis*, der *Oikos*, also die Großfamilie oder Hausgemeinschaft antiken Zuschnitts, dem Konservatismus als der elementare Teil der Gesellschaft und zugleich als Miniatur des Staates selbst gilt.

Der Vater – Mutter – Kind Struktur des Oikos folgend, wird eine Rangordnung König – Adel – Dritter Stand vorgenommen, mit dem monarchischen Herrscher in der Rolle des patriarchischen Oberhauptes an der Spitze (vgl. *ibid.*: 265). Die Darstellung des Staates als großer Familie setzt die Gefühlsgewissheit der familiären Geborgenheit der mechanistisch anmutenden Rationalität der Aufklärung entgegen (vgl. Mannheim 1984: 85). Zudem wird durch die Gleichsetzung der ständischen Feudalgesellschaft mit der natürlichen Ordnung der Familie die Regentschaft des Monarchen nicht nur religiös, sondern auch ethisch legitimiert

(vgl. Kondylis 1986: 266). Ein vom Menschen erdachter Gesellschaftsvertrag, so wird implizit unterstellt, kann niemals mit der natürlichen Familie Staat gleichgestellt werden. Eine vom Gedanken individueller Vernunft befeuerte Revolution, die gleiche Rechte für alle Menschen, ungeachtet ihrer sozialen, ständischen und völkischen Position, fordert, löst demnach diese auf natürlicher Solidarität und Hierarchie basierende Familienstruktur auf (vgl. *ibid.*: 266).

2.5 Anpassungsfähigkeit des Konservatismus

Obwohl der Konservatismus sich die Bewahrung des Althergebrachten auf die Fahne geschrieben hat, kommt er doch nicht daran vorbei, sich den neuen Zeiten anzupassen. Im 18. Jahrhundert geraten weite Teile des Adels in finanzielle Schieflage und sehen sich gezwungen, ihre Besitztümer an Bürgerliche zu verkaufen (vgl. Kondylis 1986: 401). Wie Kondylis (vgl. *ibid.*) feststellt, bedeutet dies zunächst jedoch keine Schwächung des im Standesgedanken verhafteten Konservatismus, sondern stärkt ihn sogar. Adelige bringen sich nun vermehrt in den entstehenden Nationalstaat ein und besetzen hohe Ämter und Posten. Nur dadurch kann der Adelsstand seinen Bedeutungsverlust aufhalten. Obwohl Adelige immer noch qua Geburt zahlreiche Privilegien genießen, schwindet doch der Abstand zum einfachen Volk. Er nimmt eine Transformation vor, weg von einer Kaste von Gottes Gnaden und hin zu einer politischen Interessensgruppe. „*Konservativ*“ soll, so der Vorschlag eines adeligen Zeitgenossen, als „*erhaltend*“ aber nicht „*festhaltend*“ verstanden werden (vgl. *ibid.*: 403). Man darf dies als erstes Anzeichen deuten, dass sich der Konservatismus vom Gedanken der ständischen Gesellschaft zu lösen beginnt.

Die Anpassungsfähigkeit an neue Begebenheiten kommt dem Konservatismus auch zugute, als im Jahre 1848 die Revolution mit knapp einem halben Jahrhundert Verspätung gegenüber dem französischen Nachbarn nun auch den deutschen Raum erreicht. Die liberale Revolution scheitert, doch sie hinterlässt auch im Konservatismus Spuren. Obwohl unter Bismarck ein konservativ-bürokratisches System mit autoritären Zügen (vgl. Franke 1988: 145) herrscht, liegt doch keine Rückkehr zum Zustand vor der Revolution vor, weder für das politische System noch für den Konservatismus (vgl. Nipperdey 2013a: 674). Die Regierung mag konservativ sein, doch der Konservatismus als solcher muss sich anpassen um zu

bestehen. Er zeigt sich äußerst wandlungsfähig, bedient sich zur Wahrung des Friedens gar der Mittel des politischen Gegners. So ist es ausgerechnet die konservative Regierung Bismarck, die progressive, sozialistische Reformen, etwa die zeitweiligen Einführung der Gewerbefreiheit und erste rudimentäre Arbeitsschutzmaßnahmen einführt, um Mittelstand und Proletariat ruhig zu stellen und die soziale Stabilität im Lande zu sichern (vgl. *ibid.*: 675-676). Trotz der geschickten Modernisierung des Konservatismus durch Bismarck (vgl. *ibid.*: 672-673), rückt der deutsche Konservatismus nie komplett vom Ständestaat ab.

Nach dem Ende des Kaiserreiches infolge des verlorenen Ersten Weltkrieges scheint auch das Ende der ständischen Gesellschaft besiegelt, doch gerade in jenen Jahren werden die konservativen Stimmen lauter, die der neuen Republik die Treue versagen und eine Rückkehr zu jener eigentlich schon überwunden geglaubten Gesellschaftsform fordern (vgl. Lenk 1989: 107). Die unruhige Stimmung der Weimarer Republik erfasst auch die politische Strömung des Konservatismus und bringt ganz neue Blüten hervor. Eine der interessantesten, weil von namenhaften Denkern angeführte, Spielarten des Konservatismus stellt dabei die Konservative Revolution dar.

2.6 Konservative Revolution

Der Begriff der *Konservativen Revolution* taucht erstmals vermutlich bereits im Jahre 1848 auf und wird von Armin Mohler (vgl. Mohler 1994: 9) in seinem gleichlautenden Werk übernommen. Die Kombination von *Revolution* und *Konservativ* mag zunächst widersprüchlich erscheinen, doch dem lateinischen Begriff *revolutio*, also zurückdrehen, folgend, meint eine Revolution ursprünglich die Wiederherstellung eines früheren gesellschaftlichen Zustandes. Diese Restauration kann aber nur durch einen revolutionären Umsturz der geltenden Staatsverfassung zur Geltung kommen (vgl. Sontheimer 1957: 58-59). Der Begriff einer konservativen Revolution ist somit weniger paradox, als es den Anschein hat. Inwiefern die Konservative Revolution überhaupt dem Konservatismus zugeordnet werden kann, hängt ganz von der Bewertung des Konservatismus als solchem ab.

Stefan Breuer (vgl. 1993: 4-5) beispielsweise widerspricht Mohler, der die Konservative Revolution als direkte Fortsetzung des Konservatismus sieht, und folgt Kondylis Sicht, laut

der die Geschichte des Konservatismus bereits im 19. Jahrhundert abgeschlossen, die Konservative Revolution somit ein Ensemble verschiedener politischer Denkschulen ist.

Man muss weder Mohler noch Kondylis folgen, die in ihrer Interpretation zwei gegensätzliche Extreme darstellen, um die Konservative Revolution als Sonderfall in der ohnehin weitverzweigten Familie konservativer Strömungen zu erkennen. Sontheimer (vgl. 1957: 58) bezeichnet die Konservative Revolution als Sammelbezeichnung antiliberaler und antidemokratischer politischer Strömungen, die sich zahlreicher Ideen aus der konservativen Gedankenwelt bedienen. Daher ist es nicht falsch, in der Konservativen Revolution einen Zweig des weitgefassten Feldes Konservatismus zu sehen, auch ohne deren exakte Position zu bestimmen.

Die Konservative Revolution zeichnet sich durch eine irrationale Feindschaft gegenüber dem Liberalismus aus, die Ideale der französischen Revolution gelten ihr als direkter Weg in den verhassten Kapitalismus, wie Oswald Spengler (vgl. 1990: 1131-1132), neben Moeller van den Bruck und Carl Schmidt einer ihrer Vordenker (vgl. Knoll 1984: 225), aufzeigt. Sie hat eine insgesamt antiliberaler und antimoderne Stoßrichtung, wenngleich sich, trotz der schon eben erwähnten kapitalismusfeindlichen Ausrichtung, durchaus auch einige Befürworter des ökonomischen Liberalismus in ihren Reihen finden (vgl. Breuer 1995: 70). Die Weimarer Demokratie wird abgelehnt, an ihre Stelle soll eine quasi-monarchische, als natürliche Regierungsform betrachtete „*geführte Demokratie*“ (vgl. Lenk 1989: 157) treten. Demokratie bedeutet aus Sicht der Konservativen Revolution nicht den Interessenausgleich verschiedener gesellschaftlicher und politischer Gruppen, sondern wird als natürliches Handeln eines historisch und genetisch verbundenen Volkes verstanden (vgl. *ibid.*: 152). Diese verquere, auf Volkstümelei basierende und mit harter Hand geführte Regierungsform mag kaum als Demokratie erkennbar sein. Schmitt versucht jedoch, den Begriff der Demokratie weit zu dehnen:

Eine Demokratie kann militaristisch oder pazifistisch sein, absolutistisch oder liberal, zentralistisch oder dezentralisierend, fortschrittlich oder reaktionär [...] ohne aufzuhören, Demokratie zu sein. (Schmitt 1991: 34).

Entscheidend ist laut Schmitt alleine, dass das Volk sich im Willen des Führers erkennt (vgl. Lenk 1989: 156).

Es versteht sich, dass bei diesem Verständnis von Demokratie als autoritär geführter und vor allem rassistisch fundierter Herrschaftsform kein Platz für all jene sein kann, die nicht natürlicher Teil der Volksgemeinschaft sind. Das betrifft in besonderem Maße die Juden.

Zur Ehrenrettung der konservativen Revolution sei angemerkt, dass längst nicht alle Vertreter dieser alles in allem sehr heterogenen Strömung sich des Antisemitismus schuldig machen. Sombart etwa sieht das Judentum als treibende Kraft des wirtschaftlichen Fortschritts Deutschlands im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert und meint, man komme gar nicht umhin

[..] die Existenz jüdischer Wirtschaftssubjekte als einen der größten Vorzüge anzuerkennen, über die dieses Land in ethnischer Hinsicht verfügt. (Sombart 1913: 112).

Dennoch zeigt sich, am prominentesten wohl bei Schmitt, eine antijüdische Haltung innerhalb der konservativen Revolution, wenngleich dieser im Gegensatz zum nationalsozialistischen Antisemitismus nicht in letzter Konsequenz auf die totale Vernichtung des Judentums ausgerichtet ist (vgl. Greiffenhagen 1971: 295).

Schmitts Einfluss auf die Konservative Revolution ist besonders mit der berüchtigten Freund-Feind Unterscheidung verbunden (vgl. Schmitt 2009: 25). Nur durch einen totalen Feind ist die totale Integration des Volkes in den soldatischen Staat möglich (vgl. Schmitt 1937: 239). Wie Greiffenhagen (vgl. 1971: 263) bemerkt, knüpft Schmitt damit an den konservativen Denker Adam Müller an. Dieser propagiert bereits ein Jahrhundert vor Schmitt die integrative Kraft des Krieges und des Kampfes auf Leben und Tod gegen den äußeren Feind für die innere Stärke und Verbundenheit von Volk und Nation (vgl. Müller 1809: 7). Die Abgrenzung gegen innere wie äußere Feinde bedingt einen zum Nationalismus gesteigerten Patriotismus innerhalb der Konservativen Revolution. Der Nationalismus steht wiederum in einem engen Zusammenhang mit der Verklärung der deutschen Volksgemeinschaft und der Rückbesinnung auf deren Frühgeschichte, womit sich der Kreis schließt und das Weltbild der Konservativen Revolution in sich kongruent wird.

Wie sich gezeigt hat, teilen sich die Konservative Revolution und der deutsche Faschismus eine Vielzahl an politischen und weltanschaulichen Elementen. Nolte (vgl. 1984: 244) merkt an, dass Moeller van den Bruck, Spengler und Schmitt für ihre Zeitgenossen vom frühen Nationalsozialismus kaum zu unterscheiden. Die Ablehnung der Republik findet sich bei Nationalsozialismus wie Konservativer Revolution, wobei letztere sich für den Ständestaat einsetzt. Besonders der Gedanke der Volksgemeinschaft findet im Nationalsozialismus großen Anklang (vgl. Steber et al. 2014: 452) und wird Teil der nationalsozialistischen Utopie (vgl. *ibid.*: 450). Wenngleich das Ausmaß der Bedeutung der Volksgemeinschaft immer noch strittig ist (vgl. *ibid.*: 433-434), wird ihr zumindest für die Ausgrenzung, Entmenslichung und Ermordung der Juden im Holocaust eine entscheidende Rolle zugesprochen (vgl. *ibid.*: 447-448). Auch der Antisemitismus findet sich in beiden Ansätzen, allerdings ist Judenfeindschaft keine Erfindung der Konservativen Revolution. Bereits in den 1870er Jahren macht sich Antisemitismus innerhalb des Konservatismus breit, wobei viele enttäuschte Liberale ihre antijüdischen Tendenzen als Bindeglied zur neuen politischen Heimat im konservativen Milieu nutzen, wie Volkov (1978: 313) zeigt. Zudem ist der Antisemitismus bei den konservativen Revolutionären nicht so radikal wie im Nationalsozialismus, wie bereits oben erwähnt.

Zum aufkommenden Nationalsozialismus pflegen die wichtigsten Köpfe der Konservativen Revolution ein zwiespältiges Verhältnis. Spengler etwa kann sich weder für Hitler noch für seinen Nationalsozialismus begeistern (vgl. Thöndl 1993: 438-439), verehrt dafür aber Mussolini umso mehr (vgl. *ibid.*: 437). Dass die Konservative Revolution mit der Geschichte des Nationalsozialismus in Verbindung gebracht wird, hat dennoch seinen Grund.

Denn wenngleich Sontheimer (vgl. 1957: 59-60) die Enttäuschung oder sogar Erschütterung dieser antidemokratischen Publizisten angesichts des NS-Staates erwähnt, identifiziert er ihr Gedankengut als unzweifelhafte Stütze für das entstehende nationalsozialistische System. Zum einen trägt die Konservative Revolution, neben anderen antidemokratischen Denkschulen, wesentlich zur geistigen Unterhöhlung der Republik bei, zum anderen gibt sie der Neugestaltung des untergegangenen Reiches als Führerstaat entscheidende Impulse.

Vor diesem Hintergrund kann man etwa Spenglers Gedankengut, der die Ausgrenzung, wenngleich nicht Ermordung, der Juden als notwendig erachtet, durchaus im

Reichsbürgergesetz von 1935 wiederfinden (vgl. Thöndl 1993: 436). Bezeichnend für die zumindest geistige Nähe zwischen Konservativer Revolution und Nationalsozialismus ist sicherlich auch, dass die Deutschnationale Volkspartei DNVP bereits im Kaiserreich ein Sammelbecken deutschnational-konservativer Kräfte darstellt. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise 1929 gibt sie ihr großkapitalistisches Programm auf und vollzieht eine Rechtswende, geht wenig später in der NSDAP auf (vgl. Lenk 1989: 108). Nationalsozialismus und Konservative Revolution sind keineswegs deckungsgleich, Schmitt, Mohler und Spengler und der Rest der konservativen Revolutionäre müssen sich aber zumindest den Vorwurf gefallen lassen, der Philosophie des NS-Staates als Ideengeber fungiert zu haben.

Die Konservative Revolution stellt letztlich nur eine der vielen konservativen Strömungen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts dar. Daher können Elemente des Konservatismus zwar durchaus als hilfreiche Etappen für den Weg in den Nationalsozialismus gesehen werden, es sollte aber klar sein, dass diese Aussage nicht für die ohnehin uneinheitliche konservative Strömung in ihrer Gesamtheit gelten kann. Dennoch lässt sich nicht abstreiten, dass zahlreiche konservative Politiker, Programmatiker und Denker quer durch die Bank dieser politischen Strömung die Machtergreifung Hitlers aktiv befördern und begrüßen (vgl. Kroll 2005: 6).

Einen großen Gewinn kann der Konservatismus daraus freilich nicht ziehen. Die NSDAP beraubt in den späten 1920er und frühen 1930er Jahren die konservativen Parteien nahezu der Hälfte ihrer Wählerschaft (vgl. Lipset 1967: 458). Mit dem 1933 erlassenen Gesetz gegen die Neubildung von Parteien ist auch das Ende der konservativen Parteien besiegelt.

3 Das Kleinbürgertum: Zwischen Bürgerlichkeit und Abstiegsangst

Kleinbürgertum lässt sich, ähnlich wie der Begriff des Konservatismus, nur schwer erfassen und noch schwieriger definieren. Noch dringender als beim Konservatismus bereits der Fall, muss der *Kleinbürger* in seinen historischen Kontext eingeordnet werden, sowohl um sein Wesen zu begreifen, als auch um diesen Begriff überhaupt sinnvoll wissenschaftlich nutzen zu können. Denn seine Bezeichnung selbst, *Kleinbürger*, stellt zunächst nicht mehr dar als eine Polemik, ein Schimpfwort, das, wie es Franke (1988: 9) ausdrückt, „*Provokation ohne Begründung*“ erlaubt. Schon, dass man vom kleinen Bürger spricht, weckt Assoziationen an Kleinkariertheit und Kleingeistigkeit – negativ besetzte Attribute, die den Kleinbürger gleichsam vom weltgewandten, selbstbewussten *Großbürger* abgrenzen. Der Kleinbürger muss, so wird suggeriert, nicht ganz ernst genommen werden, und doch schwingt im Ressentiment gegenüber diesem vernachlässigbaren Individuum auch eine latente Ablehnung seiner Lebensweise mit, die auf zweierlei hindeutet: Zum einen soll gezeigt werden, dass man sich natürlich keinesfalls in dessen engstirniger Lebenswelt wiederfindet, zum anderen aber die Sorge, möglicherweise doch mehr Kleinbürger in sich selbst zu entdecken, als einem lieb sein kann (vgl. Schilling 2003: 28).

Wie sich zeigen wird, befindet sich das Kleinbürgertum in der Zwickmühle, der soziale Aufstieg scheint unerreichbar, der Abstieg dafür umso näher. Warum dies einerseits einen apolitischen Rückzug ins Private bewirkt und andererseits eine Frustration hervorbringt, die reaktionäre Blüten treibt, wird im folgenden Kapitel gezeigt.

3.1 Kleinbürgertum als Kind der Industrialisierung

Die Geburt des Kleinbürgers fällt nicht von ungefähr in dieselbe Zeit, in der sich auch der Konservatismus herausbildet, denn Europa sieht sich mit dem ausgehenden 18. Jahrhundert gewaltigen Veränderungen ausgesetzt.

Neben den schon erwähnten Kräften der Aufklärung, die ein neues Weltbild und zuvor unbekannte soziale und politische Bewegungen und Gegenbewegungen hervorbringen, wird auch die Wohn- und Arbeitssituation der Angehörigen des Dritten Standes durch die andere große, die industrielle Revolution auf den Kopf gestellt. Der Übergang Deutschlands vom

Agrar- zum Industriestaat, formt die deutsche Gesellschaft zu einer Industriegesellschaft (vgl. Nipperdey 2013b: 226). Gleichzeitig nimmt die Bedeutung der Zünfte immer weiter ab, was einen entscheidenden Faktor für die sukzessive Herausbildung eines Bürgertums darstellt. Zünfte kontrollieren seit dem Mittelalter nicht nur die Produktion von Waren und Dienstleistungen und sichern so ihren Mitgliedern ein wirtschaftliches Auskommen, auch eine Vielzahl von juristischen und sozialen Rechten, vom beruflichen Status bis hin zum Heiratsrecht, sind von der Zugehörigkeit zu einer Zunft abhängig (vgl. Haupt & Crossick 1998: 29-30). Durch die zunächst von Preußen ausgehende Gründung des deutschen Nationalstaates Mitte des 19. Jahrhunderts nimmt die Bedeutung städtischer Selbstverwaltung und somit auch der Zünfte ab. Obwohl der Einfluss der Zünfte nach wie vor groß ist und viele ihrer Traditionen und Gesetze Eingang in offizielles Recht finden, geht die Kontrolle der handwerklichen Produktion immer stärker in staatliche Hand über (vgl. *ibid.*: 34). Mit der Proklamation des deutschen Kaiserreiches 1871 werden die Zunftgesetze schließlich abgeschafft und Gewerbefreiheit zur Regel (vgl. *ibid.*: 38). Da die Hemmnisse bei der Gründung eines Kleinbetriebes in den zuvor von Zunftrecht geprägten Städten nun aus dem Wege geräumt sind und durch die Industrialisierung Städte zunehmend zum wirtschaftlichen Mittelpunkt des Landes werden, verstärkt das Ende der Zünfte die ohnehin schon massive Landflucht noch weiter (vgl. *ibid.*: 34).

Durch das Wachstum der Städte wächst auch der Bedarf an Kleinbetrieben und Dienstleistern, seien es Nahrungsmittelerzeuger wie Bäcker und Schlächter, Handwerker wie Schneider und Schuster oder Händler aller möglichen Waren (vgl. Haupt 2001: 24). Neben diesen Kleinbetrieben vergrößert sich auch die Anzahl der industriellen Großunternehmen sowie Warenhäuser, Banken und Filialketten, und mit ihnen der Bedarf nach Angestellten, die Aufgaben aus dem Bereich der Verwaltung und Organisation, des Rechnungs- und Schriftwesens und weitere nichtmanuelle Arbeit übernehmen konnten (vgl. Nipperdey 2013b: 374). Auch das Beamtentum der niederen Dienstränge wächst in jener Zeit stetig (vgl. Jung 1982: 69).

Kleinunternehmer und Angestellte unterschieden sich freilich deutlich in ihrer Lebensführung, so wie auch innerhalb der nur schwammig formulierbaren Kaste der Angestellten eine große Heterogenität besteht, und doch sind sie sich in ihrer Abgrenzung

nach unten hin erstaunlich enig. Man beansprucht für sich den Sonderstatus als *bürgerlich*, und ist darauf bedacht, den Abstand zu den geringgeschätzten Proletariern, jener neuentstandenen Schicht von armseligen und von ihrem Arbeitgeber abhängigen Fabrikarbeitern, hervorzuheben. In Nipperdeys (2013b: 377) Worten: „*Man kann sagen, daß es gerade der Abgrenzungswille nach unten war, mehr als die gleichartige Lage, der das Gemeinsame der neuen Schicht konstituierte.*“ Auf diese Abgrenzung nach unten und ihre Bedeutung wird später noch näher eingegangen.

Gleichzeitig besteht aber auch eine Grenze nach oben hin, zur *Grande Bourgeoisie*, dem Großbürgertum. Dieses besteht zwar ebenfalls größtenteils aus Bürgerlichen, aber Reichtum und Bildung ermöglichen dem Großbürgertum eine Lebensweise, die von der eines Kleinunternehmers oder Angestellten um Welten entfernt liegt.

Zwischen der erbärmlichen Situation der Arbeiter und dem neuen Geldadel, der gemeinsam mit den immer noch einflussreichen Aristokraten nun die gesellschaftliche Spitze darstellt, bilden sich somit die *Classes Moyennes*, oder Mittelschichten heraus (vgl. Haupt & Crossick 1998: 26), die gerade innerhalb der deutschen Historie bis heute eine ausgesprochen wichtige Rolle für sich beanspruchen können.

Die Tatsache, dass zwischen Arbeitern und reichen Bürgern sowie Adeligen mehrere Schichten existieren, ist an sich kein überraschendes Phänomen und auch nicht neu, weder aus historischer noch ideengeschichtlicher Sicht. Bemerkenswert aber ist, dass sich unter dieser heterogenen Mittelschicht ein eigenes Bewusstsein als *bürgerlich* entsteht. Das Bürgertum wird geboren, ein Begriff, der zwar eng mit der Idee des *Bürgers* verwandt, aber doch nicht synonym ist. Denn Bürgertum bedeutet mehr, es stellt eine zunehmend vom Adel emanzipierte gesellschaftliche Schicht wie auch eine ganz eigene Lebensform dar, die maßgeblich zur in Deutschland so dominanten bürgerlichen Gesellschaft beigetragen hat. Das Bürgertum ist dabei zwangsläufig ein Kind der Moderne, denn ohne die Verstädterung im Zuge der industriellen Revolution und den Siegeszug des Nationalstaates wäre es kaum denkbar, wie Schilling zeigt:

Die Geschichte des Bürgertums ist eine Geschichte der Stadt. Der Bürger ohne Stadt ist historisch nicht vorstellbar. Die bürgerliche

Gesellschaft indes verweist in eine andere Dimension; hier wäre der Bürger ohne Staat nicht vorstellbar (Schilling 2003: 11).

In früheren Epochen bestand der vom Feudaladel kontrollierte Wirtschaftskreislauf aus städtischem Handwerk und nahrungsmittelerzeugenden, oft unfreien Bauern. Mit der Urbanisierung und Industrialisierung, mit der Möglichkeit, als kapitalistischer Unternehmer ökonomischen Erfolg zu feiern, wird ein gesellschaftlicher und finanzieller Aufstieg für große Teile der Menschen erstmals überhaupt denkbar (vgl. Schilling 2003: 14).

3.2 Orientierung am Bürgertum

Arbeit und Fleiß werden zur Grundlage der bürgerlichen Ehre und prägen das bürgerliche Selbstverständnis (vgl. Schilling 2003: 21). Das Bürgertum verlangt nach mehr als nur der Stillung der grundlegendsten Bedürfnisse des täglichen Lebens, und findet Interesse an der ehemals dem Feudalstand vorbehaltenen Hochkultur. Die Künste lösen sich von ihrer traditionellen Bindung an Klerus und Adel und werden der Öffentlichkeit zugänglich. Erst durch diese zunehmende Verbürgerlichung der Kunst entsteht überhaupt der moderne Kunst-, Literatur- und Kulturbetrieb (vgl. Nipperdey 1988: 10-11).

Die Musik wird durch öffentlich zugängliche Opern und Orchester zu einem festen Bestandteil des bürgerlichen Lebens, und findet durch Kammermusik und Klavierspiele auch Eingang ins Private (vgl. *ibid.*: 12-13). Auch die darstellenden Künste erfreuen sich nicht nur in den neuentstandenen Museen wachsender Beliebtheit beim Volk, durch Lithografien wird Malerei an den eigenen vier Wänden vom Bildungsbürger bis hin zum kleinen Angestellten und sogar für manch einen Arbeiter zur Norm (vgl. *ibid.*: 16). Der Einzug von Kunst und Kultur in das Leben der bürgerlichen Gesellschaft zeigt die wachsende Bedeutung von Bildung auf. Darunter fallen nicht nur die schönen Künste, besonders die berufliche und akademische Qualifikation gilt dem Bürgertum als Möglichkeit des sozialen Aufstieges (vgl. Schilling 2003: 64). Durch die Einführung der allgemeinen Schulpflicht zu Beginn des 19. Jahrhunderts kommt ein Großteil der deutschen Bevölkerung zumindest in den Genuss der grundlegendsten Bildung, die obligatorische Volksschule verringert die Anzahl der Analphabeten nachhaltig (vgl. Nipperdey 2013b: 531).

Das bürgerliche Interesse an Bildung und Kunst sollte jedoch keinesfalls über die große Heterogenität innerhalb dieser Gesellschaftsschicht hinwegtäuschen. Viele Handwerker und kleine Angestellte leben ökonomisch wie sozial am unteren Rand des Bürgertums. Anders als das Großbürgertum sind diese im wahrsten Sinne des Wortes *Kleinbürger*.

Eine Einordnung, wer genau zu den Kleinbürgern gezählt werden kann, gestaltet sich schwierig, da am unteren Ende der bürgerlichen Schichten die Grenzen zum Proletariat verschwimmen. Da eine wirtschaftliche Angleichung an höhere Schichten für Fabrikarbeiter nahezu unmöglich ist, soll die Teilnahme an bürgerlicher Kultur zumindest einen sozialen Aufstieg herbeiführen. Proletarisch organisierte, und oftmals von bürgerlichen Mäzenen getragene, Bildungsvereine für Arbeiter sollen den modernen Lohnsklaven das dazu nötige Wissen vermitteln (vgl. Schilling 2003: 63-64). Dieser von Schilling (vgl. 2003: 61) treffend als „*Verbürgerlichung*“, bezeichnete Vorgang gelingt jedoch nur teilweise, und führt eher zur „*Verkleinbürgerlichung*“ der aufstiegswilligen Proletarier. Der Versuch weniger privilegierter Schichten, sich bürgerliche Umgangsformen und Kultur zu Eigen zu machen wird vom Bürgertum jedoch nicht honoriert, sondern vielmehr als bloße Kopie der eigenen Lebensweise abgetan:

[...] in der Praxis war es aber so daß die Proletarier eben nicht die richtige „Gesinnung“ hatten, daß die kulturellen Formen, Stile, Haltungen nicht wirklich ausgefüllt, daß der bürgerliche Habitus eben nur imitiert wurde (Schilling 2003: 71).

Somit bleibt der proletarische Versuch der Verbürgerlichung tatsächlich im Kleinbürgertum stecken. Obwohl aufstiegswillige Proletarier nur einen kleinen Teil des Kleinbürgertums ausmachen, zeigt sich hier bereits die für das Kleinbürgertum bedrohliche Nähe zu den untersten Schichten, auf die später noch näher eingegangen wird.

3.3 Kleinbürgerliche Familie als Wiederkehr des Oikos

Als maßgebliche Bezugs- und Wertdominante macht Schilling (vgl. 2003: 81) die Familie aus. Es zeigen sich Parallelen zur Nutzung des Oikos durch die frühkonservative Bewegung, nur

dass nicht der Monarch als Hausherr seines Reiches präsentiert werden soll, sondern vielmehr der Kleinbürger zum patriarchalischen Herrscher seines eigenen, winzigen Reiches erhöht wird. Die Ehre des Kleinbürgers ist an seine Rolle als Vater und Familienoberhaupt gekoppelt, die Ehe gilt nicht nur als religiöses Sakrament, sondern auch als die Voraussetzung von Bürgerlichkeit. Für die Ehe gibt es aber auch rein praktische Gründe, da in handwerklichen Kleinbetrieben die Ehefrau stark in das Geschäft eingebunden ist.

Der Frau kommt damit eine ambivalente gesellschaftliche Rolle zu. Einerseits werden Frauen im 19. Jahrhundert zunehmend marginalisiert (vgl. Haupt & Crossick 1998: 128), andererseits sind sie durch ihre zentrale Stellung in vielen Kleinbetrieben auch für den wirtschaftlichen Erfolg der Familie mitverantwortlich. Vom Lande zugezogene Handwerksmeister nehmen sich bevorzugt Töchter aus städtischen, kleinbürgerlichen Familien zur Frau.

Diese sind im Handel aufgewachsen und verfügen nicht nur über eine bessere Bildung als ihre Ehemänner, sondern führen häufig auch die Belange des täglichen Geschäfts mit weitaus mehr Geschick und Weitblick als diese. Stirbt der Mann, führt die Witwe die Geschäfte in dessen Sinne weiter, bis der älteste Sohn zur Übernahme bereit ist, ein Arrangement, das im 19. Jahrhundert keine Ausnahme, sondern die Regel darstellt (vgl. *ibid.*: 132-133).

Diese weibliche Geschäftstüchtigkeit führt jedoch nicht zu einer Emanzipation, sondern wird vielmehr zu verstecken versucht. Weiblichkeit wird mit der Unfähigkeit gleichgesetzt, Macht auszuüben oder anzustreben, eine Entwicklung, die erst im 19. Jahrhundert mit der Stände- und Klassengesellschaft endgültig zementiert wird (vgl. Cornelissen 1993: 321). Eine Frau als Ernährerin der Familie passt nicht in diese Weltsicht. Die oberen Sphären des Bürgertums mögen es sich leisten können, Frauen aus dem Wirtschaftskreislauf herauszunehmen, den winzigen Familienbetrieben des Kleinbürgertums ist dies nicht möglich. Daher wird, um zumindest den Anschein von Bürgerlichkeit zu wahren, die Rolle der Frau im Betrieb heruntergespielt (vgl. Haupt & Crossick 1998: 133).

Der Mann ist im kleinbürgerlichen Ideal der uneingeschränkte Herr über die Familie und alleinverantwortlich für den Lebensunterhalt. Da dies aber oftmals eben gerade nicht der Realität entspricht, wird ein besonderer Wert auf eine respektable und konventionell

erscheinende, den kleinbürgerlichen Moralvorstellungen entsprechende Außenwirkung der Familie gelegt (vgl. *ibid.*: 134).

3.4 Rückzug ins Private

Die Empfänger dieser Außenwirkung finden sich dabei in einem kleinen, stark nach innen gekehrten Lebensraum, das Kleinbürgertum steht für den Rückzug ins Private (vgl. Jung 1982: 70). Der Raum zwischen Familie und Eigenheim, also das Privatleben, bildet den Fixpunkt der kleinbürgerlichen Existenz. Aus heutiger Sicht mag der Gedanke eines Privatlebens, das sich vom öffentlichen Leben oder dem Broterwerb unterscheidet, als Banalität erscheinen, tatsächlich kommt er aber zur Zeit der industriellen Revolution für das Bürgertum einem sozialen Novum gleich. In der zuvor dominanten ländlichen Gesellschaft existierten keine Rückzugsräume, wie sie das urbane Leben bietet, Privathaushalt und Lebenserwerb waren weder räumlich noch gedanklich voneinander abgegrenzt (vgl. Lenk 1989: 63). Erst in der Stadt wird eine solche Trennung vorgenommen, und gerade Kleinbürger sind Verfechter und Nutznießer dieser Entwicklung. Die räumliche Trennung mag dabei nicht immer deutlich erkennbar sein, da insbesondere kleine Handwerksbetriebe nicht selten in den eigenen vier Wänden untergebracht werden (Pintschovius 2008: 131). Dennoch sind es gerade die Vertreter der unteren bürgerlichen Schichten, denen das Private und die Konzentration auf die familiär geprägte Lebensweise die ihnen so wichtige Abgrenzung zu anderen Milieus bietet (vgl. Haupt & Crossick 1998: 146).

Politik interessiert den Kleinbürger dabei nicht, denn sie gilt als schmutziges und zynisches Handwerk, das sich nicht mit dem ostentativ zur Schau getragenen Moralempfinden vereinbaren lässt. Lieber konzentriert man sich auf das eigene Leben, das eigene kleine Reich aus Familie, Haus und Garten, in dem alles übersichtlich und kontrollierbar erscheint und gibt sich betont apolitisch (vgl. Franke 1988: 215).

Man ist gesellig und auf sein Ansehen bedacht, bewegt sich aber nicht nur sozial sondern auch räumlich hauptsächlich in der kleinbürgerlichen Welt des eigenen Wohn- und Arbeitsviertels. Beruf wie Freizeit finden hier statt, und selbst in der Großstadt ähnelt das kleinbürgerliche Leben dem dörflichen Rhythmus, aus dem die ortsansässigen Kleinbürger

selbst oder deren zugezogene Vorfahren stammen (vgl. Haupt & Crossick 1998: 155). Wer es sich leisten kann, zieht in bessere, mondänere Viertel, die Besitzer von Kleinbetrieben jedoch verharren oft über Generationen an ein- und derselben Stelle und entwickeln sich zu einer ganz eigenen Elite innerhalb ihres Milieus (vgl. *ibid.*: 156).

Das Familienidyll wird idealisiert, und tatsächlich vermag der familiär organisierte Kleinbetrieb den Kindern ein besseres, behüteteres Umfeld zu bieten, als es den im Morgengrauen zur Fabrikarbeit ausrückenden und erst spät wieder heimkehrenden Proletariern möglich ist (vgl. *ibid.*: 149).

Wie bereits gezeigt, orientiert sich das Kleinbürgertum an Kultur und Lebensweise des Bürgertums, doch alles gerät, dem Stand entsprechend, eine Nummer kleiner. Anstatt der Oper bevorzugt man die leichtere Operette, beliebter als das Drama ist das Lustspiel und anstatt nachzudenken möchte man lieber lachen. Kleinbürgerliche Kultur bietet ein sicheres Erlebnis für den Konsumenten und garantiert ihm einen Kunstgenuss ohne Nebenwirkungen (vgl. Schilling 2003: 84).

Gefühlsbetonte Begriffe wie Gemütlichkeit und Behaglichkeit werden zu Schlagwörtern jener Zeit, innerhalb der guten Stube herrschen Reinlichkeit und gute Manieren vor. Man gibt sich mit der Inneneinrichtung große Mühe, das Wohnzimmer ist als Mittelpunkt der guten Stube auch zentral für das Familienleben (vgl. Glaser 1964: 79) Bescheiden und genügsam, so sieht sich der Kleinbürger selbst. Dieses kleinbürgerliche Idyll des Privaten wird von Hermann Glaser nicht frei von Spott, doch umso treffender beschrieben:

Am Sommerabend sitzt man auf der Gartenbank, ein Kind auf dem Schoß, die anderen Kinder hüpfen daneben; der Großvater hat die Pfeife im Mund und das Bierkrügel in der Hand. Abends gruppiert man sich im trauten Familienglück um den runden Tisch; das siedende Teewasser (für die billige Pfefferminze) steht breit. Um 12 Uhr bläst der Nachtwächter die Stunde – aber alles liegt schon im tiefen Schlaf [...] (Glaser 1964: 231).

Strikte Moral- und Sittenvorstellungen beherrschen das Leben des Kleinbürgers, nicht minder wichtig ist ihm aber der materielle Besitz. Denn Eigentum bedeutet ökonomische

Sicherheit, und gerade diese Sicherheit stellt für den stets am unteren Ende der Mittelschicht strampelnden Kleinbürger ein existenzielles Bedürfnis dar. Das Großbürgertum mag Eigentum oft mit zur Schau getragendem Mäzenatentum verbinden, der Kleinbürger jedoch hat auch so schon Mühe über die Runden zu kommen. Daher konzentriert man sich auf eine knauserige Enthaltksamkeit und erklärt Sparsamkeit und die kontinuierliche, risikoarme Mehrung des bescheidenen Vermögens zur Kardinalstugend (vgl. Schilling 2003: 82).

Insgesamt betrachtet, ist der Kleinbürger der Inbegriff des oft karikierten *deutschen Michels*: Brav, bieder, provinziell und seiner privaten kleinen Welt mit etwas aufgesetzt zur Schau getragener Zufriedenheit verhaftet (vgl. Franke 1988: 143).

3.5 Der konservative Kleinbürger

Das Bild von Familienidyll und die im Vergleich zum Proletariat etwas größere finanzielle Sicherheit können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Welt des Kleinbürgertums längst nicht so heil ist, wie man sich selbst zu überzeugen bemüht, vielmehr steht sie von Beginn an auf tönernen Füßen. Das Kleinbürgertum ist nie gesellschaftlich so gefestigt, wie es selbst den Anschein zu vermitteln versucht.

Viele Kleinbürger haben Aspirationen auf einen Aufstieg vom unteren Ende der Mittelschicht hinauf in die höheren Weihen des Bürgertums. Dass der Blick stets nach oben gerichtet ist, man sich zumindest gedanklich nahe am Großbürgertum wähnt, widerspricht freilich, wie Jung (1982: 40) anmerkt, der ostentativ zur Schau getragenen Bescheidenheit und Genügsamkeit des Kleinbürgertums. Zumindest aber wird so eine beruhigende Distanz zum Proletariat geschaffen, auch wenn der Kleinbürger im objektiven Vergleich mit den unerreichbaren Schichten der Bourgeoisie sehr viel näher am von ihm so verachteten Arbeiter liegt.

Der Abstand nach Oben vergrößert sich bereits im Biedermeier, der die Hochphase des sich konsolidierenden Kleinbürgertums in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts markiert, während der Abgrund näher rückt. Verantwortlich dafür ist ausgerechnet jene Industrialisierung, durch die sich das Kleinbürgertum überhaupt erst herausgebildet hat. Durch die immer weiter voranschreitende Industrialisierung droht die Großindustrie den

Kleinbetrieben die Luft abzuschnüren. Während zu Beginn der 1800er Jahre Kleinbetriebe noch unabhängig und profitabel agieren können, entwickeln sich Händler und Werkstätten zur Jahrhundertmitte zu Zulieferern der Industrie, der freie Handwerker wird zum abhängigen Lohnarbeiter (vgl. Jung 1982: 64). Das verringert die ohnehin geringe Distanz zur Arbeiterschicht noch weiter und versetzt das Selbstbild des Kleinbürgertums ins Wanken. Auch die politische Großwetterlage schlägt um und der apolitische Kleinbürger gerät in das Visier der Politik. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wird ganz Europa von revolutionären Stimmungen und politischen Kämpfen erschüttert (vgl. Koch 1985: 211). Die Revolution erreicht nun auch den deutschsprachigen Raum. In dieser als Vormärz bekannten Epoche drängen die Ideen von Liberalismus und Aufklärung auf das Ende der bestehenden Machtverhältnisse, gleichzeitig wirbt der Sozialismus um die unter miserablen Bedingungen vegetierende Arbeiterklasse (vgl. *ibid.*: 263). Der Kleinbürger, dessen Stolz sich aus seinem sozialen Platz speist, muss um die mühsam errungene Position im Bürgertum fürchten. Weder Liberalismus noch Sozialismus aber bieten sich ihm als geeignete Partner an, um die bürgerliche Existenz zu bewahren.

3.5.1 Sozialismus und Liberalismus als unbefriedigende Alternativen

Dabei hat gerade der Sozialismus sich des Kleinbürgertums intensiv angenommen. Franke (vgl. 1988: 71-72) beschreibt den frühen Sozialismus als eher kleinbürgerliche denn proletarische Bewegung. Es sind nämlich die vom ökonomischen Abstieg bedrohten Kleinunternehmer, die unter dem Kapital leiden und dies auch erkennen können, das städtische Proletariat hingegen leidet zwar auch, ist aber gar nicht in der Lage, sich politisch zu artikulieren.

Marx sieht den Kleinbürger als Verlierer des Kapitalismus, der durch das ungerecht verteilte Eigentum in eine immer weitere Abhängigkeit der Industrie gerät. Da das Kleinbürgertum aber von Natur aus ängstlich ist und zur politischen Apathie neigt (vgl. Marx & Engels 1960: 99-100), müsse es hinter der sozialistischen Idee versammelt werden (vgl. Franke 1988: 100). Die marxistische Analyse des Kleinbürgertums stimmt in vielen Punkten mit der Realität überein. Die zunehmende Abhängigkeit von der Großindustrie entzieht vielen Kleinbetrieben zunehmend die Lebensgrundlage und bedroht vor allem den sozialen Stand, wie schon in

vorherigen Abschnitten beschrieben wurde. Auch die zögerliche Natur des Kleinbürgers, gleichermaßen Folge von und Grund für seinen Rückzug ins Private wird von Marx treffend beschrieben. Aus den Reihen der Kleinbürger gewinnen die Sozialisten denn auch einige Unterstützer, die von Marx erhoffte große Welle der Sozialisten aus diesem Milieu jedoch bleibt aus. Das hat mehrere Gründe. Zum einen steht der Kleinbürger Eigentum generell nicht so feindselig gegenüber wie der Sozialismus. Auch wenn er mit der sozialistischen Forderung nach gerechter Verteilung des Eigentums durchaus etwas anfangen kann, so sehnt er sich eigentlich danach, selbst zu Reichtum zu gelangen (vgl. *ibid.*: 91). Vor allem aber geht der sozialistische Ruf nach Klassenkampf und Revolution an der kleinbürgerlichen Mentalität vorbei. Weniger die Abschaffung der Klassen, als vielmehr der Erhalt der Stände ist sein Ziel.

Zu Recht sieht Franke (1988: 133) daher den *„Kleinbürger nirgends treffender analysiert als in der sozialistischen Debatte [...] „Nirgends aber“, so Franke weiter „fühlt er sich weniger verstanden und schlechter aufgehoben als im Sozialismus.“*

Noch weniger kann der Liberalismus die Bedürfnisse des Kleinbürgertums befriedigen. Der liberale Staat hält sich weitgehend aus Wirtschaft wie Privatleben heraus und kann somit nicht den sozialen Abstieg des Kleinbürgers aufhalten, dazu bräuchte es eine starke, autoritäre und damit antilibérale Obrigkeit (vgl. *ibid.*: 37). Liberalismus steht in den Augen des Kleinbürgertums für Atheismus, Sittenlosigkeit und Chaos. Der liberale Staat kann nicht die Behaglichkeit und Sicherheit garantieren, nach der es sich so sehnt. Stattdessen vergrößert der Liberalismus die Kluft zwischen Großbürgertum und Proletariat, der ohnehin unter der unteren Mittelschicht gähnende Abgrund würde noch tiefer werden (vgl. *ibid.*: 32). Das antisozialistische wie antilibérale Kleinbürgertum, so macht Franke (vgl. 1988: 34-44) deutlich, ist im Deutschland des Vormärz politisch heimatlos.

3.5.2 Konservatismus als politischer Verbündeter

Gerade seine offensiv vor sich her getragene apolitische Einstellung macht den Kleinbürger aber zum idealen Verbündeten des Konservatismus. Seine Tugenden wie Fleiß, Sparsamkeit, Sauberkeit und der auf Gemütlichkeit bedachte aber doch asketische Lebensstil sind mit den Tugenden des Protestantismus preußischer Ausprägung praktisch identisch (vgl. Franke

1988: 49). In Bezug auf die ständische Gesellschaft sind sich Kleinbürgertum und Konservatismus ebenfalls einig: Der Kleinbürger will die ständische Gesellschaft erhalten, der Konservatismus bietet ihm genau das.

Es erscheint auf den ersten Blick paradox, dass ausgerechnet das unterste Ende der Mittelschicht der Standesgesellschaft so verhaftet ist. Schließlich entstammt das Kleinbürgertum größtenteils dem Dritten Stand, der vom Mittelalter bis hin zur Moderne unter oft erbärmlichen Verhältnissen sein Dasein fristen musste.

Doch die alte Ordnung bietet gerade dem nach Sicherheit strebenden Kleinbürger die Garantie, dass alles bleibt wie gewohnt, lässt den Abstieg in das Proletariat in weitere Ferne rücken. Der Konservatismus bietet einen Gegenentwurf zur geistigen Entwurzelung des Menschen in der modernen, aufgeklärten Welt und zum Klassenkampf des Marxismus, wie Franke (vgl. 1988: 157) zeigt. Wo Klassen vorherrschen, kann man auch nach unten abrutschen, die ständische Ordnung aber bietet nicht nur eine unverrückbare Hierarchie, sie verspricht auch die Einheit von Mensch und Staat. Diese Einheit ist das große Versprechen des Konservatismus an den Kleinbürger und sie entspricht seinen Neigungen viel mehr, stimmt mit seiner Gedankenwelt besser überein, als es Liberalismus und Sozialismus je könnten. Der Konservatismus ersetzt die kalte, von sozialer Unsicherheit geprägte *Gesellschaft* durch das *Volk*, und gibt dem kleinen Mann seine Rechte wieder, so behauptet er zumindest (vgl. *ibid.*: 173).

Das Ende der Gesellschaft bedeutet auch das Ende des Individuums, dessen Entdeckung durch die Aufklärung eben nicht nur Freiheit, sondern auch Eigenverantwortung und Unsicherheit bedeutet. Das Ende der Gesellschaft verheißt: Staat vor Individuum (vgl. *ibid.*: 159). Denn während der Liberalismus die Gesellschaft vor Übergriffen durch den Staat schützen möchte, will der Konservatismus in erster Linie den Staat vor Übergriffen durch die entfesselte Gesellschaft bewahren (vgl. *ibid.*: 162). Dem Kleinbürger, der seinen Mitmenschen und der Idee einer freien Gesellschaft grundsätzlich nicht über den Weg traut, kann dies nur Recht sein:

Die Generation, die 1848 erlebt hat, ist in ihrem Denken und Streben durch und durch sozial konservativ, wenn man so will, kleinbürgerlich. (Stadelmann 1968: 146).

Es erscheint vor diesem Hintergrund ironisch, dass das Kleinbürgertum, wie oben schon beschrieben, ausgerechnet durch die Landflucht mit dem Ende der Zünfte nach 1871 zum sozialen Massenphänomen wird. Es zeigt aber, dass das Kleinbürgertum von Anfang an einem stetigen Kampf um die eigene Position ausgesetzt ist, dass es sich in seinem Bemühen um soziale Sicherheit Schwierigkeiten politischer, sozialer und ökonomischer Natur gegenüber sieht. Jedenfalls vereinen sich in der zum Scheitern verurteilten Märzrevolution die Interessen der Konservativen mit denen der kleinbürgerlichen Schichten (vgl. Nipperdey 2013a: 733).

1848 stellt somit einen Schlüsselmoment in der Vereinigung von Konservatismus und Kleinbürgertum dar.

Während also die Französische Revolution noch einen eher geringen Einfluss auf das Kleinbürgertum hatte, war die Deutsche Revolution ein halbes Jahrhundert später umso bedeutsamer für dieses untere Ende der bürgerlichen Gesellschaft. Der Konservatismus erkennt diese geistige Verwandtschaft und bemüht sich früh, das Kleinbürgertum an sich zu binden. Dahinter steht auch die Sorge, dass konkurrierende politische Strömungen die kleinbürgerliche Angst vor dem sozialen Abstieg instrumentalisieren könnten. Der Sozialismus oder die Sozialdemokratie könnten sich dem Kleinbürger als willkommene Alternativen zu seiner von sozialer Ungerechtigkeit geprägten Lebenssituation anbieten (vgl. Franke 1988: 147). Die Einführung der deutschen Sozialversicherung 1883 durch den konservativen Reichskanzler Bismarck hat die ohnehin nur mittelgroße Attraktivität des Sozialismus für das Kleinbürgertum gemindert, sie stellt eine realpolitische Maßnahme dar, die ein Abrutschen des Kleinbürgers hinab zum Proletariat zumindest unwahrscheinlicher macht (vgl. *ibid.*: 145-146). Der Konservatismus versteht das kleinbürgerliche Ethos und nutzt es geschickt für die eigenen Zwecke, er instrumentalisiert die kleinbürgerlichen Massen im Kampf gegen die zunehmend als Gefahr betrachtete Arbeiterbewegung (vgl. *ibid.*: 150). Nach 1848 beschleunigt sich die Industrialisierung und damit Modernisierung Deutschlands. Das bedeutet, dass sich auch die ökonomischen und sozialen Probleme des Kleinbürgertums

verschlimmern, selbst gegensätzliche Theoretiker wie Marx und Sombart sehen den Untergang des Kleinbürgertums eingeläutet (vgl. Jung 1982: 81).

Preiskämpfe bestimmen zunehmend die Wirtschaft, zudem wird es nun üblich, billige Konsumgüter aus dem Ausland zu importieren. Dadurch können viele Kleinbetriebe nicht mehr rentabel operieren, Handwerker und Krämer müssen ihre ohnehin nicht mehr vollwertige Selbstständigkeit endgültig aufgeben und als Arbeiter in Fabriken anheuern (vgl. ibid.: 82). Damit wird der kleinbürgerliche Albtraum des Abstiegs in das Proletariat in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer häufiger Realität.

Die wirtschaftliche Existenz des Kleinbürgertums ist gefährdeter denn je, trotz einer kurzen Phase relativer Prosperität.

Die scheinbare Blüte der kleinen Gewerbetreibenden um 1850 war also lediglich die Vorphase zum großen Kollaps, der unnachsichtig in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzen sollte (Jung 1982: 82).

Diese Entwicklungen verstärken die ohnehin schon bestehende kleinbürgerliche Ablehnung von sozialen wie politischen Neuerungen und ergänzen sie um die Ablehnung der Moderne als solcher. Der Konservatismus erkennt diesen kleinbürgerlichen Antimodernismus und kanalisiert ihn, nutzt ihn für die eigenen Zwecke (vgl. Franke 1988: 151)., Bemerkenswert ist vor diesem Hintergrund, dass es dem Konservatismus gelingt, an die Verklärung der ständischen Gesellschaft durch das Kleinbürgertum zu appellieren, obwohl er eine Rückkehr zur Welt der Stände zunehmend selbst als Utopie erkennt. Er ist nicht genuin kleinbürgerlich, trotzdem gelingt es dem Konservatismus besser als anderen politischen Strömungen seiner Zeit, die kleinbürgerlichen, oft irrationalen, Vorstellungen zu binden und für seinen Vorteil zu nutzen (vgl. ibid.).

Das eigentlich unpolitische Kleinbürgertum findet so im Konservatismus die letzte Bastion gegen die Zumutungen der Zeit. Dazu muss es sich dem Konservatismus anpassen, und zeigt sich hierbei erstaunlich flexibel. Patriotismus und Kaisertreue bis hin zum „Hurrapatriotismus“ (Franke 1988: 151) werden Teil der kleinbürgerlichen Obrigkeitshörigkeit (vgl. Volkov 1978: 320).

Diese Verbindung zwischen dem zunehmend von der Standesgesellschaft abrückenden, aber doch von Adel und Oberschicht geführten Konservatismus mit dem immer noch den Ständen verhafteten Kleinbürgertum erscheint dennoch schwer begreiflich. Man sollte darin aber auch eher eine „aus der Not geborene politische Ehe“ sehen, wie Franke (1988: 152) anmerkt. Diese Ehe ist eine direkte Folge der noch längst nicht abgeschlossenen politischen Umwälzungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts, die einige skurrile Blüten hervorbringen und nicht unbedingt den Regeln der (politischen) Logik folgen. Davon betroffen sind keineswegs nur Konservatismus und Kleinbürgertum, das Chaos zieht sich durch sämtliche politischen Lager. Werner Sombart bringt die konfuse Lage jener Zeit eindringlich zum Ausdruck:

Heute kämpft das Proletariat an der Seite der Bourgeoisie für Erhaltung des Kapitalismus, den Handwerkertum und Gentilhommerie angreifen. Morgen stehen Junkertum und Bourgeoisie verbündet da im Kampfe gegen das Proletariat, das vielleicht Zuzug aus dem Kleinbürgertum erhält, um irgendein demokratisches Prinzip zur Durchsetzung zu bringen. Während am nächsten Tage das Junkertum gegen Bourgeoisie und Kleinbürgertum irgendeine Arbeiterschutzbestimmung oder ein Verstaatlichungsprojekt zur Annahme zu bringen strebt (Sombart 1913: 473).

Letztlich scheint die politische Ehe von Konservatismus und Kleinbürgertum durchaus zu funktionieren. Diese Nähe zwischen Konservatismus und Kleinbürgertum bedeutet allerdings nicht, dass das Kleinbürgertum sich in seiner Ganzheit dem Konservatismus anpasst. In Teilen der kleinbürgerlichen Gesellschaft schlummert ein reaktionäres Potential, dessen Auswirkungen im folgenden Abschnitt untersucht werden sollen.

3.6 Der reaktionäre Kleinbürger und das Dritte Reich

Der Kleinbürger legt Wert auf Familie und Privatleben, er ist altbekannten moralischen und sozialen Werten verhaftet und legt eine ausgeprägte Treue gegenüber der staatlichen Obrigkeit an den Tag. Das mag traditionell oder altbacken wirken, es erscheint jedenfalls recht unspektakulär. Das vermeintliche Harmoniebedürfnis des Kleinbürgertums darf aber

nicht darüber hinwegtäuschen, dass es zumindest in Teilen hochgradig reaktionär ist, und insbesondere im zwanzigsten Jahrhundert eine Rolle bei der Ausbreitung des Faschismus spielt. Dabei spielen drei eng miteinander verzahnte Faktoren eine entscheidende Rolle: Die Vorliebe für einen autoritären Staat, zunehmender kleinbürgerlicher Nationalismus und der Antimodernismus des Kleinbürgertums.

3.6.1 Kleinbürgerlicher Antimodernismus

Wie schon gezeigt, ist der Kleinbürger in hohem Maße obrigkeitstreu, er wünscht sich einen starken Staat und erwartet sich von diesem im Gegenzug für die erbrachte Treue Schutz vor ökonomischer Konkurrenz, politischen Umwälzungen und anderen als negativ empfundenen Entwicklungen. Entspricht der Staat jedoch nicht seinen Erwartungen und kommt dieser Aufgabe nicht nach, dann wird der Obrigkeit die Schuld an der Misere zugeschrieben (vgl. Franke 1988: 191-192).

Die Regierungsform darf dabei in Zeiten großer Not auch ruhig eine ins extrem des totalen Staates gesteigerten Autoritarismus annehmen. Wie groß der Ruf nach Autorität ist, hängt dabei immer von äußeren Begebenheiten ab, wie Franke (1988) zeigt:

Die Option für den totalen Staat wählt der Kleinbürger in der Gefahr, oder, damit gleichbedeutend, in der Angst vor Gefahr [...]. Besteht diese akut nicht, so nimmt er eine eher indifferente Haltung ein und verfährt nach dem Motto: jedem das Seine. (Franke 1988: 192).

Solange die Ordnung im autoritär geführten Kaiserreich bestand hatte, konnte sich der Kleinbürger also weitestgehend, wie es seiner Natur entspricht, aus der Politik heraushalten und sich auf den privaten Teil seines Lebens konzentrieren. Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg ist das deutsche Kaiserreich jedoch Geschichte und Deutschland erprobt die parlamentarische Demokratie. Die auf sehr wackeligen Beinen stehende Weimarer Republik kann weder ein stabiles politisches System noch eine auch nur annähernd befriedigende wirtschaftliche Sicherheit bieten (vgl. Winkler 2005: 602). Dass das auf Sicherheit und Autorität bedachte Kleinbürgertum sich mit einer solchen Situation nur schwer arrangieren

kann und anfällig für Versprechungen starker Führung und wirtschaftlicher Prosperität ist, überrascht vor diesem Hintergrund nicht.

Zudem bietet der faschistische Staat die Auflösung der Gesellschaft, die sich schon lange zuvor als kleinbürgerliche Sehnsucht manifestiert hat: Staat und Gesellschaft werden eins. In Gestalt des zum *Führer* überhöhten Hitler bekommt diese Sehnsucht nun auch ein Gesicht. Der Wunsch nach totaler Autorität manifestiert sich somit im Patriarchen Hitler, in ihm vereinen sich Volk und Staat in einer Person. Der Nationalsozialismus ermöglicht so die ultimative Ausformung des kleinbürgerlichen Ideals der Verschmelzung von Staat und Gesellschaft (vgl. Franke 1988: 191).

Aus der Vorliebe für einen starken Staat speist sich auch ein Wesenszug, den Shulamit Volkov (vgl. 1978: 299) als Antimodernismus klassifiziert. Antimodernismus und Kleinbürgertum sind ähnlich fest miteinander verwachsen, wie es die Sozialdemokratie mit der Arbeiterschicht ist (vgl. Volkov 1978: 299).

Neben der Vorliebe für eine starke Führung sind es vor allem die engstirnigen Ansichten zur Gesellschaft, die die Attraktivität faschistischer Ideologien zumindest für weite Kreise der unteren Mittelschicht erklären können. Das Kleinbürgertum weiß, was richtig und gut ist, alles andere wird abgelehnt. Dem Antimodernismus des Kleinbürgertums wird hier Rechnung getragen, und auf diesen Antimodernismus geht auch die zunehmend feindselige Ablehnung des Liberalismus zurück. Es sind, so Franke (vgl. 1988: 171) nicht nur die politischen Ideen des Liberalismus, an denen sich der Kleinbürger stört, sondern vor allem, dass Liberalismus als gleichbedeutend mit Fortschritt betrachtet wird.

Diese Dynamik schreckt ab, sie klingt nach noch mehr Chaos, noch mehr Kontrollverlust über die ohnehin schon verlorene Beschaulichkeit des Lebens. Der kleinbürgerliche Konservatismus entwickelt sich in der Weimarer Republik zu einer Politik des Beharrens, des Rückschritts und nimmt immer stärker die Form eines rein schematischen Traditionalismus an (vgl. *ibid.*: 171). Doch das reicht in seiner Konsequenz immer noch nicht aus, um das Kleinbürgertum weiterhin an sich zu binden, die Partnerschaft von Kleinbürgertum und Konservatismus wird brüchig und der Kleinbürger sieht sich nach Alternativen im faschistischen Lager um (vgl. *ibid.*: 172).

Zum Antimodernismus gehört auch die im Kleinbürgertum so fest verwurzelte Idealisierung der mittelalterlich-ständischen Gesellschaftsform. Um die modernen Zumutungen von Kapitalismus und Demokratie zu bändigen, braucht es eine Rückbesinnung auf eine vormoderne Gesellschaft. Diese Rückkehr verspricht der Nationalsozialismus und bietet sich so als Verbündeter des Kleinbürgertums geradezu an (vgl. Franke 1988: 193). Die Nähe zum Faschismus wächst, denn die faschistischen Strömungen, aus denen sich schließlich der deutsche Nationalsozialismus entwickeln wird, halten darüber hinaus auch ein klassisches Familienbild hoch, das der kleinbürgerlichen Vorstellung familiärer Behaglichkeit entsprungen zu sein scheint.

3.6.2 Kleinbürgerliche Ressentiments

Mit der Verklärung des Bekannten geht beim Kleinbürgertum oft eine stark ausgeprägte Ablehnung des Fremden einher. Bezeichnend ist hier der kleinbürgerliche Antisemitismus. Der Antisemitismus wurde nicht vom Kleinbürgertum erfunden, so originell ist es nicht. Aber er hat einen festen Platz in seiner Ideologie gefunden. Schon Ende des 19. Jahrhunderts nimmt die Judenfeindlichkeit im kleinbürgerlichen Milieu stark zu (vgl. Franke 1988: 151).

Der Antisemitismus wird dabei insbesondere durch den Übergang vom obrigkeitshörigen Patriotismus hin zu einem militanten Nationalismus im kleinbürgerlichen Milieu befeuert (vgl. Volkov 1978: 313). Dabei werden die bereits lange zuvor geprägten Stereotypen des Juden als fremd, hinterlistig und volkszersetzend bemüht (vgl. Volkov 1978: 216). Insbesondere die intellektuell geprägte Emanzipation des deutschen Judentums in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wird als ein Angriff des verhassten Liberalismus auf die traditionelle deutsche Gesellschaft verleumdet (vgl. *ibid.*: 215). Ob Liberalismus, Kapitalismus, Demokratisierung oder Säkularisierung, sämtliche dem kleinbürgerlichen Ethos widersprechenden sozialen wie politischen Entwicklungen werden dem Judentum zugeschrieben, so Volkov (vgl. 1978: 316-317). Nicht die Regierung sondern jüdische Berater werden für Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht, nicht der Kapitalismus, sondern der jüdische Kapitalismus, nicht der Liberalismus, sondern die jüdischen Liberalen und so weiter (vgl. *ibid.*: 219). Obwohl im 19. Jahrhundert weniger als 5 Prozent der preußischen Juden im Handwerk tätig sind, wird ihnen die Schuld an der wirtschaftlichen Misere des Kleinhandwerks gegeben (vgl. *ibid.*: 216).

Antisemitismus findet sich keineswegs exklusiv im kleinbürgerlichen Milieu, dieses ist aber aufgrund seiner Mentalität besonders empfänglich für antijüdische Ressentiments. Es neigt zu einer Einteilung der Welt in Freund und Feind. Wer Feind ist, sei es nun das Judentum, oder der Liberalismus, braucht nicht auf eine wie auch immer geartete dialektische Differenzierung zu hoffen (vgl. Franke 1988: 165). Diese Freund-Feind-Unterscheidung ist, wie Franke (1988: 163) anmerkt, nicht vergleichbar mit der kühl-berechnenden Welt eines Carl Schmitt, sondern in ihrem Wesen sehr viel einfacher gestrickt, fast schon von ordinärer Plumpheit.

Der Freund-Feind Unterscheidung, seinem Antisemitismus lässt der Kleinbürger bevorzugt dann freien Lauf, wenn er sich der Unterstützung der Gruppe, am besten auch der von oben sicher sein kann.

Wohl kein anderer Autor hat das deutsche Kleinbürgertum des frühen 20. Jahrhunderts so treffend und prägnant charakterisiert, wie Heinrich Mann, Schriftsteller und scharfsichtiger Chronist des ausgehenden Kaiserreiches. Mann beschreibt in seinem Roman *Der Untertan* den zeitgenössischen Kleinbürger Diederich als Mitläufer, der bevorzugt in der wohligen Sicherheit der Menge sein wahres Gesicht offenbart:

Er hatte, wie es üblich und geboten war, den einzigen Juden seiner Klasse gehänselt, nun aber schritt er zu einer ungewöhnlichen Kundgebung. Aus Klötzen, die zum Zeichnen dienten, erbaute er auf dem Katheder ein Kreuz und drückte den Juden davor in die Knie. Er hielt ihn fest, trotz allem Widerstand; er war stark! Was Diederich stark machte, war der Beifall ringsum, die Menge [...] Wie wohl man sich fühlte, bei geteilter Verantwortlichkeit und einem Selbstbewußtsein, das kollektiv war! (Mann 1974: 11).

Mann vermag in wenigen Zeilen die hässliche Fratze des Kleinbürgertums zu beschreiben, zeigt, wie Ressentiments und aggressive Ablehnung des Fremden aufwallen, wenn es opportun scheint. Der Kleinbürger teilt die Welt in Freund und Feind ein.

Die strikte Unterscheidung nach Freund und Feind, diese Entweder-oder-Logik steht dabei, so Franke (vgl. 1988: 165), in bemerkenswertem Gegensatz zur eigentlich gelebten sowohl-als-auch Einstellung des Kleinbürgertums. Schließlich hat das Kleinbürgertum bereits, wie

schon gezeigt, des Öfteren seine Bereitschaft demonstriert, vermeintlich Widersprüchliches konsequent zu leben, etwa in seiner Liebe zur für den Kleinbürger eigentlich nachteiligen ständischen Gesellschaft.

Die „*Kleinbürgerliche Dialektik-Phobie*“ (Franke 1988: 165) aber vereinfacht Fragen auf den Grundsatz ja oder nein, dafür oder dagegen. Gerade darum ist der Faschismus für Teile des Kleinbürgertums so attraktiv. Der Faschismus verspricht durch die Übernahme der totalen Macht im Staate, die Macht des Großkapitals wie auch der Gewerkschaften zu brechen und dem Mittelstand seinen vermeintlich verlorenen Status zurückzugeben (vgl. Lipset 1967: 454). Zudem kann der Nationalsozialismus mit seinem Versprechen von Arbeit, Gerechtigkeit und einen Platz an der Sonne beim Kleinbürgertum, dass schon immer unter dem Eindruck leidet, zu kurz gekommen zu sein, nur punkten. Einzelne Elemente der nationalsozialistischen Weltsicht tragen unverkennbar kleinbürgerliche Züge. Das fast zwanghafte Streben nach Sauberkeit und Ordnung schlägt sich auch im Kunstgeschmack des Kleinbürgers nieder. In der Kunst wie im restlichen Leben mag er es übersichtlich, weshalb Glaser (vgl. 1964: 34-35) Hitlers Feldzug gegen als *entartet* diffamierte moderne Kunst nicht zuletzt auf dessen kleinkarierten, spießbürgerlichen Geschmack zurückführt.

Daher kann sich die NSDAP der Unterstützung des Kleinbürgertums erfreuen, obwohl, das Kleinbürgertum mit seinen Hoffnungen „*auf's Falsche Pferd gesetzt*“ (Jung 1982: 99) hat, da sich die Partei schon bald gegen das als selbstsüchtig denunzierte Kleinbierbe wendet (vgl. *ibid.*). So bezeichnet Theodor Geiger es denn auch als

[...] Witz der Weltgeschichte, daß Hitler binnen 12 Jahren mehr zum Ruin der gewerblichen Mittelschicht beigetragen hatte, als der Kapitalismus während des ganzen vorangehenden Jahrhunderts auszurichten vermocht hatte (Geiger 1949: 167-168).

Der Nationalsozialismus verspricht dem Kleinbürger eine übersichtliche Welt, *Volk*, *Gemeinschaft* und *Einheit* ersetzen die differenzierte und verwirrende Realität und Sprache der Weimarer Republik (vgl. Jung 1982: 105).

3.6.3 NSDAP als Partei des kleinen Mannes

Wie groß ist nun aber die Rolle des deutschen Kleinbürgertums beim Siegeszug der Nationalsozialisten? Wie der Soziologe Theodor Geiger (1930: 647) im Jahr 1930, also bereits drei Jahre vor der endgültigen Machtergreifung Hitlers, feststellt: „*Niemand zweifelt daran, dass der Nationalsozialismus (NS.) seinen Wahlerfolg wesentlich dem Alten und Neuen Mittelstand verdankt.*“

Zum alten Mittelstand zählt Geiger (vgl. 1930: 639) hierbei Bauern, Kleinhändler und Handwerker, während Angestellte Teil des neuen Mittelstandes sind. Geiger mag vom *Mittelstand* und nicht vom *Kleinbürgertum* sprechen, doch sind Geigers als Mittelstand bezeichnete Bevölkerungsschichten genau jene, die Sombart (vgl. 1913: 459) als Kleinbürgertum definiert.¹ Bedenkt man dies, so verdankt also der Nationalsozialismus laut Geiger seinen Wahlerfolg wesentlich dem Kleinbürgertum.

Ähnlich fällt das Urteil von Seymour Lipset (vgl. 1967: 458) aus, der in den Wahlen zwischen 1928 und 1932 eine deutliche Wählerwanderung der kleinbürgerlich geprägten Parteien hin zu der NSDAP konstatiert. Konservative Parteien verzeichnen im gleichen Zeitraum ebenfalls einen bedeutenden Einbruch in ihren Wahlergebnissen, besonders solche, die einen ausgeprägten Nationalismus in ihrem Wahlprogramm aufweisen, also eine große Menge ohnehin nationalistisch gesinnter Wähler anziehen. Am geringsten sind die Abwanderungen in Richtung NSDAP bei den sozialistischen und kommunistischen Parteien.

Laut Lipset (vgl. 1967: 451) zieht der Faschismus aus dem bürgerlichen Herzen der Gesellschaft sein größtes Wählerpotential, weshalb er ihn als einen „*Extremismus der Mitte*“ bezeichnet. Lipsets Beschreibung des aus rechtsextremer Sicht idealen Regierungsoberhauptes ähnelt, wenig überraschend, der Figur eines omnipotenten Führers:

Die Rechtsextremisten sind konservativ und nicht revolutionär. Sie versuchen, politische Institutionen zu verändern mit dem Ziel, kulturelle oder wirtschaftliche Einrichtungen zu bewahren oder wiedereinzuführen. Die Extremisten der Linken oder der Mitte bedienen sich hingegen politischer Mittel, um eine kulturelle und gesellschaftliche Revolution herbeizuführen. Das Ideal eines

¹ Sombart (vgl. 1913: 463) rät ohnehin aufgrund seiner inhärenten Schwammigkeit von der Nutzung des Begriffes *Mittelstand* ab.

Rechtsextremisten ist nicht ein totalitärer Herrscher, sondern ein Monarch oder zumindest ein Traditionalist, der wie ein König handelt (Lipset 1967: 451-452).

Die Gleichstellung von Extremisten der Mitte wie der Linken erklärt sich daraus, dass Lipset (vgl. 1967: 451) extreme Formen der Linken jenseits von Kommunismus und Marxismus als Faschismus bezeichnet. Vom Kommunismus unterscheidet sich dieser linke Faschismus bei ihm vor allem durch seinen ausgeprägten Nationalismus.

Problematisch an Lipset (vgl. *ibid.*: 450) ist, dass er am linken Ende des demokratischen politischen Spektrums den Sozialismus ansiedelt, rechts den Konservatismus und alles in der Mitte pauschal als Liberalismus bezeichnet, was eine allzu grobe Vereinfachung des Liberalismus darstellt. Zudem wird impliziert, dass die Mitte der Gesellschaft in ihrer Denkweise liberal sei, was, wie bereits gezeigt, nicht der Fall ist.

Dass Liberalismus wie Faschismus beide eine Opposition gegen Religion, Traditionalismus, Sozialismus und Großkapital aufweisen, dient Lipset (vgl. *ibid.*: 451) zudem als Indiz für eine ideologische Nähe. Er lässt dabei aber völlig außen vor, dass der Faschismus mit seinem Totalitarismus und der Einschränkung nahezu aller persönlichen Freiheiten das genaue Gegenteil des Liberalismus darstellt. So ist denn auch der umgekehrte Ansatz schlüssiger, der, wie Nolte (vgl. 1984: 244) es zusammenfasst, den Nationalsozialismus als eine Erscheinungsform der deutschen und genauer preußischen militaristischen Tradition sieht.²

Ungeachtet dieser methodischen Schwächen ist Lipsets (vgl. 1967: 450) Aufsatz trotzdem aufschlussreich. Er zeigt, dass sich Extremismus keinesfalls nur aus den beiden Enden des politischen Spektrums speist, sondern, dass sich ein nicht minder ausgeprägter Extremismus auch in der Mitte finden kann. Zudem verdeutlicht er, dass das Kleinbürgertum eine ausgesprochen reaktionäre und revolutionäre Komponente enthält. Der Konservatismus kann diese in der Weimarer Zeit nicht mehr stillen, das reaktionäre Kleinbürgertum sucht nach einer Alternative und findet sie im Nationalsozialismus.

Wie schon die Konservative Revolution nicht für den weitverzweigten Konservatismus in seiner Gesamtheit stehen kann, darf auch das Kleinbürgertum nicht einfach eine Mitschuld

² Man beachte die Parallele zu Kondylis Konservatismus-Theorie, in der wiederum der Konservatismus als Erscheinungsform jahrhundertalter feudalistischer Machterhaltung gesehen wird.

am Nationalsozialismus gegeben werden. Trotzdem zeigt sich, dass die NSDAP vor allem aus dem kleinbürgerlichen Milieu Unterstützung bezogen hat, dass gerade der reaktionäre Teil des Kleinbürgertums dem völkisch auftretenden Nationalsozialismus gefährlich nahe steht, und in diesem eine willkommene Möglichkeit zur Überwindung des als unbefriedigend empfundenen sozialen Status erblickt.

4 Ära Adenauer als Symbiose von Konservatismus und Kleinbürgertum

Nach dem Zweiten Weltkrieg sind Deutschlands Städte Trümmerhaufen, und Politik wie Bürger sehen sich vor einen radikalen Neuanfang gestellt (vgl. Schwan & Steininger 2009: 7). Die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen der Nachkriegszeit stellen nicht nur die Weichen für die moderne Bundesrepublik, sie verändern auch Konservatismus und Kleinbürgertum nachhaltig. Diese Phase der deutschen Geschichte wird, nach dem Gründungskanzler der Bundesrepublik, gemeinhin als *Ära Adenauer* bezeichnet (vgl. *ibid.*: 9). Wie gezeigt werden soll, befindet sich der Konservatismus in jenen Jahren scheinbar auf einem unaufhaltsamen Siegeszug in Politik, Gesellschaft und sogar der Kultur. Die Dominanz des deutschen Konservatismus wäre so ohne seine ideologische Übereinstimmung mit der kleinbürgerlich geprägten Bevölkerung kaum möglich. Konservatismus und Kleinbürgertum sind sich so nah, dass es teilweise schwierig wird festzustellen, wo der eine beginnt und das andere endet. Und doch machen sich in dieser Hochphase des deutschen Konservatismus gesellschaftliche Brüche und eine zunehmende konservative Identitätskrise bemerkbar, sodass der vermeintliche Siegeszug rückblickend als Weg in eine tiefe Krise erkennbar wird.

4.1 Unionsparteien als politische Heimat des Konservatismus

Nur wenige Einzelpersonen können von sich behaupten, so sehr mit der Geschichte des deutschen Konservatismus in Verbindung gebracht zu werden wie Adenauer. Unter seiner Ägide entsteht bereits vor der Gründung der Bundesrepublik mit der CDU eine Partei, die es sich zur Aufgabe macht, das bürgerliche Lager in seiner Gesamtheit zu vertreten und an sich zu binden. Die CDU tritt nicht nur das Erbe früherer Parteien aus dem konservativen und rechten politischen Spektrum an, insbesondere der zum Teil in der NSDAP aufgegangenen DNVP. Auch Anhänger untergegangener Parteien wie dem katholischen Zentrum, der linksliberalen DDP, der nationalliberalen DVP und diverser rechtsextremer Gruppierungen aus Weimarer Zeiten finden unter ihrem Dach eine neue politische Heimat (vgl. Bösch 2001: 7). Die CDU fußt somit auf drei Grundströmungen: dem christlich-sozialen, dem liberalen und einem starken konservativen Element (vgl. Pütz 1985: 111).

Weitaus schwieriger als die Verschmelzung dieses doch relativ weiten politischen Feldes zu einer Partei gestaltet sich in der Frühphase der Christlich Demokratischen Union jedoch die Einigung zwischen protestantischen und katholischen Einzelverbänden (vgl. Bösch 2001: 21). Das stark vertretene katholische Milieu leistet der Akzeptanz der CDU bei den Alliierten Siegern und damit ihren politischen Gestaltungsmöglichkeiten enormen Vorschub, gilt doch die katholische Kirche aufgrund ihrer auch im Kriege bewahrten Kontinuität als moralische „*Siegerin in Trümmern*“ (vgl. *ibid.*: 23). Die Kirche bietet der jungen Partei zudem eine Plattform zur effektiven internen Kommunikation und Interessensvertretung, da sie über umfangreiche Adressenlisten und Räumlichkeiten verfügt und ihre Geistlichen sich dank Reiseprivilegien freier in der Besatzungszone bewegen können, als der große Rest der Bevölkerung (vgl. *ibid.*).

Adenauer schafft es nicht nur, die konfessionellen Gegensätze der Union zu überwinden, es gelingt ihm zudem, der CDU einen dezidiert bürgerlichen Kurs aufzuzeigen, der sich vor allem in einer Abgrenzung zur sozialdemokratischen SPD auszeichnet. Die Positionierung rechts von der SPD und nahe an der kurz darauf gegründeten FDP sowie der damals noch existenten Deutschen Partei (vgl. Bösch 2001: 84) entspricht dem Selbstbild einer konservativen Partei mit liberalem Einschlag. Wegen ihrer liberalen Elemente, vor allem aber aufgrund ihrer deutlich erkennbaren sozialpolitischen Ausrichtung wird die neue Partei von hartgesottenen Konservativen zunächst misstrauisch beäugt (vgl. Schildt 1998: 219).

Die in den ersten Jahren noch nicht vollausgeprägte Integrationskraft der Union führt zu Neugründungen dezidiert konservativer Parteien auf Bundes- wie Landesebene. Das Gros des bürgerlichen Lagers rechts der SPD geht nach und nach in der Union auf (vgl. Bösch 2001: 139), viele vorgeblich konservative Parteien entpuppen sich aber tatsächlich als rechtsradikale Nachfolgeorganisationen der NSDAP. Einige von ihnen und werden, wie beispielsweise die Sozialistische Reichspartei, nach beachtlichen Wahlerfolgen schnell verboten oder verschmelzen mit der bis heute unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehenden NPD (vgl. Schildt 1998: 221).

Die Union ist keinesfalls frei von solchen extremistischen Einflüssen, denn Adenauer zeigt wenig Scheu, das Wählerpotential von Rechtsaußen zu nutzen und in die Union einzubinden. Dabei bemüht er sich allerdings, rechtsextreme Positionen möglichst klein zu halten. Allzu

rechtslastige Parteifreunde werden zur Ordnung ermahnt, die Einbindung von politisch fragwürdigen Personen oder Koalitionspartnern wird zur Notwendigkeit erklärt, um der Entstehung von starken nationalistischen Parteien einen Riegel vorzuschieben (vgl. Bösch 2001: 143-144).

Nicht zuletzt durch die geschickte Einbindung verschiedener Strömungen des nationalkonservativen Lagers wird die Union schon bald zur dominanten politischen Kraft im politischen System der jungen Bundesrepublik und zur politischen Heimat des deutschen Konservatismus.

Die CDU sieht sich als Volkspartei und beruft sie sich in ihrem ersten Parteiprogramm von 1945 auf christliche Werte und Moralvorstellungen, die einen Weg aus der Schande der Kriegsschuld und den Ruinenlandschaften Nachkriegsdeutschlands weisen sollen. So heißt es da:

Was uns in dieser Stunde der Not allein noch retten kann, ist eine ehrliche Besinnung auf die christlichen und abendländischen Lebenswerte, die einst das deutsche Volk beherrschten [...]. Unsere Jugend soll wieder lernen, daß nicht Macht, sondern Geist die Ehre Deutschlands vor der Welt ausmacht. Wahrheit, Ehrlichkeit und Treue zum gegebenen Wort soll unser öffentliches Leben leiten. [...] Soziale Gerechtigkeit und soziale Liebe sollen eine neue Volksgemeinschaft beschirmen, die die gottgegebene Freiheit des einzelnen und die Ansprüche der Gemeinschaft mit den Forderungen des Gemeinwohls zu verbinden weiß (Pütz 1985: 75).

Die CDU soll nach Willen Adenauers unideologisch und nach pragmatischen Gesichtspunkten handeln (vgl. Sontheimer 1991: 98), obiges Wahlprogramm zeigt aber, warum die Partei besonders für das konservative Milieu so attraktiv ist. Adenauer beschwört die alten Tugenden von Anstand, Treue und Ehrlichkeit, die Besinnung auf die christlich-abendländische Tradition appelliert an die schon oft angetroffene konservative Verklärung besserer Zeiten.

4.2 Dialektik-Phobie des Konservatismus

Die angeführten Tugenden erinnern darüber hinaus frappierend an die kleinbürgerliche Ideologie. Wenig verwunderlich, dass die Ära Adenauer als diejenige gilt, in der das Kleinbürgertum seinen gesellschaftlichen Siegeszug antritt. Hier kommt erneut dem deutschen Michel die Rolle als „*offizielles Selbstportrait der Deutschen*“ (Gross 1992: 45) zu. Der Nachkriegskonservatismus, soviel wird aus dem Wahlprogramm der CDU früh klar, besinnt sich auf Vergangenes und setzt ganz auf alte Werte und Tugenden, weniger auf Dialektik.

Ein Vordenker der konservativen Revolution vom Schlage eines Armin Mohler kann mit diesem mangelnden intellektuellen Anspruch nicht glücklich sein. So attestiert Mohler denn auch dem Nachkriegs-Konservatismus einen bemerkenswerten geistigen Stillstand:

„Konservativ“ wurde wieder zum hegenden und pflegenden Bewahren des Status quo [...]. „Konservativ“ wurde wieder zum Glauben an die Möglichkeit der Restauration von idealistisch gesehenen Epochen der Vergangenheit. Die einen träumten von der Umwandlung Rumpfdeutschlands in eine einzige große Hansestadt mit patrizischem Bürgersinn [...]. Anderen wieder schwebte eine Wiederherstellung des alten Heiligen Römischen Reiches mit möglichst wenig deutscher Nation vor [...] (Mohler 1974: 37-38).

Mohlers Kritik mag überspitzt sein, trotzdem ist es bezeichnend, dass ein Sympathisant der ebenfalls die Vergangenheit idealisierenden Konservativen Revolution den Nachkriegs-Konservatismus als dermaßen verkrustet und traditionsverhaftet, geradezu traditionalistisch auffasst. Noch mehr stört er sich jedoch an der Abwesenheit einer konservativen Philosophie, einer Scheu vor Dogma wie Dialektik, die den Konservatismus von einer Ideologie zu einer bloßen Haltung zurechtstutzt (vgl. Mohler 1974: 38). Mohler mag dies als traditionalistisch werten, man könnte auch einfach eine Orientierung an der kleinbürgerlichen Lebensweise darin erkennen, die wenig Antrieb für das Neue bietet und sich generell weniger um die Politik als vielmehr um die eigenen Angelegenheiten schert. Traditionalismus wie Kleinbürgertum ergehen sich nicht in philosophischen Feinheiten, und

tatsächlich zeichnet sich die rechte Intelligenz der Nachkriegszeit hauptsächlich durch ihre Abwesenheit aus, wie auch Sontheimer (vgl. 1991: 142) anmerkt.

Die von Mohler beklagte Verweigerung einer dialektischen Auseinandersetzung mit der gelebten, eigenen Ideologie erinnert nicht von ungefähr an die von Franke (1988: 165) diagnostizierte „*Kleinbürgerliche Dialektik-Phobie*“ der Weimarer Zeit. Der Nachkriegs-Konservatismus ist erschreckend dünn und inhaltsarm, wirkt fast schon wie ein hie und da mit Versatzstücken konservativen Gedankengutes aufpolierter Traditionalismus, so sehr mangelt es ihm an geistiger Schärfe und dem Willen, sich mit konkurrierenden und eigenen Ideen dialektisch auseinanderzusetzen. Lediglich in der politischen Linken zeigt sich eine intellektuelle Auseinandersetzung mit dem Wandel der Zeit, wie Schwaabe anmerkt:

Kulturkritik, Auseinandersetzung mit den Widersprüchen der okzidentalen Moderne, die es unverändert gibt und die sich zum Teil um die gleichen Topoi bewegen, wandern nun nach links, und dort wird diese Kritik unter entgegengesetzten politischen Vorzeichen betrieben. Es gibt keine Konservative Revolution mehr (Schwaabe 2005: 456).

Es fehlt eine konservative Intelligenzija vom Kaliber der Konservativen Revolution, vielmehr gewinnt das kleinbürgerliche Verständnis eines simplen, diskursfreien Konservatismus an Boden. Nach dem Zweiten Weltkrieg teilen sich Konservatismus und Kleinbürgertum eine recht simple Weltsicht, fusionieren geradezu miteinander. Das Kleinbürgerliche wird zur beherrschenden Gefühlslage jener Zeit, Erich Kästner verspottet Lebensgefühl wie Zeitgenossen jener Jahre als „*motorisierten Biedermeier*“ (Frei 2006: 2).

4.3 Das motorisierte Biedermeier

Genau wie das ursprüngliche deutsche Biedermeier konzentriert sich auch sein Nachfolger im Geiste knapp ein Jahrhundert später auf den Rückzug in die Welt des Privaten. Dominik Geppert (vgl. 2002: 85) charakterisiert die deutsche Gesellschaft der 1950er Jahre als so stark auf den familiären und häuslichen Bereich zurückgezogen wie keine Generation vor

oder nach ihr in diesem Jahrhundert. Wie präzise diese anekdotisch scheinende Vereinfachung einer ganzen Epoche den tatsächlichen Lebensumständen kommt, belegen eindeutige Daten der damals in Mode kommenden Demoskopie.

So verbringen dreiviertel der Befragten Anfang der 1950er Jahre ihren Feierabend ausschließlich in den eigenen vier Wänden, neben der Arbeit als Lebensmittelpunkt stehen vor allem Hobbies wie Lesen, Gartenarbeit, Radiohören oder der obligatorische Spaziergang hoch im Kurs (vgl. *ibid.*: 85).

Selbstredend steht die Familie auch beim motorisierten Biedermeier im Zentrum des Privaten. Dennoch zeigen sich hier schon erste Risse in der patriarchalischen Gesellschaft, die noch vom Nationalsozialismus zum Ideal stilisiert wurde (vgl. Vogel 1989: 38). Nach dem zweiten Weltkrieg werden in Deutschland aufgrund der hohen Verluste an der Front sieben Millionen mehr Frauen als Männer gezählt. Frauen fällt somit während und nach dem Krieg oft die Rolle als Familienoberhaupt zu, sie sind erwerbstätig und leisten eigentlich den Männern vorbehaltene körperliche Schwerstarbeit (vgl. *ibid.*). Dennoch hängt, ganz konservativ-kleinbürgerliches Ideal, der Status der Frau immer noch von Qualifikation und Beruf ihres Mannes ab. Ihre gesellschaftlich gewünschte Rolle ist immer noch ausschließlich die der Ehefrau, ungeachtet der sozialen Realitäten jener Tage (vgl. *ibid.*: 44). Eine Frau, die sich diesem Bild nicht unterwirft, gilt im besten Falle als „*Kommunistin*“, im schlimmsten als „*Freiwild*“ und „*Prostituierte*“ (vgl. *ibid.*: S. 41-42).

Aufgrund der veränderten Lebensumstände zeichnen sich erste Veränderungen im Verhältnis der Geschlechter also schon direkt nach dem Krieg ab, wenngleich die Familie der 1950er Jahre aufgrund des hohen gesellschaftlichen Drucks im Großen und Ganzen noch dem kleinbürgerlichen Ideal folgt.

Auch außerhalb der Kernfamilie sind die Nachkriegsjahre von einer Stimmung geprägt, die von den Herausgebern der damals einflussreichen *Zeitschrift für Kultur und Politik*, den katholischen Sozialisten Walter Dirks und Eugen Kogon, als *Neue Restauration* bezeichnet wird (vgl. Sösemann 1988: 1-3). Die gesellschaftliche Stimmung jener neuen Restauration beschreibt Frei:

Trotz aller Begeisterung für Europa und aller Bekundungen des Wiedereintritts in den Kreis der zivilisierten Nationen des "Abendlands" wirkten die Muster sozialer Ächtung und gesellschaftlicher Vorurteile, zu denen die Deutschen zwölf Jahre lang so gläubig sich bekannt hatten, noch lange nach. "Asoziale", "Zigeuner", Homosexuelle, uneheliche Kinder und "leichte Mädchen" passten nicht in das rasch wieder aufpolierte, aber offenkundig verlogene Bild bürgerlicher Wohlanständigkeit (Frei 2006: 8)

Hier zeigt sich erneut der Einfluss des kleinbürgerlichen Weltbildes: Alles hat der althergebrachten Ordnung zu folgen, was sich nicht in die saubere, züchtige Gesellschaft einfügt, wird verdammt.

Dass ein 1952 vom Bundestag erlassenes Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften, von der CDU & CSU als *Gesetz gegen Schmutz und Schund* bezeichnet wird, zeigt die Geisteshaltung jener Tage recht anschaulich (vgl. Buchloh 2002: 81).

Insbesondere sexuelles Schrift- und Bildmaterial fällt unter das Gesetz, das daneben auch die Verbreitung von Kriegsverherrlichung und Gewalt zum Schutz der heranwachsenden Jugend indiziert. Wird ein Medium indiziert, darf es weder beworben, noch Personen unter 18 Jahren zugänglich gemacht werden (vgl. *ibid.*: 81-82).

Und doch beginnen die kleinbürgerlichen, christlich-konservativen Leitlinien auch hier zu bröckeln, alternative Lebensführungen und den Schutz von Minderheiten rücken langsam in das Bewusstsein der Bevölkerung. Von der Regierung an Schulen herausgegebene Broschüren werben für Toleranz gegenüber unehelichen Mischlingskindern schwarzer US-Soldaten mit deutschen Frauen (vgl. Frei 2006: 8). Ein kleiner, zaghafter Schritt, der dennoch die gesellschaftliche Liberalisierung kommender Jahrzehnte erahnen lässt.

Die Frage nach dem Umgang mit Minderheiten bekommt durch die massive Zuwanderung, die bereits während des Krieges einsetzt, eine nicht zu unterschätzende politische wie soziale Bedeutung (vgl. Motte et al. 1999: 16). Die erste Migrationswelle wird durch die Flucht der Deutschen vor der Roten Armee aus den ehemaligen Reichsgebieten Ostpommern, Ostpreußen, Schlesien sowie der Volksdeutschen aus dem Osteuropäischen Raum in Richtung der westlichen Besatzungszonen ausgelöst, in deren Folge mehr als zwölf

Millionen Menschen in kürzester Zeit integriert werden müssen (vgl. de Zayas 1980: 169)³. Hinzu kommt eine große Zahl an Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone (vgl. Heidemeyer 1994: 24). Die Volksdeutschen werden keineswegs mit offenen Armen empfangen und sehen sich vielfach einer Mischung aus Sozialneid aufgrund ihrer bevorzugten Behandlung bei der Arbeitsvermittlung und fremdenfeindlichen Ressentiments ausgesetzt (vgl. Krauss 2000: 32). Dennoch gelingt die Integration schnell und schon bald herrscht eine überwiegende Akzeptanz gegenüber den neuen Mitbürgern vor (vgl. *ibid.*: 38) vor.

Die italienischen, spanischen, griechischen und später türkischen Gastarbeiter, die ab den 1950er Jahren den Bedarf der deutschen Wirtschaft an Arbeitskräften stillen sollen (vgl. Novi 1999: 243), können nicht auf so viel Toleranz hoffen. Zu fremd erscheinen sie, gelten aufgrund der Sprachbarrieren und fehlenden Möglichkeiten, die deutsche Sprache zu erlernen als dumm und integrationsunwillig (vgl. von Oswald & Schmidt 1999: 205). Ein Eindruck, der durch die räumliche Segregation und Isolation der in Gemeinschaftsunterkünften (vgl. *ibid.*: 202) oder sogar ehemaligen Konzentrationslagern (vgl. Glaser 1986: 76) eingepferchten Gastarbeiter noch verstärkt wird. Neben der Integrationsunwilligkeit ist es vor allem das Temperament der Ausländer, das Sorgen bereitet. Ihnen wird ein besonderer Hang zur Gewalt ebenso zugeschrieben wie die Neigung, deutschen Frauen nachzustellen und diese zu belästigen (vgl. *ibid.*: 76). Obwohl sich die Stimmung gegenüber Gastarbeitern nicht per se als extrem feindselig bezeichnen lässt, kann man durch das bedienen von Vorurteilen gegenüber Ausländern quer durch die Gesellschaft politisch punkten (vgl. Herbert 1986: 210).

Hier zeigt sich erneut die dem Kleinbürgertum oft so eigene Ablehnung des Fremden und das Gefühl, zu kurz zu kommen, beruhend auf einer übersteigerten Wahrnehmung von tatsächlich existenten Problemen. Es handelt sich dabei keineswegs um eine exklusiv kleinbürgerliche Eigenschaft, noch kann das Kleinbürgertum alleine für die allgemeine Stimmung verantwortlich gemacht werden. Und doch scheint auch im Nachkriegsdeutschland nach wie vor ein reaktionäres Element im so auf Mitte und Maß

³ Andere Quellen gehen von 14 Mio. (vgl. Wehler 2008: 48) oder 9,5 Mio. Personen aus, so etwa Jolles (1965: 93), der allerdings eine exakte Erfassung von vorneherein ausschließt. Die exakte Zahl der Geflohenen dürfte aber an dieser Stelle ohnehin irrelevant sein.

bedachten Kleinbürgertum zu schlummern, dem man auch in späteren Jahrzehnten noch begegnen wird.

Auch die bürgerliche Kultur der jungen Republik steht ganz im Sinne des „*nachttotalitären Biedermeiers*“ (Thränhardt 1996: 140). Die einheimische Filmproduktion greift den schon im Dritten Reich immens populären Heimat- und Schnulzenfilm wieder auf (vgl. Thränhardt 1996: 139).

Auch schwerere, ernstere Themen werden verarbeitet, passend zum desolaten Zustand der deutschen Städte- wie Filmlandschaft wird dieses Genre als „*Trümmerfilm*“ (Hermann 1989: 141) bezeichnet. Diese Trümmerfilme, die – politisch motiviert – den Schrecken des Krieges und die Folgen des Faschismus zum Thema haben, werden jedoch praktisch ausschließlich in der sowjetischen Besatzungszone produziert. In den westlichen Besatzungszonen gilt die Filmkunst als profitorientiertes Unterhaltungsmedium, entsprechend wird sie auf leichte Kost beschränkt (vgl. *ibid.*: 142). Der Unwille des Publikums, sich freiwillig der nationalsozialistischen Vergangenheit zu stellen, tut sicherlich sein übriges.

Und doch ist die Kultur der jungen Bundesrepublik keinesfalls von Stillstand geprägt, sondern trägt bereits die Vorzeichen der noch kommenden großen Umwälzungen. Nach dem Krieg endet die von den Nationalsozialisten etablierte kulturelle Abschottung Deutschlands (vgl. Thränhardt 1996: 138).

Westliche, vor allem aber amerikanische, Kultur und Lebensweise werden rasch Teil der bunderepublikanischen Wirklichkeit. Die US-Kultur erobert Deutschland, sei es in Form von Literatur, Filmen, Musik, Comic-Heften. Schon bald laufen Rock- und Popmusik dem deutschen Schlager den Rang ab, ganz besonders bei der jungen Generation (vgl. Faulstich 2006: 156).

Der für dieses Phänomen oft genutzte Begriff *Amerikanisierung* weckt dabei Assoziationen an eine von den USA erzwungene, aufoktroyierte Übernahme einer fremden Kultur. Von Zwang kann jedoch nicht die Rede sein, ganz im Gegenteil. Die Aufnahme amerikanischer Einflüsse geschieht nicht nur freiwillig, sie stellt auch keineswegs die Aufgabe der eigenen Kultur dar, sondern dient vielmehr der Neuentdeckung der eigenen Traditionen durch die selektive Implementierung der Moderne (vgl. Schwaabe 2003: 132).

Gerade die Amerikanisierung, gerade die vermeintlich seichte Unterhaltungskultur ist ein entscheidender Faktor für die Demokratisierung der Bundesrepublik (vgl. Jarausch 2005: 72). Die Amerikanisierung ist Anzeichen für einen Verwestlichungstrend, der die Deutschen empfänglicher für alternative Lebens- und Denkweisen macht und der späteren Liberalisierung der Bundesrepublik den Boden bereitet (vgl. Schwaabe 2005: 433). Amerikanisierung und Verwestlichung verdrängen jedoch nicht die kleinbürgerliche Nachkriegsmentalität. Tatsächlich greifen Adenauer-Biedermeier und westliche Lebensart ineinander. Neben den amerikanischen Konsum- und Kulturgütern bleibt die deutsche Vorliebe für kulturellen Eskapismus in Heimat- und Schnulzenfilmen bestehen und feiert nach wie vor Erfolge (vgl. *ibid.*: 434).

Trotz oder gerade wegen des politischen Neubeginns offenbaren die Deutschen ein bemerkenswertes Desinteresse an Politik. So zeigen sich zwei Drittel der Befragten komplett uninteressiert an den politischen Vorgängen in ihrem Land, meist mit dem Hinweis, Besseres zu tun zu haben. Diese Gleichgültigkeit ist gepaart mit einer Unkenntnis des Grundgesetzes sowie der Funktionsweise einer parlamentarischen Demokratie und ihrer Organe (vgl. Geppert 2002: 85).

Wie Geppert (vgl. *ibid.*: 86) anmerkt, darf diese Kombination aus Desinteresse und Unkenntnis jedoch nicht mit Ablehnung verwechselt werden. Im Gegenteil, der überwiegende Teil der Deutschen drückt große Zufriedenheit mit Adenauers Regierungspolitik aus, die aufgrund ihrer autoritären Ausrichtung für viele einen akzeptablen Übergang zur Demokratie zu bedeuten scheint.

Ideologie, so der Konsens, hat Deutschland ins Verderben geführt, daher gibt sich die deutsche Gesellschaft betont nüchtern, weder rechts- noch linksextremistische Ideologien können in jenen Nachkriegsjahren Fuß fassen (vgl. Sontheimer 1991: 142). Auch auf politischer Ebene wird Antitotalitarismus zur Staatsräson ausgerufen, vor dem Bundesverfassungsgericht werden von der Bundesregierung Verbotsanträge gegen links- wie rechtsextreme Parteien gestellt (vgl. Geppert 2002: 90). Es darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass etwa der Antrag auf Verbot der Sozialistischen Reichspartei im Jahre 1951 von der Regierung Adenauer nur auf amerikanischen Druck und nicht aus eigenem Antrieb gestellt wird. Vorgeblich um die Distanz zu allen totalitären Ideologien zu unterstreichen,

beantragt die antikommunistische Bundesregierung auch gleichzeitig ein Verbot der schon damals im Abstieg befindlichen kommunistischen KPD (vgl. Frei 2006: 5).

Die Verweigerung des Politischen bietet zudem den Vorteil, die Konfrontation mit der unerwünschten deutschen Vergangenheit von vorneherein zu vermeiden. Schließlich hat sich ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung der aktiven oder passiven Mitwirkung an einem beispiellosen Angriffskrieg und Genozid mitschuldig gemacht. Die von den Alliierten groß angekündigte Entnazifizierung wird in der Westzone bereits nach kurzer Zeit vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges kaum durchgeführt. Selbst führende Parteikader können nicht selten auf Milde hoffen und mit einem „*Persilschein*“ in ihre Ämter und Fabriken zurückkehren, zu groß ist der Bedarf an einem funktionstüchtigen, starken Deutschland als Bollwerk gegen den neuen kommunistischen Feind (vgl. Badstübner 1999: 246).

Dass kein großes Interesse an der Aufarbeitung der schändlichen Vergangenheit besteht, ist dabei weder dem Konservatismus noch dem Kleinbürgertum direkt zuzurechnen.

Von Seiten der konservativen Eliten wird diese Verdrängung des Vergangenen unterstützt, wird doch so die Integration der Deutschen in die Demokratie vereinfacht, so das Kalkül der Adenauer-Regierung (vgl. Sontheimer 1991: 184). Wer sich keiner Schuld bewusst sein muss, wem keine Verstrickung in die Diktatur vorgeworfen wird, der kann sich ungehemmt auf seine Rolle als Bürger des neuen, demokratischen Deutschlands konzentrieren. Die Verdrängung des Politischen und die Akzeptanz der Obrigkeit zeigen sich auch bei der Wiederbewaffnung der deutschen Streitkräfte. Der Aufbau der Bundeswehr und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht stoßen bei der Bevölkerung auf wenig Begeisterung, doch als die Remilitarisierung Deutschlands beschlossene Sache ist, folgt man der Regierung und akzeptiert sie (vgl. Albrecht 1980: 34).

Die Vermeidung von Ideologie, von Politik, und ganz besonders der Aufarbeitung der Geschichte in der Ära Adenauer mag kleinbürgerlich anmuten, tatsächlich aber liegt sie eher darin begründet, dass man die Vergangenheit um jeden Preis ruhen lassen möchte. Sie ist also weniger Ausdruck kleinbürgerlicher Tendenzen, als vielmehr des Unwillens, sich der deutschen Schuld zu stellen. Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass durch die kleinbürgerliche Mentalität der Ära Adenauer ein entsprechendes Klima besteht, das von der

Regierung zudem gefördert wird (vgl. Sontheimer 1991: 184), Kleinbürgerlichkeit spielt hierbei also eine nicht zu unterschätzende Rolle.

5 Die nivellierte und liberalisierte Mittelstandsgesellschaft

Wie schon gezeigt, mag die Ära Adenauer von einer verknöcherten und verharrenden politischen wie geistigen Haltung gekennzeichnet sein, dieses oberflächliche Bild bekommt jedoch schon früh erste Risse. Mit der sich konsolidierenden Mittelstandsgesellschaft werden diese immer tiefer, bis sie schließlich mit der Revolution von 1968 endgültig aufbrechen. Die Bundesrepublik verändert sich rapide, die Vorherrschaft der kleinbürgerlich-konservative Nachkriegsgesellschaft findet schon bald ihr Ende. Wie diese Zeit sich auf den kleinbürgerlichen Konservatismus auswirkt, soll nun nachvollzogen werden.

5.1 Siegeszug von Mittelstand und Mittelmaß

Kulturell und gesellschaftlich sind die 1950er zweifellos ein Jahrzehnt des Mittelstandes, das politische Klima ist in großen Teilen zutiefst kleinbürgerlich (vgl. Schwaabe 2005: 419). Das Kleinbürgertum bietet nach der „*Stunde Null*“ die einzige Konstante, den letzten Anknüpfungspunkt an die Normalität (vgl. *ibid.*: 410). Es hat sich selbst seit jeher als Mitte der Gesellschaft gesehen, und hat dieses Ziel endlich erreicht. Münkler diagnostiziert den Deutschen, die jahrzehntelange Sehnsucht nach Erlangung des Status einer Mittelmacht gegen eine Gesellschaft der Mitte ausgetauscht zu haben:

Die Westdeutschen führten gewissermaßen einen Mitteltausch durch: Sie wurden zu einer Mittelstandsgesellschaft, und dafür verzichteten sie auf jene geopolitischen Mittevorstellungen, die ihren Vätern und Großvätern so wichtig gewesen waren, dass sie zwei verheerende Kriege geführt hatten, um ihnen Geltung zu verschaffen (Münkler 2010: 219).

Der vermeintlich gründliche Wechsel an der Spitze von Staat und Gesellschaft wird von Münkler als deutliches Zeichen dieses Wandels gesehen. Seine Behauptung, dass die alten NS-Eliten von neuen mittelständischen Eliten abgelöst worden seien und daher der Mittelstand die Macht im Staat übernommen habe (vgl. Münkler 2010: 218) überschätzt jedoch die Entnazifizierung, deren Effektivität, wie bereits beschrieben, sehr angezweifelt werden muss. Dennoch führt Münkler anschaulich vor, dass die junge Bundesrepublik eine

Gesellschaft der Mitte ist, oder eher, wie es Enzensberger (vgl. 1989: 258) kritisch ausdrückt, eine *Gesellschaft der Mittelmäßigkeit*. Dieser sieht die Wurzeln der Mittelmäßigkeit wiederum im totalen Kriege begründet, dessen – aus deutscher Sicht – katastrophaler Ausgang den Deutschen ideologischen Fanatismus und Abenteurertum gründlich ausgetrieben hat (vgl. *ibid.*: 259-260). Die Deutschen geben sich nun lieber vorsichtig und moderat (vgl. *ibid.*: 260), auch Enzensberger sieht also einen Rückfall in Kleinbürgerlichkeit. Die Deutschen haben es sich in einer selbsterklärten und stark kleinbürgerlichen Mitte der Gesellschaft bequem gemacht, und die so entstandene *Mittelstandsgesellschaft* wird zur deutschen Erfolgsgeschichte.

Dass es überhaupt zur Mittelstandsgesellschaft kommen konnte, die breiten Teilen der Gesellschaft ein solch komfortables Leben ermöglicht, muss zu großen Teilen dem deutschen Wirtschaftsaufschwung der frühen Bundesrepublik zugerechnet werden. Wie Hans-Ulrich Wehler (vgl. 2008: 48) einräumt, handelt es sich zwar wohl nicht nur um ein deutsches, sondern eher um ein europäisches oder sogar globales Wirtschaftsphänomen, doch nirgendwo wird das sogenannte *Wirtschaftswunder* so verinnerlicht wie hierzulande. Das Wirtschaftswunder wird, nach zwei verlorenen Kriegen und zwei dramatischen Inflationen in weniger als einem halben Jahrhundert, zum Fundament des westdeutschen Selbstverständnisses und nimmt die Ausmaße eines identitätsstiftenden „*Wachstumsfetischismus*“ (Wehler 2008: 48) an. In Anbetracht der enormen Bedeutung des rasanten wirtschaftlichen Aufschwungs für die deutsche Gesellschaft und Psyche rechnet Münkler (vgl. 2009: 455) das Wirtschaftswunder gar den deutschen Nationalmythen zu.

Die Deutschen stellen ihre eigene Rolle bei der Schaffung des Wunders in den Mittelpunkt und bereinigen die Erzählung von allen störenden Einflüssen und Zufällen. Dazu zählen etwa die sicherlich nicht unbedeutende Eingliederung der Bundesrepublik in den amerikanischen Wirtschaftskreislauf oder die Währungsreform (vgl. Münkler 2009: 468), aber auch die Reduktion der Konkurrenz durch den Korea-Krieg, infolge dessen die Nachfrage nach deutschen Produkten förmlich explodiert (vgl. Wehler 2008: 54). Nichts soll davon ablenken, dass keine höheren Mächte, keine Zufälle, sondern nur die eigene Schaffenskraft, der eigene Fleiß, die tapferen Trümmerfrauen und die Brillanz Ludwig Erhardts bei der Einführung der Währungsreform dieses Wunder ermöglicht haben (vgl. Münkler 2009: 468). Dass die Rolle

Erhardts bei der von den USA befohlenen Währungsreform bis heute strittig ist (vgl. *ibid.*: 462) wird dabei ausgeblendet.

Letztlich ist der Mythos des Wirtschaftswunders nur eine Variante des altbekannten kleinbürgerlichen Ethos von Fleiß, Ehrgeiz und Genügsamkeit. Dass die Deutschen sich den Nachbarvölkern nun nichtmehr als Eroberer in Uniform sondern als freundliche Urlauber in Badehose präsentieren (vgl. Münkler 2009: 462), passt nur zu gut in das Bild des unpolitischen Kleinbürgers, des unbedarften und harmlosen deutschen Michels (vgl. Gross 1992: 46).

Das soll aber nicht über die enorme Leistung hinwegtäuschen, die sich tatsächlich hinter dem mythenverhangenen Wirtschaftswunder verbirgt. Das ruinierte Land erholt sich nicht nur, es verdoppelt binnen eines Jahrzehnts das Pro-Kopf-Einkommen, drückt die Arbeitslosigkeit gegen Null und wird rasch zu einer der weltweit führenden Exportnationen (vgl. Wehler 2008: 54-56).

Der wirtschaftliche Aufschwung geschieht unter der Ägide Adenauers und findet sein Gesicht in Ludwig Erhardt (vgl. Münkler 2009: 468). Es ist also nicht vermessen zu behaupten, dass der Konservatismus in Form der konservativen Nachkriegsregierung seinen Teil zur Schaffung der modernen Bundesrepublik beiträgt.

Die moderne Industriegesellschaft ermöglicht es, Waren in vorher nie gekannten Stückzahlen günstig zu produzieren und zu einem moderaten Preis anzubieten, und infolge der neuen Prosperität mangelt es nicht an kaufkräftigen Abnehmern. Wohl kein anderes Produkt zeigt diesen Mechanismus so deutlich, und ist zugleich so sehr mit dem deutschen Wirtschaftswunder-Mythos verbunden, wie das Auto (vgl. Geppert 2002: 83).

Erich Kästners motorisiertes Biedermeier, der Name deutet es bereits an, ist nicht nur kleinbürgerlich, sondern auch motorisiert. Nach dem Krieg beginnt die berüchtigte Symbiose des Deutschen mit seinem Auto. Das Auto wird als Symbol des sozialen Status nicht nur zum Teil seiner Identität, sondern ermöglicht ihm auch einen neuen Grad der Mobilität:

Das Auto erwies sich als Vehikel einer Wohlstandsgesellschaft, die sich ständig auf der Suche nach Heimat befand. Dem Heimweh entsprach das Fernweh; das Auto beförderte ins Traumland der

Freizeit. Schließlich war das Auto auch Statussymbol, Fetisch des Fortschritts, helfende und schützende Zauberkraft für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg (Glaser 1986: 145).

Mit ihrem Auto überqueren die Deutschen in Scharen die Alpen und erobern die Strände des Mittelmeeres, Zelte oder Wohnwagen ermöglichen gleich noch eine kostengünstige Unterkunft am Reiseziel (vgl. Glaser 1986: 149-150). Die Sommerfrische, einst der wohlhabenden Oberschicht vorbehalten, wird schlagartig in Form des Italienurlaubs auch für den kleinsten Fließbandarbeiter zum erfüllbaren Traum. Während 1952 nur ein Viertel aller erwachsenen Bundesbürger angibt, in den letzten Jahren eine Urlaubsreise unternommen zu haben, ist bis 1955 schon die Hälfte der Deutschen in diesen Genuss gekommen (vgl. *ibid.*: 149). In früheren Zeiten ließen sich die oberen Klassen von den unteren vor allem durch ihre erweiterten Möglichkeiten des Konsums unterscheiden. Ab der Ära Adenauer gilt dies nicht mehr. Zwar bleiben hochpreisige Konsumgüter weiterhin außer Reichweite der meisten Menschen, die enorme Kluft zwischen Reichen und Mittellosen, zwischen denen, die konsumieren und denen, die nur herstellen, schrumpft aber. Das gilt nicht nur für die unteren Ränge der sozio-ökonomischen Ordnung, auch bei der Oberschicht zeichnet sich eine Annäherung an die restliche Gesellschaft ab. Enzensberger (vgl. 1989: 262) erkennt darin weitere Indizien für seine Theorie der mittelmäßigen Gesellschaft, und wenngleich seine Beobachtungen etwas dick aufgetragen und pathetisch daherkommen, so liefern sie doch ein aussagekräftiges Sittenbild jener Zeit. Eliten sind nicht mehr vorhanden, so Enzensberger (vgl. *ibid.*), auch Bildung ist weder selbstverständlich noch notwendig für die Angehörigkeit zu jener oberen Bürgerschicht, die einst als Großbürgertum bezeichnet wurde. Wer oben und wer unten ist, lasse sich eigentlich nur noch an den finanziellen Möglichkeiten festmachen:

Die Reichen zeichnen sich nur noch durch einen einzigen gemeinsamen Nenner aus: sie haben mehr Geld. Sie verfügen über kein eigenes Klassenbewußtsein, keinen eigenen Stil, keine eigene Ideologie, kein Prestige außerhalb der ökonomischen Sphäre. Titel und Ränge spielen keine Rolle. Ein Gummihändler gilt soviel wie ein General, ein Koch soviel wie ein Universitätsprofessor, ein Fußballtrainer aus dem zweiten Glied soviel wie ein Minister (Enzensberger 1989: 263).

Selbstredend ist dies eine überzogene Sicht der Dinge, Prestige und soziales Renommee sind auch im Wirtschaftswunderland keineswegs verschwunden. Auch gab es bereits lange zuvor Menschen, die mittels ihres wirtschaftlichen Erfolges einen Aufstieg erzielt haben, ohne über ein Übermaß an Stil oder Bildung zu verfügen.

Interessant ist an Enzensbergers Beschreibung der bundesrepublikanischen Mittelschicht, dass oben und unten näher zusammenrücken, dass es keine klaren sozialen Kategorien mehr zu geben scheint. Es stellt sich die Frage, inwiefern es noch sinnvoll ist, von Schichten oder Klassen zu sprechen, wenn die gesellschaftlichen Trennlinien immer stärker verwischen. Kann man das Wort Mittelschicht, diesen „*unerhört diffusen*“ (Enzensberger 1989: 259) Klassenbegriff überhaupt noch sinnvoll anwenden? Während sich in der Weimarer Republik zwischen 68 bis 74 Prozent, also knapp drei Viertel der Bevölkerung, dem Proletariat zuordnen, sehen sich ein Jahrzehnt nach dem zweiten Weltkrieg bereits knapp die Hälfte der Bundesbürger der Mittelschicht zugehörig (vgl. Wehler 2008:110-111). Teilweise mag dies den tatsächlichen Auswirkungen des Wirtschaftswunders zugerechnet werden, es zeigt aber auch, wie sehr sich die Selbstwahrnehmung der Bevölkerung hin zur Mittelschicht orientiert. So wie das Kleinbürgertum sich im Kaiserreich den eigenen Status schönredet, um sich vom Proletariat abgrenzen und dem Bürgertum zurechnen zu können, so scheint es in der Bundesrepublik einen allgemeinen Drang zur Mitte zu geben. Wichtiger als die tatsächliche soziale Lage ist die Selbstwahrnehmung der eigenen gesellschaftlichen Position, doch im Wirtschaftswunderland spricht einiges dafür, dass tatsächlich die Grenzen zwischen den Schichten so schwammig geworden sind, dass sich der überwiegende Teil der Deutschen zu recht der diffusen Mittelschicht zurechnen darf.

Ludwig Erhard (vgl. 1960: 479) bestätigt den Eindruck, und beschreibt eine flüssig gewordene Vermögens- und Berufsschichtung, gleichermaßen gekennzeichnet wie geschaffen durch die neuen Konsummöglichkeiten in Form von Auto, Fernseher und Haushaltsgeräten. Man habe aufgrund dieser Vorgänge bereits von einer klassenlosen Gesellschaft gesprochen, so Erhard.

Die Überwindung der Klassen klingt zunächst verblüffend nach dem Kommunismus Marxscher Lesart, doch meint der Konservative Erhard etwas anderes. Er spricht nicht über

die Ideologie des Klassenkampfes als Vorstufe zur Errichtung einer neuen Ordnung, sondern greift vielmehr eine Beobachtung auf, die in den Sozialwissenschaften der jungen Bundesrepublik bereits zu einiger Prominenz gekommen ist. Einer der bekanntesten Köpfe ist hierbei der Soziologe Helmut Schelsky.

5.2 Von der Klassengesellschaft zur nivellierten Mittelstandsgesellschaft

Schelsky treibt die Frage um, inwiefern die alten Klassenbegriffe auf die moderne Bundesrepublik Anwendung finden können. Zunächst geht er vom bekannten Klassenbegriff aus, wie ihn etwa Geiger bereits ausführlich analysiert und dargestellt hat (vgl. Schelsky 1961a: 352). Dieser werde zwar mit Marx verbunden, so Schelsky (1961b: 337), doch ist die Idee der Klasse keineswegs ein originärer Einfall des sozialistischen Denkers. Er teilt diesen Gedanken vielmehr mit einer ganzen Schar von in den 1830er und 40er Jahren in Paris ansässigen Denkern. Gerade aber so viele zeitgenössische Philosophen den Klassenbegriff genutzt haben, scheinen Klassen tatsächlich zu existieren, folglich muss die Einteilung der Gesellschaft in Klassen den sozialen Realitäten jener Tage entsprechen (vgl. *ibid.*). Die Klassentheorie ist somit eine legitime sozialwissenschaftliche Deutung.

Schelsky (vgl. *ibid.*: 338) weist darauf hin, dass die Zwei-Klassen-Lehre nach Marx nicht wörtlich zu verstehender Ausdruck der sozialen Realitäten seiner Zeit ist, dass Marx die Gesellschaft also niemals wirklich in lediglich zwei Klassen eingeteilt hat. Marx verstand durchaus zu differenzieren, hat aber die Trennlinie des Klassenkampfes zwischen den beiden großen Blöcken Proletariat und Bourgeoisie ausgemacht und daher die grobe Zwei-Klassen-Unterteilung vorgenommen. Deshalb ist die relevante Frage, ob in der Bundesrepublik überhaupt noch von einer gespaltenen Gesellschaft gesprochen werden kann, die für die sozialen Spannungen verantwortlich ist.

Laut Schelsky (vgl. 1961b: 340) ist eben gerade diese Spaltung passé. Stattdessen habe sich eine nivellierte Mittelstandsgesellschaft etabliert, die sich durch einen einheitlichen, an universellen materiellen und geistigen Gütern orientierten Lebensstil auszeichnet.

Eine erhöhte soziale Mobilität und die parallele Entwicklung von Aufstieg und Abstieg sieht Schelsky als Ursachen für eine immer stärker ausgeprägte Nivellierung sozialer und kultureller Unterschiede:

In der deutschen Gesellschaft der letzten zwei Generationen sind umfangreiche soziale Aufstiegs- und Abstiegsprozesse vor sich gegangen: zunächst bildet der kollektive Aufstieg der Industriearbeiterschaft und der mehr individuell, im ganzen aber ebenfalls schichtbildend vor sich gehende Aufstieg der technischen und Verwaltungs-Angestellten in den neuen Mittelstand die breite Aufstiegsmobilität der industriell-bürokratischen Gesellschaft (Schelsky 1953: 146).

Dieser Vorgang beginnt bereits im Kaiserreich und beschleunigt sich im Wirtschaftswunder explosionsartig (vgl. Geißler 2006: 190). Durch die massive Verbesserung von Arbeitsbedingungen, Gehältern und Sozialleistungen, sowie der Verfügbarkeit früher unerreichbarer Konsumgüter, also Autos, Urlaubsreisen, Elektrogeräten und größeren Wohnungen ändert sich der Lebensstil der Arbeiter. (vgl. Geißler 2006: 190). Die auf der Abgrenzung nach oben basierende Arbeiterkultur bekommt Risse, da Lebensweise und Freizeitgestaltung von Arbeitern und dem Rest der Bevölkerung sich nun angleichen (vgl. Grebing 1993: 72). Diese „Entproletarisierung“ ist das Zeichen einer „entklasten“ Arbeitnehmergeellschaft (vgl. ibid.: 72-73). Die Entproletarisierung der Arbeiterschicht schlägt sich in einem ganz neuen Selbstverständnis und Selbstbewusstsein nieder. Die soziale Distanz zwischen Arbeitern und Mittelschicht schrumpft, insbesondere Facharbeiter sehen sich nicht mehr als Proletarier und ordnen sich nun selbst der Mittelschicht zu (vgl. Geißler 2006: 190). Gleichzeitig zum Aufstieg der unteren Klassen verlieren die vor dem Krieg bestehenden Schichten des Besitz- und Bildungsbürgertums in Folge von Heimatvertreibungen und politischen Deklassierungen ihren vormaligen Status (vgl. Schelsky 1953: 332). Durch die Dynamiken der sozialen Mobilität bewegen sich also Proletariat wie Oberschicht auf die Mitte zu, der Abstand zwischen ihnen wird immer kleiner.

Es kommt „zu einer sozialen Nivellierung in einer verhältnismäßig einheitlichen Gesellschaftsschicht, die weder proletarisch noch bürgerlich“ (Wolfrum 2006: 148) ist. Dies

führt zur wegehenden Auflösung der gesellschaftlichen Klassenstruktur (vgl. Schelsky 1963: 179).

Der Trend zur Nivellierung wird durch die moderne Konsumgesellschaft noch weiter verstärkt. Denn Konsum und Massenproduktion erlauben es großen Teilen der Bevölkerung, sich zumindest geföhlt in der „Mitte“ zu befinden (vgl. Schelsky 1961b: 340). Der Drang zur Mitte mit einem ausgeprägten Verlangen nach Besitz und materieller Sicherheit erinnert nicht nur an das Kleinbürgertum, er ist auch zutiefst kleinbürgerlich (vgl. Schelsky 1953: 332). Es handelt sich um einen

[...] Lebenszuschnitt, den man, gemessen an der alten Schichtenstufung, etwa in der „unteren Mitte“ lokalisieren muß. Man könnte ihn als „kleinbürgerlich-mittelständisch“ bezeichnen [...]. (Schelsky 1961b: 340).

Dieser kleinbürgerliche Lebenszuschnitt speist sich aus den schon genannten neuen Möglichkeiten der Konsumgesellschaft (vgl. Schelsky 1961b: 340). Durch die Schaffung immer neuer Sehnsüchte und Bedürfnisse hält die Konsumgesellschaft sich dabei selbst am Laufen. Sie übt einen *sanften Zwang* auf den Konsumenten aus, Konsum wird zugleich zum Genuss und zur Pflicht. Und gerade diese Pflicht, dieser sanfte Zwang zum Konsum ist der große Gleichmacher der Gesellschaft, ebnet Unterschiede ein und ermöglicht die nivellierte Mittelstandsgesellschaft (vgl. *ibid.*: 347). In der nivellierten Gesellschaft gibt es kaum mehr Armut im Sinne totaler lebensbedrohlicher, Verelendung, wer arm und somit auch wer reich ist, bestimmt sich vornehmlich an den Möglichkeiten zur Teilhabe am Konsum (vgl. *ibid.*: 348).

Doch wie passt die Auflösung der Klassen zum kleinbürgerlichen Streben nach sozialer Stabilität? Denn nach wie vor verlangt das Kleinbürgertum nach einer sozialen Heimat, in Form einer ständischen Ordnung, oder zumindest einer Klassen- und Schichteneinteilung. Die klassenlose Gesellschaft hebt die Zugehörigkeit zu den alten Prestigegruppen auf, das Kleinbürgertum sieht sich einer sozialen Standortlosigkeit ausgesetzt (vgl. Schelsky 1953:

334). Die Auflösung der Klassen bedeutet auch das Ende der Stabilität des sozialen Status, eine Furcht, die das Kleinbürgertum seit jeher umtreibt.

Gerade diese Angst aber ist es, so Schelsky (vgl. *ibid.*: 335), die das Streben nach Konsum erst recht befördert, da sich mangels gesellschaftlicher Schichten nur mit materiellen Gütern noch ein sozialer Aufstieg erreichen lässt. „*Soziale Unsicherheit und soziales Aufstiegsstreben bedingen sich dann gegenseitig*“ (*ibid.*), das kleinbürgerliche Unbehagen über diese gesellschaftliche Realität verstärkt also das ohnehin ausgeprägte kleinbürgerliche Aufstiegsstreben umso mehr. Und je stärker die Unsicherheit, desto größer auch der kleinbürgerliche Wunsch, an veralteten Leitbildern aus scheinbar besseren Zeiten festzuhalten. Wie Schelsky (vgl. *ibid.*: 334) zeigt, neigt die nivellierte Mittelstandsgesellschaft zu Restaurationen jeder Art.

Die Klassenlosigkeit der Gesellschaft bedeutet daher nicht das Ende der sozialen Spannungen, sie verlagert die bestehenden Probleme nur und erschafft zugleich neue (vgl. Schelsky 1961b: 341). Besondere Gefahren sieht Schelsky (vgl. *ibid.*: 348) zum einen in der ungerechten Verteilung des Wohlstands, die dem Versprechen der Klassenlosigkeit widerspricht und zu sozialem Unfrieden führen kann, zum anderen für den Fall, dass der Wohlstand in der Bundesrepublik eines Tages nachlassen und so zu gesellschaftlichen Verwerfungen führen könnte (vgl. *ibid.*: 349). Wenn der Aufstieg auf der sozialen Leiter zum Maß aller Dinge erhoben wird, diese Leiter aber abgebaut oder zumindest stark verkürzt ist (vgl. *ibid.*: 345), wenn sich Arbeiter und kleine Angestellte durch privilegierte Teile der Gesellschaft eben doch innerhalb einer Klasse gefangen sehen (vgl. *ibid.*: 342), dann ist der soziale Frieden bedroht. Zwar ist die Gefahr dafür aufgrund der stabilisierenden gesellschaftlichen Faktoren der Nachkriegszeit geringer als im 19. Jahrhundert oder der Weimarer Republik (vgl. Schelsky 1961a: 350), dennoch bedeutet das Ende der Klassen keineswegs das Ende aller sozialen Spannungen. Wie sich an späterer Stelle zeigen wird, sind Schelskys Befürchtungen nicht weit hergeholt und zeugen von beachtlichem Weitblick.

In Anbetracht der Auflösung von Ständen und Schichten erscheint der Begriff des *Kleinbürgertums* spätestens in der Bundesrepublik überholt. Da aber kleinbürgerliche Werte und Ideale keineswegs verschwunden sind, sondern nunmehr große Teile der Gesellschaft

durchziehen, ist es sinnvoll, stattdessen in Anlehnung an Sabine Kudera (vgl. 1988b: 249) künftig von *Kleinbürgerlichkeit* zu sprechen.

Der Konservatismus kommt mit der Auflösung der Klassen zunächst gut zurecht und bleibt die beherrschende politische Strömung der Bundesrepublik (vgl. Kroll 2009: 18-19). Obwohl sich der Konservatismus, wie weiter oben bereits ausgeführt, nicht zuletzt auch als Bewahrer der ständischen Gesellschaft sieht, kann er dank seiner hohen Anpassungskraft der Überwindung der alten Gesellschaft trotzen.

Sehr viel schwieriger gestaltet sich für den Konservatismus jedoch die zunehmende Liberalisierung der Bundesrepublik.

Schelskys Theorie bleibt nicht unwidersprochen, einer seiner schärfsten Kritiker ist Ralf Dahrendorf (vgl. Wolfrum 2006: 148). Dahrendorf stört sich zum einen an Schelskys Stoßrichtung, die seiner Meinung nach vor allem dazu dient, jegliche Betrachtung der Arbeiterschicht als kommunistisch zu diffamieren:

Die Verflüchtigung der Arbeiterschicht im Bewußtsein der anderen ist auch ein Zeugnis für die deutsche Ideologie sozialer Harmonie, die es erlaubt, denjenigen, der von Arbeiterproblemen spricht, als hoffnungslos antiquiert zu belächeln oder als kommunistisch infiziert zu verketzern (Dahrendorf 1968: 111).

Zum anderen missfällt Dahrendorf, dass Schelsky nicht wirklich klärt, was eigentlich den Mittelstand ausmacht. Schelsky differenziert nicht genug, so der Vorwurf, er kategorisiere zu grob und setze damit Ungleiches gleich, man könne fast glauben

[...] jedes Auto gleiche dem andren, jeder Urlaubsort sei eben ein Urlaubsort und sonst nichts, und der Wunsch nach einem höheren Lebensstandard bedeute für den Umwalzer dasselbe wie für den Oberinspektor, den Prokuristen und den Universitätsprofessor (ibid.: 147).

Auch die soziale Mobilität, die im Mittelpunkt von Schelskys Theorie steht, bezweifelt Dahrendorf angesichts der Tatsache, dass

[...] allenfalls jedes zehnte Arbeiterkind die Chance des Aufstiegs hat und jedes zehnte Akademikerkind um ein paar Sprossen der Statusleiter absteigt (ibid.: 148).⁴

Der Kritik Dahrendorfs, dass Schelsky die Klassenstruktur der Gesellschaft voreilig begrabe, obwohl diese auch in der Bundesrepublik klar erkennbar sei, begegnet dieser mit Verweis auf die antithetische und bewusst vereinfachende Natur seiner Theorie (vgl. Schelsky 1961a: 356). So wie Geiger vor ihm nutzt auch er den Marxschen Klassenbegriff um sich diesem auf kritisch-dialektische Weise zu nähern, seine nivellierte Mittelstandsgesellschaft ist also Antithese und keine eigenständige These (vgl. ibid.: 354-355). Schelsky (vgl. ibid.: 355) sieht den Fehler bei Dahrendorf, da dieser durch gezielte Befragung nach der subjektiven Selbsteinordnung in Klassen die Befragten zu einer entsprechenden Einteilung manipuliere. So werde eine Klassengesellschaft bewiesen, die eigentlich nur noch im Kopf der so befragten Probanden besteht, aber schon längst nicht mehr in der Realität.

In Anlehnung an Peter Hofstätter (vgl. 1963: 103), der dieses Phänomen bereits beschrieben hat, spricht Schelsky (vgl. 1961b: 343) hier von einer *Zeremonialisierung* des Klassenkampfes, also einer verselbstständigten Fortführung früherer Konflikte, die weitaus länger fortbestehen kann als die Klassengesellschaft selbst.

Man könnte nun einwenden, dass Schelsky (vgl. 1961b: 340) selbst bei der Formulierung seiner These (oder Antithese) von der nivellierten Mittelstandsgesellschaft die Selbsteinordnung als wichtigen Indikator für die Abschaffung der Klassen nimmt. Warum er dann also wiederum Dahrendorf dafür kritisiert, die subjektive Selbsteinteilung in Klassen als Indiz für die fortbestehende Existenz der Klassen zu nutzen, ist daher unklar. Trotz dieser Ungereimtheiten geht die Kritik Dahrendorfs an Schelskys Werk vorbei, denn dieser behauptet keineswegs eine vollständige Klassenlosigkeit:

Überlegt man sich nämlich, daß die geschichtliche Entwicklung ein Schichtungsprozeß ist, in dem eine Schicht von sozialen Strukturen und Geschehnissen die andern, vorhergehenden, überlagert, aber nicht auslöscht [...] so ist die Frage, ob es noch Klassenstrukturen

⁴ Bemerkenswerterweise bleibt Dahrendorf seinerseits den Beweis für diese und andere Aussagen schuldig, arbeitet also nicht weniger mit Annahmen und Behauptungen als der von ihm gescholtene Schelsky.

heute gibt, natürlich mit Ja zu beantworten. [...] aber dies besagt noch lange nicht, daß sie auch noch die dominanten, das soziale Geschehen von heute primär bestimmenden und die zukünftige Entwicklung leitenden Sozialfaktoren wären (Schelsky 1961b: 339).

Schelsky geht es also primär nicht darum zu zeigen, dass es keine Schichten mehr gibt, sondern um die zunehmende Bedeutungslosigkeit dieser Schichten für das Leben der Bundesbürger. Damit begegnet er auch dem letzten Kritikpunkt Dahrendorfs, der die soziale Mobilität anhand der fast nichtvorhandenen Aufstiegschancen eines Arbeiterkindes veranschaulicht. Soziale Mobilität bedeutet für Schelsky (vgl. 1953: 333) keinen Umschichtungsvorgang durch klar umrissene Auf- und Abstiege, sondern eher einen Entschichtungsvorgang, bei dem der soziale Status sich wegen der miteinander verschmelzenden Schichten kaum mehr erkennen lässt.

Obwohl es noch Schichtungen gibt, lassen sich kaum Gruppierungen mit einheitlichen, diese von anderen Teilen der Gesellschaft komplett unterscheidbar machenden Interessen und Bedürfnissen feststellen. Am ehesten noch sei Freiheit gegenüber Staat und Organisationen zur Gruppierung geeignet, wobei Arbeiter, Angestellte und Rentner die geringste Freiheit gegenüber ihrem Arbeitgeber beziehungsweise dem Staat genießen, Selbstständige die höchste (vgl. *ibid.*: 333-334).

Dahrendorfs Bemerkung, dass sich nicht jedes Auto gleiche und natürlich nach wie vor Prestige und sozialer Status fest verankerte Faktoren seien, bleibt davon unberührt und die wohl überzeugendste Kritik an Schelsky. Dieser macht es sich hier tatsächlich zu einfach und ignoriert soziale Begebenheiten zugunsten seiner eigenen These.

5.3 Liberalisierung der Gesellschaft

Durch die nivellierte Mittelstandsgesellschaft werden die sozialen Unterschiede der Gesellschaft zwar keinesfalls eingeebnet, aber es entsteht zumindest eine breite Mitte, innerhalb derer sich ein Großteil der Bundesbürger recht komfortabel einfindet. Kleinbürgerliche Lebensentwürfe und konservative Politik sind ihre Grundpfeiler. Trotz dieser scheinbaren Restauration, dieser Wiedererweckung des Biedermeier mehren sich

bereits in den Anfangsjahren der Nachkriegszeit die ersten Anzeichen kommender sozialer Umbrüche, sei es in der beginnenden Emanzipation der Frau oder dem Umgang mit Minderheiten. Andere Themen, allen voran die Neuerfindung der deutschen Identität vor dem Hintergrund der Schuld, werden zugunsten des wirtschaftlichen Fortschritts und der Vermeidung gesellschaftlicher Konflikte sachte gehandhabt oder gleich komplett ausgeklammert. Zwei Jahrzehnte nach dem verlorenen Kriege beginnen sich diese Konflikte nun immer deutlicher Bahn zu brechen. Besonders die junge Generation, die Krieg nur aus den Erzählungen der Väter kennt und in der Prosperität des Wirtschaftswunderlandes aufgewachsen ist, beginnt, die sozialen Normen zu hinterfragen.

Schon in den 1950er Jahren sehen Sozialwissenschaftler eine „*skeptische Generation*“ heranwachsen, eine entpolitisierte, entideologisierte (vgl. Schelsky 1963: 74) Generation, durch und durch auf die praktische Bewältigung des eigenen Lebens konzentriert (vgl. *ibid.*: 77-78). Und doch erscheint der von vielen jungen Menschen so offen vor sich hergetragene Skeptizismus gegenüber der Politik keine apolitische Einstellung zu sein. Die Absage an Ideologien geht stattdessen mit einem regen Interesse und offenen Blick für diejenigen politischen Themen einher, die das eigene Leben unmittelbar betreffen (vgl. *ibid.*: 356). Die Protestbewegung jener Tage mag sich wegen ihrer mangelnden politischen Stringenz und chaotischen Natur noch als Krawallverhalten Halbstarker einordnen lassen, und doch ahnt Schelsky (vgl. 1963: 387) voraus, dass sie noch eine ganz eigene Dynamik entwickeln könnte. Die sozialen Bewegungen der kommenden Generation werden sich nicht sozial programmieren lassen, so Schelsky:

Ich bin überzeugt, daß die Phantasie der jugendlichen Ausbruchsversuche aus der Welt in Watte, die man ihr zumutet, aller praktischen Weisheit der Pädagogen, Politiker, Psychologen und Soziologen der Anpassung überlegen sein wird (Schelsky 1963: 389).

Wie Recht Schelsky behalten soll, zeigt sich schon bald in einer rasant anwachsenden Reihe studentischer Proteste, die als 1968er-Bewegung in die Geschichte der Bundesrepublik Einzug finden. Diese Bewegung verdankt ihren Namen dem Jahr, in dem die anfänglichen Proteste zur Massenbewegung werden und sich zunehmend zu ideologisch getragenen (vgl.

Weiss 1985: 53) gewalttätigen Straßenschlachten ausdehnen (vgl. Wolfrum 2006: 261-262). Letztlich sind die 68er aber die Zuspitzung der bereits beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklungen der Nachkriegszeit und bauen folglich eher auf dem Fundament der Bundesrepublik auf, als dagegen Einspruch zu erheben, wie Thomas Schmid (1988: 18) es so griffig formuliert. Die Studentenrevolten von 1968 dürfen also nicht als singuläres Ereignis oder neues Phänomen verstanden werden, sondern sind lediglich die Fortsetzung bereits früher existenter Brüche in der Gesellschaft.

5.3.1 Liberalisierung des Geschlechterverhältnisses

Bei allem revolutionären Pathos, dessen die Studentenrevolution sich bedient, darf daher nicht aus den Augen verloren werden, dass es vor allem die verkrustete Gesellschaft ist, gegen deren nicht mehr zeitgemäße Interpretation des Biedermeier sich die junge Generation richtet. Insbesondere das traditionelle Familienbild, das die Nachkriegsgesellschaft praktisch unverändert vom Kleinbürgertum des 19. Jahrhunderts in die Moderne gerettet hat, verliert seine unwidersprochene Dominanz.

Der sexuellen Revolution kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Durch die 1961 zugelassene Anti-Baby-Pille erhalten Frauen erstmalig eine effektive Kontrolle über die eigene Fruchtbarkeit. Sexualität, Nachwuchs und Ehe stehen nicht mehr automatisch in direktem Zusammenhang. Die Pille hat nicht nur durch die als „*Pillenknick*“ bekannte Halbierung der Geburtenraten binnen gerade einmal fünfzehn Jahren nach Markteinführung (vgl. Gillen 2007: 125), enorme gesellschaftliche Auswirkungen; sie bedeutet für zahlreiche Frauen eine sexuelle Befreiung.⁵ Gleichzeitig wird die freie Auslebung der Sexualität propagiert, monogamen Zweierbeziehungen und der als repressiv wahrgenommenen bürgerlichen Ehe wird der Kampf angesagt (vgl. Weiss 1985: 47). Jegliche soziale Einschränkung auf diesem Gebiet gilt den jungen Revolutionären als direkter Weg zu Neurosen, autoritärer Unterwürfigkeit und somit als Voraussetzung für Faschismus (vgl. Reiche 1988: 56).

Diese Ansicht stellt sicherlich ein, wenn auch in jenen Tagen recht verbreitetes, Extrem dar, sie zeigt aber anschaulich, wie bedeutsam die Konfrontation mit der herrschenden

⁵ Alice Schwarzer (vgl. 1977: 181), eine der bekanntesten deutschen Feministinnen, sieht hingegen Frauen durch die Pille einem neuen sexuellen Leistungsdruck ausgesetzt. Ob positiv oder negativ, die Pille hat in jedem Falle eine große Wirkungsmacht.

Sexualmoral für die junge Generation ist. Die Aufklärung rückt die vorher verschämt in das Privatleben verbannten Triebe gesamtgesellschaftlich ins Rampenlicht. *Aufklärer* wie Oswald Kolle, aber auch die neugegründete *Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung* sprechen in einer zuvor ungekannt offenen Art über Geschlechtsverkehr und Geburtenkontrolle (vgl. Gillen 2007: 119-120).

Dazu gehört auch die hitzige Debatte um die Modifizierung des Paragraphen 218, der Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellte. In einer aufsehenerregenden Titelstory des Magazins *Stern* vom Juni 1971 bekennen sich 374 Frauen zu einer früheren Abtreibung und fordern, den Schwangerschaftsabbruch als Teil der Selbstbestimmung der Frau anzuerkennen (vgl. Kluge 1981: 42). Nicht nur Schwangerschaftsabbruch, auch Homosexualität wird durch das Strafgesetzbuch, genauer den Paragraphen 175, verboten. Die von den Alliierten vorgeschlagene Rückkehr zur deutlich milderen Weimarer Version des Paragraphen 175 wird abgelehnt, stattdessen übernimmt man dessen von den Nazis verschärfte Variante (vgl. Stümke 1989: 133). Dennoch erkennen führende Politiker, Wissenschaftler und Juristen und Politiker bereits in den frühen 1960er Jahren, dass die sich wandelnden Sitten und Normen eine Reformierung des Sexualstrafrechts unumgänglich machen (vgl. Kandora 2002: 393). Die sexuelle Revolution erweist sich auch als eine Befreiung der Homosexuellen (vgl. Stümke 1989: 153). Die weitgehende Liberalisierung der deutschen Gesellschaft zwischen den späten 1950er und frühen 1970er Jahren führt insgesamt zu einer Reform des Sittlichkeitsstrafrechts, in deren Folge nicht nur Homosexualität, sondern auch Kuppelei und Ehebruch legalisiert werden (vgl. Kandora 2002: 400).

Diese zunehmende Liberalisierung der Gesellschaft macht dabei nicht bei der sexuellen Freizügigkeit halt.

Frauen sehen sich nicht nur im Zeitalter einer neuen sexuellen Selbstbestimmung, auch die Rolle der Frau als solcher wird zunehmend hinterfragt. Immer mehr Frauen beginnen, ihre Rolle in der Gesellschaft zu hinterfragen und bringen die als selbstverständlich erachtete bürgerliche Familienstruktur ins Wanken. Die politische und soziale Emanzipation der Frau beginnt bereits im 19. Jahrhundert, als sich bürgerliche Frauen für das Recht auf Erwerb

einsetzen und berufstätige Proletarierinnen gegen die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft auf die Straßen gehen (vgl. Frederiksen 1981: 32). Mit den Trümmerfrauen der Nachkriegszeit löst sich die Realität der Frau von der kleinbürgerlichen Entwürdigung im Dritten Reich, es sind die Frauen, die inmitten einer verunsicherten und entmutigten Nation mit dem Wiederaufbau beginnen (vgl. Glaser 1991: 27-28). Doch erst mit der Studentenbewegung Mitte der 1960er Jahre erhält der Ruf nach Gleichberechtigung eine theoretische, gesellschaftsverändernde Dimension (vgl. Schenk 1990: 178).

Zu diesen Veränderungen gehören das Zusammenleben mit einem Mann ohne Trauschein, Kinder alleine zu erziehen und auch die bewusste Kinderlosigkeit (vgl. Meyer & Schulze 1993: 166). Durch die Angleichung der Abiturientenzahlen von Jungen und Mädchen wird auch die höhere Bildung für immer mehr Frauen zur gerne wahrgenommenen Option, anders als in früheren Zeiten endet die Berufstätigkeit zudem nicht automatisch mit der Mutterschaft, sondern wird durch diese nur noch kurzzeitig unterbrochen (vgl. Meyer & Schulze 1993).

Die Neubewertung von Sexualität und der Rolle der Frau stoßen in auf Widerstand des Establishments.

Der konservativ-kleinbürgerlichen Gesellschaft ist die sexuelle Revolution naturgemäß eine Provokation, schließlich passt der Gedanke freier Liebe und wilder Ehe nicht in deren auf Anstand und Stabilität familiärer Strukturen basierendes Konzept. Die nach wie vor von Schulen und vielen Eltern gepredigten Werte und die Verdammung allen Zuwiderhandelns gegen diese (vgl. Gillen 2007: 121) können nicht über den gesellschaftlichen Wandel hinwegtäuschen.

Die neue Rolle der Frau wird mit ähnlichem Unbehagen betrachtet, doch durch die sozialen Realitäten werden Fakten geschaffen, die sich nicht negieren lassen. Somit sind die traditionell kleinbürgerlich-konservativen Vorstellungen von Familie, Frauen und Sexualität spätestens ab den 1970er Jahren nicht mehr mit den tatsächlichen Umständen zumindest eines beträchtlichen Teils der deutschen Bevölkerung vereinbar. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die christlichen Kirchen, traditionelle Verbündete von Konservatismus wie Kleinbürgertum, in der Bundesrepublik einem stetigen Bedeutungsverlust ausgesetzt sehen (vgl. Barz 1997: 418-419).

5.3.2 Historikerstreit als mentale Selbstverortung der Deutschen

Im Zuge dieser Liberalisierung der Gesellschaft kommt auch das nationale Selbstverständnis Deutschlands auf den Prüfstand. Insbesondere die zur Verdrängung der so unrühmlichen nationalen Vergangenheit durch den kleinbürgerlichen Rückzug ins Private wird nicht mehr länger hingenommen.

Abermals sind es nicht die Proteste von 1968, die sich als erste der deutschen Schuld annehmen. Die kritische Wahrnehmung des Nationalsozialismus beginnt bereits in den 1950er Jahren unter Eindruck der ersten großen Holocaustprozesse durch Wissenschaftler, Journalisten, Schriftsteller und natürlich auch Studenten (vgl. Paulmann 2008: 186-187). Dennoch wird das Thema erst in der 68er-Revolution wirklich prominent, zumal die Studenten nun auch die Rolle ihrer eigenen Universitäten und Professoren bei der Vertreibung und der pseudowissenschaftlichen Legitimierung des Nationalsozialismus seitens der deutschen Universitäten thematisieren (vgl. *ibid.*: 188).

Ralph Giordano (vgl. 1987: 11) bezeichnet das Schweigen der Nachkriegsjahre einprägsam als die „*zweite Schuld*“ der Deutschen. Die erste Schuld entstand in den Jahren unter Hitler, die zweite jedoch ist die Verdrängung und Verleugnung eben jener ersten Schuld in den Jahren nach 1945. Giordano sieht dabei die zweite Schuld als tief eingefressen in die deutsche Demokratie, als Teil der bundesrepublikanischen Gesellschaft, Kultur und Gesetzgebung.

Durch die lautstarken Forderungen der Studenten nach Aufklärung, durch die Bekanntmachung der tiefen Verstrickung einer beachtlichen Anzahl prominenter Hochschullehrer in den Nationalsozialismus (vgl. Paulmann 2008: 189) schützt der Rückzug in das Private nach kleinbürgerlichem Muster nicht mehr vor dem Schatten der Vergangenheit. Dass die Studenten nun das Schweigen brechen, die zweite Schuld auf den Tisch bringen, sich überhaupt stark politisch engagieren, zeigt folglich auch eine Abkehr von dieser Kleinbürgerlichkeit.

Die Auswirkungen auf den deutschen Umgang mit Holocaust und Weltkrieg sind gravierend. Trotz zaghafter ein Jahrzehnt zuvor, erwacht das Geschichtsbewusstsein in Deutschland in den 1960ern, die Debatte intensiviert sich (vgl. Faulenbach 1989: 79). Anstatt zu verdrängen

kommt es zu einer immer breiteren, differenzierteren und hochgradig politischen Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer Vergangenheit (vgl. Assmann & Frevert 1999: 259).

Der Konservatismus überlässt der eher linken und liberalen Geschichtsschreibung der 68er nicht kampflos das Feld. Interessieren soll an dieser Stelle nicht das politische Extrem, das sich des perfiden Mittels der Holocaustleugnung bedient, oder gleich offen die Auslöschung des europäischen Judentums und den deutschen Angriffskrieg verherrlicht. Vielmehr bahnt sich diese historische Diskussion aus der Mitte des deutschen Konservatismus an. Es ist bezeichnend, dass es mit Helmut Kohl ein Kanzler der CDU ist, der die „*Gnade der späten Geburt*“ (Assmann & Frevert 1999: 259), also die Schuldlosigkeit all derer, die im Dritten Reich noch nicht wehrfähig oder gar nicht geboren waren, für sich entdeckt. Wie Assmann und Frevert (vgl. *ibid.*: 256-260) anmerken, ist Kohl ein mangelndes Interesse an der Aufarbeitung der NS-Zeit keineswegs vorzuwerfen, und doch steht seine Haltung zu jenen Jahren im Zeichen eines mentalen Schlussstriches unter der schrecklichen Vergangenheit.

Das zeigt sich auch am gemeinsamen Besuch mit dem US-Präsidenten Ronald Reagan auf dem Soldatenfriedhof Bitburg anlässlich der 40-Jahrfeier zum Sieg der Alliierten. In Bitburg fanden nicht nur Angehörige der Wehrmacht, sondern auch der Waffen-SS ihre letzte Ruhe, weshalb dies nicht nur von Charles Maier (1992: 15-17) als Versuch Kohls verstanden wird, die moralische Schuld Deutschlands endgültig zu den Akten zu legen. Kohl ist dabei nur einer, wenngleich ein wesentlicher, Protagonist einer konservativen Neubewertung der jüngeren deutschen Geschichte, die in Bitburg ihre Initialzündung findet und als *Historikerstreit* bekannt wird (vgl. Assmann & Frevert 1999: 260). Gemeinhin werden die Teilnehmer dieser Debatte in zwei Lager eingeteilt, wobei die Gräben zwischen links- oder sozialdemokratischen und rechts- beziehungsweise christdemokratischen Intellektuellen gezogen werden (vgl. Kailitz 2001: 83).

Der Historiker Ernst Nolte, der dem rechtsdemokratischen Lager zugeordnet werden kann (vgl. *ibid.*), kritisiert in einem Vortrag im Jahr 1980 die herrschende Geschichtsschreibung des Dritten Reiches, bei der „*bloß die Stimme der Opfer vernehmbar*“ sei, „*eine Rechtfertigung wurde nicht einmal im Ansatz versucht*“ (Nolte 1980: 15). Nolte (vgl. *ibid.*: 29-33) leitet den Vernichtungswillen des Dritten Reiches aus den antirevolutionären Postulaten

von frühen Konservativen wie Joseph de Maistre oder dem Abbé Barruel ab und plädiert folglich dafür, das Dritte Reich nicht als isoliertes, singuläres geschichtliches Ereignis zu betrachten. Er folgt dabei ausdrücklich seinem britischen Kollegen David Irving, der Auschwitz seine Einzigartigkeit abspricht und in einen größeren geschichtlichen Kontext zu rücken versucht (vgl. *ibid.*: 25).⁶ Obwohl Nolte teils geneigt ist, dem Holocaust dennoch eine gewisse Einzigartigkeit zuzusprechen, meldet er doch Zweifel an dieser Einordnung an (vgl. Kailitz 2001: 219). In eine ähnliche Bresche wie Nolte schlagen andere namenhafte Autoren, etwa der Helmut Kohl persönlich wie in seiner Forderung nach Überwindung des defizitären Geschichtsbewusstseins nahestehenden Michael Stürmer (vgl. Wehler 2008: 286). Am weitesten geht dabei laut Kailitz (vgl. 2001: 220) Joachim Fest, der in der Einzigartigkeit des Holocaust ein Vergessen der Opfer des Kommunismus zu erkennen vermag.

Noltes Lesart (vgl. 1980: 24), Chaim Weizmanns Erklärung, die Juden in aller Welt würden an Englands Seite kämpfen habe Hitler das Recht gegeben, deutsche Juden als Kriegsgefangene zu betrachten und zu internieren, trägt ihm sogar den Vorwurf des Antisemitismus von Seiten Jürgen Habermas (vgl. 1986: 97) ein. Unterstützung erfährt Habermas nicht nur von namenhaften Wissenschaftlern wie Mommsen, Wehler oder Winkler (vgl. Kailitz 2001: 212) sondern unter anderem auch von Ralph Giordano (vgl. 1987: 342), der Nolte als Initiator des neuen Zweifels an der Einzigartigkeit von Auschwitz sieht.⁷

5.3.3 Konservative Niederlage im Kampf um Geschichtsdeutung

Die konservative Interpretation der Geschichte hat sich mit dem Historikerstreit Gehör verschafft. Doch hat sie die deutsche Geschichtsschreibung auch nachhaltig verändert?

Vereinzelte Stimmen, etwa Friedrich Pohlmann (vgl. 2008: 170) erklären die konservative Position zur siegreichen. Greiffenhagen und Greiffenhagen (vgl. 1993: 249) hingegen sehen

⁶ Es sollte nicht unerwähnt bleiben, dass David Irving wegen Leugnung des Holocaust wiederholt zu Haftstrafen verurteilt wurde (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.02.2006).

⁷ Der Historikerstreit rückt die Befürworter einer Geschichtsrevision sogar gefährlich nahe an die „*Neue Rechte*“. Diese dem Rechtsextremismus nahestehende Denkschule versucht, durch intellektuell gestützte ideologische, programmatische und organisatorische Modernisierung ihre Positionen in die Mitte der gesellschaftlichen Debatte zu bugsieren (vgl. Benthin 2004: 27). Dazu gehört insbesondere auch die Relativierung des Nationalsozialismus als ein historischer Irrtum, der in ähnlicher Form auch anderen Nationen unterlaufen sei (vgl. *ibid.*: 158). Dies zeigt, dass sich der Historikerstreit hart an der Grenze dessen bewegt, was man noch als „konservative“ Geschichtsauffassung bezeichnen kann.

den Historikerstreit als eine von vielen Debatten der 1980er Jahre, in denen „*konservative Philosophien wenig Bedeutung gehabt*“ haben. Sie bewerten den Historikerstreit wie folgt:

Wenn er in der Öffentlichkeit überhaupt Wirkung zeigte, so eher „dysfunktionale“, indem er rechtsextreme und gerade nicht traditionell konservative Positionen gestärkt hat (Greiffenhagen & Greiffenhagen 1993: 250).

Die Stärkung extrem rechter Positionen stellt einen besonders unerfreulichen wenngleich unvermeidbaren Effekt des Historikerstreits dar. Wenn anerkannte Historiker öffentlich die Singularität des Holocaust anzweifeln, dann können Apologeten des Dritten Reiches sich darauf stützen und sich gar selbst noch ein Stückchen weiter nach rechts lehnen.

Hans-Ulrich Wehler (vgl. 2008: 287) sieht Noltes versuchte Geschichtsrevision gar als auf ganzer Linie gescheitert. Vielmehr habe sei die mühsam erarbeitete politische Kultur Deutschlands erfolgreich verteidigt worden, ein breit gefächelter gesellschaftlicher Konsens habe die Akzeptanz der Schuld am Nationalsozialismus und seinen Verbrechen infolge der Debatte noch weiter gefestigt.

Hans Mommsen (vgl. 1986: 159) beschreibt es als *Dilemma des Konservatismus*, dass dieser sich aufgrund seiner Verstrickung in das Dritte Reich schwer tut, sich überzeugend der Geschichte des Nationalsozialismus anzunehmen. Gerade weil sich konservative Politiker und Vordenker in Weimar auf die Nähe zum Faschismus eingelassen haben, fehlt es an geschichtlicher Kontinuität, an einem ununterbrochenen historischen Anknüpfungspunkt für den modernen deutschen Konservatismus (vgl. *ibid.*: 158). Antibolschewismus wird zu einer Daseinsberechtigung der transatlantisch geprägten konservativen Regierung Adenauer. Dem Konservatismus bleiben also nur die geschichtliche Ausklammerung des Dritten Reiches und eine Fixierung auf die prinzipielle Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Kommunismus, um die eigene Schuld am Dritten Reich zu negieren (vgl. *ibid.*: 159). Dass dies von nur zweifelhaftem Erfolg gekrönt ist, zeigt der Ausgang des Historikerstreites. Es gelingt der konservativen Fraktion nicht, die Geschichte Deutschlands effektiv mit einem neuen Identitätsbewusstsein zu verknüpfen, die in erster Linie von linker und liberaler Seite angeführte kritische Bewertung der NS-Zeit bleibt bestehen.

5.3.4 Die liberale Republik

Die 68er haben diese kritische Auseinandersetzung Deutschlands mit seiner Vergangenheit nicht erfunden, man kann die Zeit der Studentenrevolte aber als Katalysator sehen, der schon vorher entstandene Debatten erst wirklich in das öffentliche Bewusstsein gerückt hat. Dazu gehört auch die – zumindest teilweise – Überwindung von kleinbürgerlichen und konservativen Moral- und Gesellschaftsvorstellungen, besonders solchen von Sexualität, Familie und die Rolle der Frau. Erst in ihrer zweiten Dekade gelinkt der Bundesrepublik der Übergang zu einer modernen, gesellschaftlich liberalen Nation. Eine große Rolle spielt dabei die nivellierte Mittelstandsgesellschaft, die durch die Verringerung der sozialen Unterschiede in der Bevölkerung durch die Schaffung einer breiten Mitte die Basis für kommende Gesellschaftliche Veränderungen erst gelegt hat.

Der Terminus der liberalen Gesellschaft sollte bei allen sozialen Veränderungen jedoch nicht dahingehend verstanden werden, als dass konservative und kleinbürgerliche Prinzipien keine Rolle mehr spielten. Die Bundesrepublik wird aber diversifizierter, neben den klassischen, nach wie vor bestehenden Werten und Normen eröffnen sich neue Wege der Lebensführung. Liberalismus ist also nicht unbedingt die beherrschende politische Ideologie, liberal an der Bundesrepublik ist vielmehr die neue Vielfalt der Möglichkeiten zur individuellen Lebensgestaltung.

6 Die Krise des deutschen Konservatismus

Die Liberalisierung der deutschen Gesellschaft ab den späten 1960er Jahren bedeutet für den Konservatismus eine große Herausforderung. Während er in der Ära Adenauer sowohl politisch wie sozial als unverrückbarer Fixpunkt erscheint, gerät der Konservatismus nun zunehmend in Bedrängnis. Die neue Vielfalt an Lebensentwürfen, die zunehmende Komplexität sozialer und wirtschaftlicher Beziehungen sowie die Tatsache, dass klassische konservative Werte nur noch eine Alternative darstellen, sind Probleme, auf das die alten Antworten aus der Adenauer-Zeit nicht mehr unmodifiziert anwendbar sind.

Der Konservatismus muss sich weiterentwickeln, um mit den Veränderungen Schritt zu halten, andernfalls droht ihm über kurz oder lang ein Erstarren in reaktionärer Verharrung (vgl. Rödder 2009: 63). Wie Andreas Rödder (vgl. *ibid.*: 62) in Erinnerung ruft, ist dies keinesfalls eine neue Herausforderung für den Konservatismus. Schließlich stellt Konservatismus kein fixes Set an Inhalten dar, war vielmehr einem ununterbrochenen Wandel unterworfen. Innerhalb weniger Jahrzehnte hat er sich von einer antidemokratischen Ideologie in Weimar zum Mitbegründer und Verteidiger der bundesrepublikanischen Demokratie entwickelt.

Gegen Ende des 20. Jahrhunderts scheint sich der konservative Spagat zwischen Alt und Neu, zwischen Ideologie und Realität, immer mehr zur Zerreißprobe zu entwickeln. Die Versuche der Union, den Konservatismus zeitgemäß zu gestalten drohen, ihn seiner Grundsätze und letztlich gar seiner Daseinsberechtigung zu berauben. Die bedenkliche Lage des Konservatismus soll im Folgenden nachvollzogen werden.

6.1 Versuch einer konservativen Wende unter Kohl

Mit der Studentenbewegung und dem Ende des alternativlosen bürgerlichen Wertekonstrukts Ende der 1960er Jahre kommt es zu einer konservativen Reaktion auf die gesellschaftlichen Veränderungen (vgl. Bachmeier & Fischer 1992: 64). Dabei profitiert der Konservatismus vor allem von der zunehmenden Verunsicherung von Teilen der Linken und Liberalen, die aufgrund der empfundenen ideologischen Labilität der Bundesrepublik den liberalen Konsens wieder rückgängig machen möchten. Bereits Mitte der 1970er Jahre lässt die Reformbereitschaft der Deutschen spürbar nach, sowohl was politische als auch was

gesellschaftliche Veränderungen angeht (vgl. Greiffenhagen & Greiffenhagen 1993: 237). Die Terrorwelle linksradikaler Gruppierungen ab den 1970er Jahren wird gezielt der Studentenbewegung zugerechnet, um Konservatismus als vernünftige Alternative, als Faktor von Ordnung und Gesetz präsentiert (vgl. Bachmeier & Fischer 1992: 70). Zudem lässt in der Postmoderne (vgl. Habermas 1985: 11) der Reiz alternativer Ideologien auf weite Teile der jungen Bevölkerung nach, in den frühen 1980er Jahren schwappt die materialistische Yuppie-Bewegung aus den USA nach Deutschland über (vgl. Scherer 1990: 136). Die Protagonisten der konservativen Bewegung verursachen diese Stimmung also nicht, sie nutzen sie lediglich geschickt aus und springen in die entstehende Bresche (vgl. Bachmeier & Fischer 1992: 64).

In den Wahlkampf zieht die Union dabei mit bewährten Konzepten von Familie, Westanbindung und Marktwirtschaft (vgl. Hoeres 2013: 106).

Den Unionsparteien wird jedoch schnell klar, dass es nicht reicht, auf der Welle der Unzufriedenheit mit der gesellschaftlichen Liberalisierung zu reiten, um dauerhaft zu punkten. Zu sehr hat sich die Gesellschaft seit Adenauer verändert, zu altbacken wirken die damaligen Patentlösungen. Daher ruft die Union eine „geistig-moralische Wende“ (Greiffenhagen & Greiffenhagen 1993: 244) aus. Die Inhalte dieser Wende fasst Peter Hoeres in drei Punkten zusammen:

Die Aufwertung der Familie, die Revitalisierung des Nationsbegriffs samt Geschichtspflege und gesamtdeutscher Orientierung (de facto natürlich ohne die Ostgebiete) und schließlich der Rekurs auf klassische bürgerliche Tugenden (Hoeres 2013: 117).

Konkret bedeutet dies, dass weitere Emanzipation und Demokratisierung verlangsamt werden soll. Es lässt sich unschwer erkennen, weshalb Greiffenhagen und Greiffenhagen (vgl. 1993: 245) hierin den Versuch sehen, dem Begriff *Konservativ* neues Gewicht zu verleihen. Die Unionsparteien mögen sich hierbei zwar klassisch konservativer Rhetorik und Ideen bedienen, sie pflegen aber ein ambivalentes Verhältnis zum Begriff des Konservativen. Die beiden Autoren attestieren CDU und CSU daher ein wenig vorschnell, „ihre anfängliche Scheu in seinem Gebrauch längst abgelegt“ (ibid.) zu haben. Wie schwer sich die

Unionsparteien mit diesem Begriff tatsächlich tun, zeigt, dass sie ihn insbesondere im Umgang mit Jugendlichen vermeiden, aus Furcht, als überlebt oder gar obsolet zu erscheinen (vgl. Hermand 1988: 623). Obwohl schon seit ihrer Gründung keine rein konservativen Parteien, sondern mit christlichen und liberalen Überzeugungen durchsetzt, lassen sich CDU und CSU aber trotzdem unzweifelhaft als Parteien aus dem konservativen Spektrum identifizieren (vgl. Mayer 2009: 103). Was *konservativ* aber eigentlich bedeuten soll, ist seit jeher unklar und bleibt es auch jetzt, zu viele Definitionen und Ansichten bestehen über das Wesen des Konservatismus (vgl. Greiffenhagen & Greiffenhagen 1993: 245). Erschwerend kommt hinzu, dass selbst die klassische Wählerschaft der Unionsparteien, das Bürgertum, sich ungerne selbst als konservativ bezeichnet (vgl. Mayer 2009: 101). Andererseits erwartet der Konservative, dass die Unionsparteien ihrer Hauptaufgabe als Vertreterinnen seiner Mentalität und Lebensweise nachkommen.

Die Unionsparteien stehen nun also vor der undankbaren Aufgabe, einen Spagat zwischen den sich verändernden Lebenswelten und den Erwartungen ihrer Klientel zu schaffen. Kohls geistig-moralische Wende soll dieses Kunststück bewerkstelligen. Darum werden die alten, bürgerlichen Werte hochgehalten (vgl. Hoeres 2013: 106), während gleichzeitig eine Modernisierung der Union versucht wird.

Der gezielte Wandel der CDU zeigt sich bereits im Wahlprogramm für Kohls erste Kanzlerschaft, bei dem die christliche Tradition der Union einen erstaunlich geringen Platz eingeräumt bekommt, selbst ein Verweis auf das christliche Menschenbild fehlt (vgl. *ibid.*: 106). Christliche Werte werden von der CDU als unmodern und überholt betrachtet, und zum Entsetzen eingefleischter Konservativer lässt sich die Union auf die liberalisierte Gesellschaft ein, anstatt nichteheliche Lebensformen, Abtreibungen und gewalttätige Fernsehprogramme stärker zu bekämpfen (vgl. Greve 1993: 25). Anstatt sich auf ihre konservativen Werte zu besinnen, laufe die CDU dem als unaufhaltsam empfundenen Wertewandel hinterher, so der Vorwurf, lasse sich von dem linken Zeitgeist vor sich her treiben und akzeptiere den grassierenden Egoismus der Gesellschaft, so der Vorwurf (vgl. Greve 1993: 26-27). Bei aller Einseitigkeit dieser Kritik sollte sie dennoch ernst genommen werden. Denn die CDU fährt einen riskanten Kurs, der sie von einem Teil ihrer Unterstützer langsam zu entfremden und die innere Einheit der Union zu zerreißen droht.

Dieses Problem betrifft nicht nur die Union, sondern alle großen Parteien. Durch die Nivellierung des Mittelstandes sind die gesellschaftlichen Trennlinien nicht verschwunden, aber verschwommen. Die große Mitte der Gesellschaft verfügt über mehr verbindende als trennende Elemente, die Ziele, Möglichkeiten und Bedürfnisse der Bundesbürger unterscheiden sich weniger stark voneinander, als es in früheren Epochen der Fall war. Hinzu kommt die zunehmende Liberalisierung der Gesellschaft, die bestimmte soziale und politische Errungenschaften in den Stand des Selbstverständlichen erhebt, etwa die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Erwerbstätigkeit der Frau oder die Akzeptanz nichtehelicher Beziehungen. Obschon zwischen Parteien und sozialen Strömungen durchaus Unterschiede in Interpretation und Bewertung dieser Veränderungen herrscht, ist die Debatte zumindest in der Mitte des politischen Spektrums oft nuanciert bis zur Nichtunterscheidbarkeit. Dadurch wird es für alle großen Parteien schwieriger, sich deutlich zu profilieren und von der Konkurrenz abzuheben.

Gerd Langguth (2001: 258) erkennt hierin eine „*programmatische Unschärfe der Parteien*“, die sie inhaltlich immer austauschbarer erscheinen lässt (vgl. *ibid.*). Zudem werden ethische Debatten kaum mehr von Parteien, sondern zunehmend von Nichtregierungsorganisationen wie *Greenpeace* oder *Amnesty International* angestoßen und angeführt, die den Status moralischer Instanzen für sich beanspruchen. Parteien werden sowohl von außen als auch in ihrer Selbstwahrnehmung weniger als Produzenten moralischer Inhalte gesehen, sondern als Machterhaltungs- und Machtgewinnungsinstrumente (vgl. *ibid.*).

Die jüngste Historie hat die Union durch das Ende der Sowjetunion darüber hinaus mit der Auflösung des europäischen Kommunismus eines wichtigen politischen Arguments beraubt. Udo Zolleis (2008: 273) charakterisiert die Abgrenzung vom Kommunismus als „*emotional hochwertiges sozio-kulturelles Thema*“, dessen vereinigende Kraft und hoher Mobilisierungsgrad für die so heterogene Partei von ganz essentieller Bedeutung waren (vgl. *ibid.*: 273-274). Es fällt der Union in der Folge schwer, sich in sozio-kulturellen Themen zu behaupten. Der Fokus auf wirtschaftliche Themen, die nicht zuletzt wegen der mit der Wiedervereinigung aufkommenden ökonomischen Herausforderungen an Bedeutung gewinnen, kann diese Lücke nicht füllen. Die Unionsparteien sind als Parteien mit

gesellschafts- und moralpolitischem Anspruch gegründet worden, die erzwungene Verengung auf Finanzthemen ist daher für sie umso problematischer (vgl. *ibid.*: 273).

Neben der extremen Linken in Form des Kommunismus ist zudem auch die Sozialdemokratie als politischer Gegner, an dem man sich reiben und so Profil gewinnen kann, ausgefallen. Nur noch selten greift die SPD zu Formulierungen und Ideen, die das bürgerliche Lager ängstigen. Vielmehr hat sie sich ein pragmatisches Erscheinungsbild gegeben und fast alle Erfolgsbegriffe der Unionsparteien übernommen (vgl. Bösch 2002: 273). Selbst die klassische Familie, einst Domäne der Konservativen, wird längst von SPD und Grünen als vorherrschende, wenngleich nicht alternativlose, Art der Lebensführung akzeptiert und gefördert (vgl. Mayer 2009: 103).

6.2 Politische Orientierungslosigkeit der Union unter Merkel

Es sind nicht nur externe Faktoren, die der CDU zu schaffen machen, sie rückt sich auch durch eigenes Wirken gezielt in die politische Mitte, und vernachlässigt so nicht nur ihre Ränder, sondern auch jene Gruppen in ihrer eigenen Mitte, die ihre starken Partikularinteressen nicht länger uneingeschränkt gewahrt sehen. Wie schon gezeigt, verliert das „C“ der CSU, ganz besonders aber der CDU seine Bedeutung, die christlichen Werte innerhalb der Union befinden sich auf dem Rückzug (vgl. Bösch 2002: 273). Dieser bereits unter Kohl deutlich sichtbare Trend verstärkt sich unter der Ägide Angela Merkels. Die Kirche ihrerseits fremdelt mit einer Union, an deren Spitze Unverheiratete und Geschiedene stehen, persönliche Umstände, die noch in den 1980er Jahren ein hohes Amt in der CDU von vorneherein ausgeschlossen hätten (vgl. Lau 2009: 168). Innerhalb der Partei wird die zunehmende inhaltliche wie formale Lockerung der engen Beziehung zur Kirche begrüßt (vgl. *ibid.*: 178), auch wenn dies von namenhaften Parteikadern wie Wolfgang Bosbach öffentlich beklagt wird und auf Missfallen stößt (vgl. *ibid.*: 168). Für das traditionelle, oft christlich engagierte Lager der Konservativen stellt die wachsende Distanz zur kirchlichen Lehre eine Belastung in ihrer Beziehung zur Mutterpartei dar.

Die Bundeskanzlerin selbst pflegt ein ambivalentes Verhältnis zum Glauben. Selbst bekennende Protestantin, nimmt das christliche Menschenbild nicht zuletzt dank ihres Einsatzes wieder eine größere Rolle im Parteiprogramm der CDU ein (vgl. Stock 2000: 171). Die Kanzlerin sieht sie christliche Werte und Fortschritt nicht als Gegensatz an und begrüßt gesellschaftliche Veränderungen ausdrücklich. Auf die Frage, was es für sie heiße, konservativ zu sein, antwortet Merkel:

Das Bewahrenswerte erhalten, vor allem die Schöpfung. Ein Wurzelwerk haben Nicht dem Zeitgeist hinterherlaufen, ihn aber prägen wollen. Konservativ im guten Sinne heißt auch immer: offen zu sein für Fortschritt, für neue Entwicklungen, für Veränderungen – aber nur auf der Grundlage klarer Werte (Stock 2000: 168).

Nun ist die Verbindung von Konservatismus und Fortschritt nicht neu, schon Franz Josef Strauß verkündete bekanntlich *„Konservativ heißt, nicht nach hinten blicken, konservativ heißt, an der Spitze des Fortschritts marschieren“* (Fahrenschon 2009: 186).

Der technophile Strauß meinte jedoch in erster Linie den technischen, weniger den sozialen Fortschritt, so Rödder (vgl. 2016). Merkel hingegen sieht ausdrücklich soziale und politische Neuheiten als Teil des Fortschritts an, mahnt eine Offenheit für diese Veränderungen an und möchte diese mit dem Konservatismus vereinen.

Vielen Konservativen haben daher Zweifel an Merkels politischer Ausrichtung, sehen in ihr keine wahre Konservative und fühlen sich folglich auch nicht von ihr repräsentiert. Zu liberal sind ihre Ansichten in Sachen Stammzellenforschung und Homo-Ehe, zu weit von traditionell-konservativen Werten des Konservatismus entfernt wirkt diese geschiedene, völlig unideologische Pragmatikerin. Merkel erscheint ihnen eher als gelernte Christdemokratin denn als jemand, der in dieser politischen Strömung tief verwurzelt ist (vgl. Langguth 2009: 165).

Darüber hinaus ist Merkels Politik von einer Vielzahl an Reformen und Entscheidungen gekennzeichnet, die nicht im Sinne der Konservativen in ihrer Partei sein können.

Die Einführung des Mindestlohns in der zweiten großen Koalition mit der SPD im Jahr 2015 stößt im Vorfeld auf erbitterten Widerstand des Wirtschaftsflügels der CDU (vgl. Greive 2014), ebenso der Ausstieg aus der lange Zeit von der Union massiv vorangetriebenen

Atomenergie (vgl. Schlieben 2011: 2). Auch der Einsatz von Finanzmitteln in Milliardenhöhe zur Bewältigung der griechischen Staatsschuldenkrise durch die EU und die EZB, an deren Planung und Durchführung Deutschland unter der Ägide Merkels federführend beteiligt ist, wird von einer beträchtlichen Minderheit der CDU-Abgeordneten scharf kritisiert (vgl. Weiland 2015). Diesen drei Themen gemein ist, dass sie zwar finanzpolitischer Natur sind, aber auch eine starke moralpolitische Komponente enthalten. So auch das Thema Flüchtlingskrise, in dem sich deutlicher Widerstand der Unions-Basis und prominenter Abgeordneter gegen den Kurs der Kanzlerin (vgl. Zeit Online 2015: 1) und ganz besonders gegen das Flüchtlings-Abkommen mit der Türkei formiert (vgl. Zeit Online 2016: 1).

Bei Entscheidungen über moralische Fragen spielt die Weltsicht der jeweiligen Person eine entscheidende Rolle. Da der christlich-soziale Gedanke nach wie vor stark in der Union verankert ist, finden Lohngerechtigkeit, der Zusammenhalt der Europäischen Union und vor allem der Schutz Verfolgter und Notleidender in den Unionsparteien eine starke Unterstützungsbasis, abseits der realpolitischen Gründe, die für oder gegen deren Implementierung sprechen könnten. Daher ist Uneinigkeit zwischen den verschiedenen Strömungen innerhalb der Union nicht überraschend. Aus scharf geführten Debatten in Parteien lässt sich ohnehin keine Krise ableiten, leben doch demokratische Parteien gerade von erbitterten Diskussionen und der Kompromissfindung.

Die genannten Streitigkeiten sind jedoch nur die neueste Inkarnation eines schon seit Jahrzehnten in der Union schwelenden Konflikts um ihre generelle Ausrichtung. Es geht um nicht weniger als das Verhältnis von Konservatismus und Unionsparteien, das sich von seinem praktisch symbiotischen Zustand in der Adenauer-Ära zur zunehmenden empfundenen Heimatlosigkeit der Konservativen in der Ära Merkel entwickelt hat. Wie der konservative Historiker Rödder (vgl. 2016) zeigt, sind dabei weniger einzelne Sachfragen entscheidend, viel schwerer wiegt das subjektive Empfinden. Konservative Anhänger der Union fühlen sich ohnehin vom schnellen Tempo des gesellschaftlichen Wandels der Gesellschaft überrumpelt, ihre Partei bietet ihnen jedoch keine Zuflucht, sondern scheint sich in ebenso rascher Schrittfolge zu verändern, wie der Politikwissenschaftler Franz Walter (vgl. 2010) anmerkt. Auf die Frage, ob Merkel zu schnell konservative Werte und Grundlagen aufgeben, führt Rödder (vgl. 2016) das Beispiel des britischen Premiers Lord Salisbury an. Dieser hat im sich ebenfalls politischen und gesellschaftlichen Veränderungen

unterworfenen 19. Jahrhundert vor die Aufgabe gestellt gesehen, diese in einer für die Wähler akzeptablen Geschwindigkeit in die Politik zu bringen. Es gehe darum

[...] den Wandel so gestalten, dass er für die Menschen verträglich ist. In den letzten zehn Jahren sind viele Dinge sehr abrupt verlaufen, etwa bei der Energiewende. Auch die wichtigen Entscheidungen in der Flüchtlingspolitik fielen abrupt und ohne Erklärungen. Die Bastapolitik der Alternativlosigkeit plus die politische Rhetorik der Geschlossenheit aber lässt alle diejenigen einigermaßen ratlos zurück, die nicht unmittelbar folgen wollen (Rödter 2016).

Merkel, so der Vorwurf, habe diese Regel nicht beachtet, was zu einer Entfremdung von Konservatismus und Union führe. Immer öfter werden ein „*Linksdrift*“ und eine übereilte „*Modernisierung*“ der Union beklagt, so etwa in einem Positionspapier des *Berliner Kreises*, einer Sammlung konservativer Unionspolitiker um bekannte Bundespolitiker wie Wolfgang Bosbach und Christian von Stetten, wodurch konservative Anhänger verloren gingen (vgl. Berliner Kreis 2016: 2-3). Ob ein solcher Linksdrift tatsächlich stattfindet, ob die Union die Modernisierung ausbremsen könnte, ohne in einem noch schädlicheren reaktionären Verharren zu enden, ist dabei irrelevant. Ein Teil der konservativen Bevölkerung wird seinem subjektiven Empfinden nach nicht länger von der Union repräsentiert, fühlt sich macht- und heimatlos.

6.3 Krise und politische Heimatlosigkeit des Konservatismus

Der Konservatismus findet sich in der ausgehenden dritten Kadenz der Ära Merkel in einer Krise, die bereits in den für Konservative scheinbar so goldenen Adenauer-Jahren ihren Ursprung hat. Durch die Nivellierung des Mittelstands ab den 1950er Jahren, ganz besonders aber durch die Liberalisierung der Gesellschaft in Folge der 68er-Revolution beginnt eine Erosion der alten, kleinbürgerlich-konservativen Werte und Normen. Diese verschwinden nicht, sind aber auch für die breite Masse nicht mehr der einzig gangbare Lebensweg. Konservatismus wird zu einer politischen Strömung unter vielen. Trotz einiger Erfolge aus dem konservativen Lager, vermag der Konservatismus in den großen gesellschaftlichen

Debatten nicht die Oberhand zu gewinnen, etwa bei der als Historikerstreit bekannten Diskussion um deutsche Schuld.

Die unter dem Eindruck der schwierigen Integration losgetretene Leitkulturdebatte mag ein Hoffnungsschimmer für manchen konservativen Vordenker sein (vgl. Rödder 2016), hier ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Deutlich aber ist vor allem eine Abkühlung im Verhältnis zum gegenwärtigen Kurs der CDU. Diese mag immer noch der logische Partner des Großteils der wertkonservativen Deutschen darstellen, andere jedoch sehen sich vor eine politische Heimatlosigkeit gestellt. Die Unionsparteien wissen nicht, wofür sie eigentlich stehen, vor allem wissen sie nicht, wofür der Konservatismus eigentlich stehen soll.

Wenig verwunderlich, schließlich scheint der Konservatismus sich darüber selbst im Unklaren zu sein. Er ähnelt eher einer Worthülse, die je nach Bedarf mit Aspekten aus der konservativen Ideenwelt gespickt wird, als einer stringenten Ideologie. Wie schon ausgeführt, ist die Schwammigkeit des Konservatismus seit jeher ein Problem. Doch verfügte der Konservatismus trotz seiner Heterogenität, trotz der Unmöglichkeit, ihn zu greifen, doch in früheren Zeiten zumindest über Vordenker, war wenigstens innerhalb von Gesellschaft und Parteien gebunden und gefestigt. In der Beliebigkeit der nivellierten und liberalisierten Gesellschaft verliert er nicht nur an Boden, auch seine politische Heimat in Form der Unionsparteien schwindet. Man muss nicht Kondylis (vgl. 1986: 387) folgen, der das Todesdatum des politischen Konservatismus bereits auf das Jahr 1789 taxiert, doch hat Kondylis sicherlich nicht Unrecht, wenn er die Frage stellt, wo der Konservatismus überhaupt noch seinen Platz hat. Durch die aktuellen Entwicklungen in Gesellschaft wie Union wird diese Frage umso drängender. Was die Union als konservativ präsentiert, der Rückgriff auf Familie und das abendländische Menschenbild, wirkt hohl und substanzlos. Mohler (vgl. 1974: 37-38) beklagt, dass der Adenauer-Konservatismus nur ein dumpfes, traditionalistisches Verharren auf dem Status quo ist. In der Ära Merkel ist er nicht einmal mehr das, denn die Union öffnet sich verstärkt neuen gesellschaftlichen Begebenheiten. Sie verharret nicht, schwimmt lediglich mit dem Strom der gesellschaftlichen Veränderungen mit und nutzt bisweilen Worthülsen aus der konservativen Gedankenwelt. Entsprechend kleinbürgerlich und veraltet-traditionell wirkt sie.

Beide, Konservatismus wie Unionsparteien, suchen nach einer Identität und scheinen größte Schwierigkeiten zu haben, diese zu finden.

Die Krise des Konservatismus als politische Strömung liegt in den gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte begründet. Die Ratlosigkeit der Union im Umgang mit dem konservativen Erbe, beraubt ihn zudem seiner politischen Heimat. Die Orientierungslosigkeit von Union wie Konservatismus hat ihren Ursprung in den schon genannten sozialen Umbrüchen. Die nivellierte und liberalisierte Mittelstandsgesellschaft ist zwangsläufig von einer philosophischen Beliebigkeit gekennzeichnet. Wo alles mit einem Schulterzucken abgetan wird, wo kaum noch Tabus bestehen, da hat es ein bewahrendes, moralisierendes Konstrukt wie der Konservatismus schwer. Der Mangel an geistiger Schärfe in der konservativen Debatte hat sein Übriges getan. Die *Neue Rechte*, die weniger konservativ als vielmehr rechtsnational ist, kann diese Lücke nicht schließen.

Übrig bleibt ein deutscher Konservatismus, der orientierungslos zwischen traditionalistischer Verklärung der Vergangenheit und postmoderner Belanglosigkeit mäandert.

7 Moderne Kleinbürgerlichkeit: Zwischen Pragmatismus und Wut

Anders als unter Adenauer ist die Gesellschaft heute sowohl nivelliert als auch liberalisiert. Es stellt sich die Frage, wo eigentlich noch der Platz für Kleinbürgerlichkeit in einer solchen Beliebigkeit ist.

Tatsächlich aber erfreut sich Kleinbürgerlichkeit, anders als der sich in einem bemitleidenswerten Zustand befindliche Konservatismus, nach wie vor größter Vitalität. Wie sich zeigen wird, ist die Kleinbürgerlichkeit dabei längst über ihren Platz in der unteren Mittelschicht entwachsen und erstreckt sich über die gesamte Gesellschaft, trägt aber nach wie vor ein reaktionäres Element in sich, das sich im Wutbürger manifestiert und die politische Debatte prägt.

7.1 Kleinbürgerlichkeit als Mittelschichtsphänomen

Sabine Kudera (vgl. 1988b: 249) sieht Kleinbürgerlichkeit als einen immer noch ausgesprochen bedeutsamen gesellschaftlichen Orientierungstypus an, da auch die liberalisierte Gesellschaft besonders im Mittelstand stark kleinbürgerliche Strukturen aufweist. Diese kleinbürgerliche Gruppe wird in den Milieustudien des Sinusinstituts bis in die späten 1990er Jahre hinein auch als kleinbürgerliches Milieu bezeichnet (vgl. Sinus 2015: 18) und macht Mitte der 1980er gut ein Viertel der deutschen Bevölkerung aus (vgl. Kudera 1988b: 252).

Mit der zunehmenden Ausdifferenzierung der Sinusstudie wird der Begriff des *Kleinbürgerlichen* fallen gelassen. Der in der Milieustudie von 2015 als „*Traditionelles Milieu*“ bezeichnete, gut 13 Prozent große Teil der Bevölkerung entspricht aber exakt dem gängigen Verständnis von Kleinbürgerlichkeit und wird als in der kleinbürgerlichen Welt verhaftet definiert (vgl. Sinus 2015: 16). Die Milieus gehen fließend ineinander über (vgl. *ibid.*: 13), das traditionelle Milieu überlappt mit der angrenzenden konservativ-etablierten Gruppe, dem prekären Milieu und besonders stark mit der bürgerlichen Mitte (vgl. *ibid.*: 14). Entsprechend finden sich in allen genannten Milieus Charakteristika, die den altbekannten Definitionen von Kleinbürgertum, beziehungsweise Kleinbürgerlichkeit, entsprechen. Wer zum konservativ-etablierten Milieu gezählt wird, ist dem Standesbewusstsein stark verhaftet, die bürgerliche Mitte zeichnet sich durch die Bejahung der gesellschaftlichen

Ordnung aus und wünscht sich soziale wie finanzielle Absicherung (vgl. *ibid.*: 16). Die Vielzahl der Begriffe und ihre Schwammigkeit ist zunächst wenig hilfreich, zumal die Wahl von Worten wie *traditionell* und *konservativ* vor dem Hintergrund der ohnehin schwierigen Abgrenzung von Traditionalismus und Konservatismus ungünstig erscheint.

Wie die Autoren der Studie selber anmerken, sind die Milieus nicht geeignet, um eine Lebenswelt umfassend zu charakterisieren, und müssen als rein illustrativ verstanden werden (Sinus 2015: 15). Die Sinusstudie ist aber, bei aller semantischen Ungenauigkeit, ausgesprochen nützlich zur gesamtgesellschaftlichen Verortung der Deutschen. Es wird klar, dass im Bereich der mittleren und unteren Mittelschicht⁸ Angst sowohl für Personen mit stark traditionsverhafteter wie auch solche mit eher auf Modernisierung und Individualisierung bedachter Grundorientierung einen entscheidenden Wesenszug darstellt (*ibid.*: 14). Es ist eine Angst vor dem sozialen Abstieg, gepaart mit dem diffusen Gefühl, vom Wandel der Welt überfordert oder gar abgehängt zu werden. Diese Furcht findet sich im prekären ebenso wie im traditionellen Milieu, auch die im gesellschaftlichen Mainstream vermeintlich so selbstbewusst verankerte bürgerliche Mitte bleibt davon keineswegs verschont (vgl. *ibid.*: 16). Die Angst, nicht mehr länger mit den Modernisierungsprozessen mithalten zu können betrifft also nicht nur das ohnehin von Gesellschaft und Arbeitsmarkt ausgegrenzten Anhänger des Prekariats, sondern auch solche Bürger, die eigentlich aufgrund ihrer recht komfortablen sozio-ökonomischen Situation mit dem Wandel gut zurechtkommen müssten. Kudara (vgl. 1988b: 252) zeigt jedoch, dass die gesellschaftliche Identität und Orientierung nicht zwangsläufig mit den objektiv messbaren Tatsachen im Einklang stehen müssen. Das Gefühl, mit der Moderne nicht Schritt halten zu können, muss daher nicht der Realität entsprechen, entscheidend ist alleine die subjektive Wahrnehmung. Schwaabe definiert diese „*Modernisierungsverlierer*“ als

[...] solche Menschen, die durch die mit jedem Modernisierungsschritt bzw. –prozeß notwendig verbundene Auflösung alter Strukturen, Routinen und Sicherheiten mehr verlieren, als sie an neuen Optionen hinzugewinnen. Das kann sehr

⁸ Trotz des von Schelsky postulierten Endes der Klassengesellschaft wird hier, in Anlehnung an die Sinusstudie, der Klassenbegriff genutzt. An der Aussagekraft Schelskys ändert dies nichts.

speziell (und in den meisten Fällen) den Verlust von Arbeit und damit an sozialer Sicherheit bedeuten (Schwaabe 2002: 83).

Damit wäre das untere Ende der Mittelschicht beschrieben, das sich bis in das Prekariat hinein erstreckt und, besonders im Falle des traditionellen Milieus, zunehmend resigniert, oder durch häufige Ausgrenzungserfahrung und soziale Benachteiligung sogar verbittert und voller Ressentiments ist, wie man es beim prekären Milieu beobachten kann (vgl. Sinus 2015: 16).

Der Begriff des Modernisierungsverlierers kann zwar Menschen umfassen, die tatsächlich etwas infolge des Fortschritts verloren haben. *„Es umfaßt aber auch in einem weiteren Sinn eine generelle, wenn man will: existentielle Verunsicherung* (Schwaabe 2002: 83).

Entscheidend ist also auch hier die Eigenwahrnehmung. Vor diesem Hintergrund wird klar, dass die Angst der kleinbürgerlichen Bevölkerungsanteile vor sozialem Abstieg und Modernisierung sehr ernst genommen werden und als wichtiger Baustein der kleinbürgerlichen Gedankenwelt verstanden werden muss. Denn nicht anders als im 19. Jahrhundert zeichnet sich auch der moderne Kleinbürger vornehmlich durch die Angst aus, seinen sozialen Status und bescheidenen ökonomischen Wohlstand aufgrund von außerhalb seiner Kontrolle liegenden gesellschaftlichen Veränderungen zu verlieren. Bei einem Großteil der modernen kleinbürgerlichen Bevölkerung drückt sich das nicht in Form einer rigiden oder gar reaktionären Kleinbürgerlichkeit aus, wie man sie beim kaiserlichen Spießbürger oder gar dem frühfaschistischen Kleinbürger der ausgehenden Weimarer Republik findet (vgl. Kuder 1988b: 254). Vielmehr lässt sich der überwiegende Teil, trotz der vorherrschenden Angst vor sozialem Abstieg und unübersichtlicher Modernisierung, als gemäßigt kleinbürgerlich beschreiben (vgl. *ibid.*: 255).

Diese offene, harmlose Variante von Kleinbürgerlichkeit entspricht dem Typus des biedermeierlichen Kleinbürgers des 19. Jahrhunderts (vgl. *ibid.*: 254): Friedlich und mit sich selbst und seiner Lebenswelt im Reinen, richtet sich der moderne Biedermeier in einer behaglichen Zufriedenheit mit dem Bestehenden ein, in der schlichtweg kein Anlass für eine weitergehende politische Partizipation besteht (vgl. *ibid.*: 257).

Dieses moderne Biedermeier erinnert frappierend an das motorisierte Biedermeier der Nachkriegsjahre, eine Beobachtung, die auch Florian Illies macht. Mit seiner *Generation Golf* liefert Illies (vgl. 2000: 41) im Jahr 2000 das Sittenbild einer Generation ab, die weder Krieg noch existentielle Not kennt. Die Generation Golf, deren Eltern in der Regel Kinder der deutschen Wirtschaftswunderzeit sind und in den 1968er Jahren den Aufstand geprobt haben, befindet sich in ihrer Entideologisierung und Entpolitisierung (vgl. *ibid.*: 186-186) ganz nah an Schelskys *skeptischer Generation* der Nachkriegszeit.

Wie Schwaabe (vgl. 2002: 94) anmerkt, darf man diese Entideologisierung und apolitische Haltung nicht als Politikverdrossenheit verstehen, vielmehr fühlt sich die Generation Golf von der Politik und ihrer ausführenden Kaste gelangweilt, sieht keinen Bezug zum eigenen Leben und verzichtet dementsprechend auf politische Partizipation.

Die von Kudera und Illies geschilderte Generation ist bereits die dritte Inkarnation der biedermeierlichen Kleinbürgerlichkeit, nach dem ursprünglichen Biedermeier und seinem motorisierten Nachfolger in den Adenauer-Jahren. Es erscheint, als sei der gemütlich-kleinbürgerliche Typus fest in der deutschen Gesellschaft verankert. Zwar hat im Dritten Reich der reaktionäre Kleinbürger kurzzeitig die Oberhand, die kleinbürgerliche Mentalität aber zieht sich wie eine Konstante durch die deutsche Geschichte. Kleinbürgerlichkeit als Mentalität zu betrachten und weniger als Beschreibung einer sozio-ökonomisch abgrenzbaren Schicht, verspricht daher einen großen Erkenntnisgewinn. So sieht es auch Kudera (vgl. 1988b: 250), die Kleinbürgerlichkeit als einen Begriff mit zwei Bedeutungen sieht: Sowohl als Kategorie zur Bezeichnung einer sozialen Lage, als auch als Mentalitätskategorie. So gehören zur Kleinbürgerlichkeit im sozialstrukturellen Sinne Personen in mittlerer sozialer Lage, also all jene zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum, vor allem aber sieht Kudera (vgl. *ibid.*) Kleinbürgerlichkeit als Bewusstseins-, Verhaltens- und Mentalitätskategorie. Folgt man dieser Sicht, eröffnen sich ganz neue Perspektiven auf das Phänomen Kleinbürgerlichkeit. Denn Bewusstsein und Mentalität müssen nicht mit der objektiven sozialen Lage übereinstimmen:

Die Differenzierung zwischen den beiden Bedeutungsebenen –
„objektive“ soziale Lage vs. „subjektives“ Bewußtsein und Verhalten
– ist deshalb so wichtig, weil ein enges Entsprechungsverhältnis

zwischen sozialer Lage und Bewußtsein eben nicht unterstellt werden kann [...] (Kudera 1988b: 250).

Kudera (vgl. 1988b: 250) will damit zeigen, dass Kleinbürgerlichkeit zwar gemeinhin als negative Eigenschaft verstanden wird und einen „*eindeutig abwertenden Charakter*“ (ibid.) hat, dass aber die Verinnerlichung kleinbürgerlicher Wertvorstellungen und Lebensweisen von den betroffenen Gesellschaftsschichten selbst als positiv aufgefasst wird:

Die im wahrsten Sinne des Wortes „beschränkten“ Ressourcen der unteren Mittelschicht, ihre Durchschnittlichkeit i.S. der Abwesenheit von „hervorragenderen“, „extremere“ Eigenschaften und Merkmalen der höheren (sowie auch der niedrigeren) Schichten kann im eigensinnigen Weltbild nämlich durchaus normativ gewendet und zur Basis eines positiven Selbstbildes gemacht werden. Durchschnittlichkeit, begriffen als Normalität, gilt dann keinesfalls als Defizit, sondern als Wert! (Kudera 1988b: 252).

Die Diskrepanz zwischen tatsächlicher und gefühlter sozialer Lage findet sich schon im Kleinbürgertum des 19. Jahrhunderts, das sich vom Proletariat abgrenzt und auf dieses herabblickt, sich am Bürgertum orientiert, obwohl die wirkliche Distanz nach unten kaum wahrnehmbar und in jedem Falle sehr viel geringer ist als der Abstand zu höheren Schichten. Es zeigt sich, dass diese gefühlte Realität des Kleinbürgertums sich in der Kleinbürgerlichkeit fortsetzt. Kleinbürgerlichkeit ist eher eine Frage der Mentalität denn der tatsächlichen sozialen Umstände. Deshalb stellt sich die Frage, ob Kudera nicht vielleicht sogar zu kurz greift, wenn sie vor allem die untere Mittelschicht auf der Suche nach Kleinbürgerlichkeit untersucht. Womöglich wäre es angebracht, bei der Suche nach der modernen Kleinbürgerlichkeit den Blick zu weiten und die gesamte Gesellschaft, nicht nur deren niedere Schichten, nach Anzeichen für modernen Biedermeier zu durchforsten.

7.2 Kleinbürgerlichkeit als gesamtgesellschaftliches Phänomen

Die eben schon vorgestellte *Generation Golf* hat die apolitische Konzentration auf das eigene Leben mit dem Kleinbürger der Nachkriegszeit gemein. Auch ihr hedonistischer

Materialismus (vgl. Schwaabe 2002: 94) erinnert an Wirtschaftswunderzeiten, ebenso so wie an das zur Tugend erklärte Streben nach Wohlstand des Kleinbürgertums im Kaiserreich. Die *Generation Golf* lässt sich dabei aber nicht dem typisch kleinbürgerlichen Milieu der unteren Mittelschicht zuordnen, erstreckt sich vielmehr über alle bürgerlichen Schichten und zeichnet sich gerade durch eine relative finanzielle Sorglosigkeit des Elternhauses aus. Und dennoch scheint sie dem Biedermeier im Geiste so nah.

Begreift man Kleinbürgerlichkeit als Mentalität, als Grundkonzept einer geistigen Einstellung, so verwundert dies nicht. Dann macht Kleinbürgerlichkeit auch keinen Halt vor Schichten und sozialstrukturellen Grenzen, soweit diese in der nivellierten und liberalisierten Gesellschaft noch bestehen. Das bedeutet aber auch, dass die einfache Identifizierbarkeit von Kleinbürgerlichkeit passé ist. Anders als das Kleinbürgertum in Kaiserreich und Weimarer Republik, lässt sich nicht einfach eine recht klar umrissene Schicht des Kleinbürgers ausmachen, Kleinbürgerlichkeit ist nur ein soziologisch identifizierbares Wert- und Orientierungsmuster unter vielen anderen (vgl. Kudara 1988b: 249-250). Kleinbürgerliche Prinzipien können Seite an Seite mit eigentlich komplett widersprüchlichen progressiven Ideen stehen, was zwar eine soziologische Einordnung erschwert, aber in Anbetracht des ohnehin nur schwer in Kategorien einordbaren menschlichen Verhaltens keineswegs so abwegig ist, wie es zunächst scheint.

7.2.1 Die Pragmatische Generation

Beispielhaft hierfür seien die Ergebnisse der Shell-Jugendstudie genannt, einer repräsentativen Studie mit mehr als 2.500 Probanden zwischen 12 und 25 Jahren (vgl. Schneekloth & Leven 2015: 389), deren jüngste Fassung im Jahre 2015 veröffentlicht wurde. In dieser setzt sich das Bild einer pragmatischen jungen Generation fort, das erstmals in der Shell Jugendstudie des Jahres 2002 Erwähnung findet (vgl. Quenzel et al. 2015: 375). Die Pragmatisierung der Jugend bedeutet, dass sich die Prioritäten weg von gesellschaftsübergreifenden Reformbestrebungen und hin zur Bewältigung konkreter persönlicher Probleme verschieben (vgl. Gensicke 2002: 152). Dieses Muster der Pragmatisierung zeigt sich, in moderaterer Form, in der gesamten Bevölkerung (vgl. *ibid.*: 152-154). Der kleinbürgerlich-konsumorientierte Bürger ist weitgehend individualisiert, hält eine freundliche Distanz zur Politik (vgl. Schwaabe 2005: 462). Er ist nicht unbedingt

unpolitisch oder politikverdrossen, im Mittelpunkt seines Lebens stehen aber seine eigenen Interessen (vgl. *ibid.*: 471). So auch die pragmatische Generation, die nicht unpolitisch ist, sich aber wenig in das politische Geschehen einbringt. Tatsächlich nimmt das Interesse an Politik unter jungen Menschen in den vergangenen Jahren sogar zu (vgl. Schneekloth 2015: 158), während die aktive Partizipation, insbesondere in Parteien rückläufig ist (vgl. *ibid.*: 193). Grund für diese von den Autoren der Jugendstudie als „*Politik-Abstinenz*“ (*ibid.*: 155) bezeichnete Haltung ist, dass Politik als Inbegriff von Intransparenz und Taktiererei sowie Themenbereichen von überfordernder Komplexität empfunden wird (vgl. *ibid.*: 156). Während das Vertrauen der jungen Menschen in Institutionen und Demokratie hoch ist, wird deren Akteuren in vorurteilsbeladener und stereotyper Weise misstraut (vgl. *ibid.*: 182).

Lieber konzentriert man sich auf sein eigenes Leben und legt dabei bemerkenswert altmodische Tugenden wie Fleiß, Ehrgeiz und das unbedingte Streben nach Sicherheit an den Tag (vgl. Gensicke 2015: 246). Gerade, dass es sich hierbei um Werte früherer Zeiten handelt, scheint die Jugendlichen nicht zu stören, ganz im Gegenteil: Während es noch im Jahre 1987 für 66 Prozent der Befragten irrelevant war, ob am Althergebrachten festgehalten wird oder nicht, finden dies im Jahr 2015 nur noch 48 Prozent unwichtig (vgl. Gensicke 2015: 250).

Besonders die persönliche wie berufliche Sicherheit gewinnt bei jungen Menschen an Bedeutung. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes steht mit 95 Prozent Zustimmung an erster Stelle der Prioritäten und rangiert damit weit vor dem Wunsch nach einem hohen Gehalt (vgl. Leven et al. 2015: 76-77).

Die Kombination aus Vertrauen in die bestehende Ordnung und Misstrauen gegenüber der Politik als solcher, da schmutzig und korrupt, ist bereits vom Biedermeier bekannt. Auch das Primat finanzieller Sicherheit könnte direkt der Beschreibung des Kleinbürgertums zu Zeiten des Kaiserreiches entnommen sein. Und doch finden sich auch deutliche Unterschiede zum Kleinbürgertum früherer Epochen. Die Jugendstudie enthüllt eine Jugend, die das Althergebrachte schätzt, aber das Neue nicht fürchtet. Sowohl Zuwanderung als auch Homosexualität stoßen auf eine wachsende Akzeptanz im Vergleich mit früheren Shell-Jugendstudien (vgl. Schneekloth 2015: 183-187). Trotz aller wirtschaftlicher Schwierigkeiten nimmt zudem der Optimismus in Bezug auf die eigene Zukunft zu, statt ängstlich zu

reagieren, geht der Großteil der Befragten davon aus, kommende Hürden erfolgreich zu überwinden (vgl. Leven 2015: 100). Das ist ein deutlicher Unterschied zur von Abstiegsängsten so geplagten Kleinbürgerlichkeitsdefinition nach Kudera. Da Kudera sich auf die Sinus-Studie, nicht jedoch auf die Shell-Jugendstudie stützt, mag dies auf einen methodischen Mangel seitens Kudera hindeuten. Die Differenz könnte aber auch auf einen höheren Grad an Zukunftsoptimismus junger Menschen zurückzuführen sein, auch wenn dies an dieser Stelle ausdrücklich nur ein spekulativer Gedanke sein kann.

7.2.2 Das Zeitalter des neue Biedermeiers

Die junge Generation scheint nicht mehr länger Triebfeder des Aufruhrs gegen das Altbekannte zu sein, sondern vielmehr auf eine behagliche Biedermeierwelt zu drängen (vgl. Grünewald 2013: 122). Als bieder empfundene Hobbies wie Heimarbeit und Gartenpflege erfreuen sich einer steigenden Beliebtheit (vgl. Christmann 2001). Der Altersschnitt der Pächter von Schrebergärten sinkt rapide, Interessenten für Parzellen müssen sich bis zu fünf Jahre auf einer Warteliste gedulden (vgl. Becker 2016: 70). Angesichts der als brüchig empfundenen Lebenswirklichkeit scheint sich ein neues Bedürfnis nach biedermeierlicher Geborgenheit im Privaten breitzumachen (vgl. Friedrichs 2016):

All das, was die Jugendlichen der siebziger Jahre noch aufbrachte, was ihnen Symbol einer bornierten, betonierten Welt war, wirkt in den Augen der Jungen heute begehrenswert (vgl. Friedrichs 2016).

Zukunftsforscher sehen darin keinen kurzfristigen Trend, sondern einen Wertewandel, sprechen von einer neuen Generation Biedermeier (vgl. Krüger 2014), zu der auch ein beachtlicher Teil der 40-60 Jährigen gezählt werden kann (vgl. Friedrichs 2016).

Wie die Shell-Jugendstudie zeigt, sind es nicht nur Angehörige der unteren Mittelschicht, die sich nach altmodischen Tugenden, beruflicher Sicherheit und der Bewahrung des Althergebrachten aussprechen.

Die Biedermeierlichkeit erstreckt sich, wie bereits erwähnt, scheinbar über das gesamte soziale und politische Spektrum. Das schließt auch Subkulturen ein, die eigentlich dem

kleinbürgerlichen Establishment entgegengesetzt sind. Die Rufe nach Homoehe und Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare aus der vermeintlich alternativen Homosexuellenszene wirken so bürgerlich, dass im Feuilleton schon von einem „*schwulen Biedermeier*“ die Rede ist (vgl. Löbbert 2015: 2). Die Abkehr vom gewollten Anderssein wird teils mit Erstaunen betrachtet, sodass Tilman Krause (vgl. 2013), seines Zeichens leitender Feuilletonredakteur der Welt provokant fragt: „*Was wollen die Schwulen eigentlich im Mainstream?*“ (ibid.).

Spiegel-Autor Dirk Kurbjuweit erweitert die neue Biedermeierlichkeit über den Bereich des Privaten in die Politik hinein, sieht die Kanzlerschaft Merkels unter dem Stern eines „*zweiten Biedermeier*“ (vgl. Kurbjuweit 2013: 46). Die Bürger, so Kurbjuweit (vgl. ibid.: 47), seien durchaus politisch aktiv und wehrten sich gegen das Bahnprojek Stuttgart 21, gegen den neuen Flughafen in Berlin, gegen Strommasten. Dies sei keine Partizipation für gesellschaftlichen Fortschritt, sondern für ein noch ungestörteres Leben. Daher sei das zweite Biedermeier sogar noch biedermeierlicher als das erste.

7.2.3 Kleinbürgerliche Durchdringung aller gesellschaftlicher Milieus

Die analytischen Untersuchungen Kuderäs, der Shell-Jugendstudie und des Sinus-Instituts kommen zur selben Beobachtung wie Illies mit seiner eher anekdotischen, aber trotzdem aufschlussreichen, *Generation Golf*: Kleinbürgerlichkeit ist nicht obsolet, sondern findet sich nach wie vor in der deutschen Gesellschaft als wichtiger, wenngleich nicht einziger, Mentalitätstypus. Wie von Kudera (vgl. 1988b: 254) gezeigt, scheint es sich dabei hauptsächlich um eine weitestgehend resentment- und aggressionsfreie Version von Kleinbürgerlichkeit zu handeln. Obwohl naturgemäß eine geistige Nähe zum Konservatismus anklingt, kann man hier aber nicht von einer konservativen Prägung sprechen. Konservatismus enthält als politische Ideologie auch ein zukunftsgestaltendes Element, eine gesellschaftliche Utopie, die es zu erfüllen gilt. Die pragmatische Generation hängt aber keinen Utopien nach, sie ist explizit nicht auf Veränderung der Gesellschaft aus. Es liegt trotzdem kein bloßer Traditionalismus vor, da die pragmatische Generation zwar das Althergebrachte nicht für Unwichtig hält, andererseits aber gesellschaftlichen Veränderungen offen gegenübersteht. Kudera (vgl. 1988b: 255) beschreibt das Fehlen grundlegender politischer Veränderungsperspektiven im rechten wie linken Spektrum als

Ausdruck typisch kleinbürgerlicher politischer Unentschiedenheit. Kleinbürgerlichkeit steht somit für sich, hat eine genuine Kombination von Elementen, die sich zwar auch im Konservatismus finden, bewegt sich aber nicht unbedingt an den konservativen Leitlinien entlang.

Ungeachtet der schrillen Polemik, die durch die Ausrufung eines neuen Biedermeier zum Vorschein kommt, kann der dahinterliegende Gedanke nicht einfach beiseite gewischt werden. Die Shell-Jugendstudie und Kuderass detaillierte Untersuchung von moderner Kleinbürgerlichkeit zeigen empirisch, dass Kleinbürgerlichkeit im Jahre 2016 nicht nur existiert, sondern geradezu prosperiert. Sie ist nicht mehr an eine bestimmte Schicht gebunden, so wie es im Kleinbürgertum des ursprünglichen Biedermeier der Fall war, sondern durchdringt als Wunsch nach einem einfachen, übersichtlichen Leben alle gesellschaftlichen und politischen Strömungen und Gruppen.

7.3 Vom reaktionären Kleinbürger zum Wutbürger

Ein neues Biedermeier auszurufen mag ein beliebtes Stilmittel sein, um gesellschaftlichen Stillstand oder, genauer, den Rückgriff auf Werte und Normen früherer Zeiten zu beschreiben. Es ist aber auch, wie gezeigt, eine erstaunlich präzise Beobachtung aktuell bestehender sozialer und gesellschaftlicher Zustände. Kleinbürgerlichkeit erstreckt sich über alle gesellschaftlichen Schichten und politischen Einstellungen, die biedermeierliche, harmlose Kleinbürgerlichkeit überwiegt daher deutlich. Dennoch lässt sich auch ein reaktionärer Typ Kleinbürgerlichkeit ausmachen, der dem autoritären Denken verwandt ist und in Kuderass Studie ungefähr von einem Drittel der Befragten vertreten wird (vgl. Kuderass 1988a: 125). Der rigide Orientierungstyp zeichnet sich durch Kritik am abweichenden Verhalten von Randgruppen aus, deren Verhalten nicht den eigenen Vorstellungen entspricht und stört sich in erster Linie an Radikalen, Arbeitslosen, Randalierern und Demonstranten. Demgegenüber steht das positiv konnotierte Selbstbild des normalen, fleißigen, verantwortungsvollen und bescheidenen Bürgers. In dieser Überhöhung der eigenen Moral und Sittlichkeitsvorstellungen, die als Blaupause für normales Verhalten

gesehen werden, erkennt Kudara (vgl. 1988b: 258) den Kern genuin kleinbürgerlichen Denkens, wie man es außerhalb des rigiden Ordnungstypus nicht mehr findet.

7.3.1 Die AfD als Sammelbecken des rigiden Kleinbürgers

Rigide Kleinbürgerlichkeit erinnert an den Wilhelminischen Kleinbürger aus Thomas Manns *Untertan* (vgl. Kudara 1988b: 254), unterscheidet sich aber wegen der ganz anderen sozialen und politischen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik deutlich vom reaktionären Kleinbürger der Weimarer Republik:

Zumindest in der von uns untersuchten Gruppe ist der traditionelle politische Gehalt autoritären Denkens stark „verdünnt“, weil nationalistische, militaristische, rassistische und explizit demokratiefeindliche Elemente weitgehend fehlen (Kudara 1988b: 258).

Trotzdem zeigen sich auch unübersehbare Ähnlichkeiten mit jenem reaktionären Typus von Kleinbürgerlichkeit, da eine ressentimentbehaftete Ablehnung des Fremden nach wie vor besteht, wenngleich diese über unerwünschtes abweichendes Verhalten anstatt über rassistische oder ethnische Motive definiert wird. Mehr noch als bei der biedermeierlichen Kleinbürgerlichkeit wird auf Fleiß und Pflichtbewusstsein gesetzt, hinzu kommen ein ausgeprägter Antipluralismus und Antiintellektualismus (vgl. Kudara 1988b: 258). Rigide Kleinbürgerlichkeit ist gekennzeichnet vom Gefühl der Entfremdung vom politischen System, der Gedanke von der gesellschaftlichen Entwicklung überrumpelt zu werden findet sich hier stärker als in anderen, milderer Formen der Kleinbürgerlichkeit. Die Unzufriedenheit mit dem System muss sich nicht in organisierter Weise ausdrücken, besonders da die politischen Denktraditionen autoritärer wie auch populistischer Natur durch die deutsche Geschichte diskreditiert und ohnehin als gesellschaftliche Utopie nicht mehr attraktiv sind (vgl. *ibid.*: 259). Rigide Kleinbürgerlichkeit ist also der politischen Utopie genauso fern wie ihr harmlos-biedermeierliches Gegenstück, trägt dafür aber ihren Zorn über die herrschenden Umstände wütender und vorurteilsbeladener vor.

Kudera (vgl. 1988b: 259) verortet die rigide Kleinbürgerlichkeit nicht in einer bestimmten Schicht, nennt die Befragtengruppe großstädtisch und gut integriert. Wie anhand ihrer Studie klar geworden ist, muss nicht unbedingt ein Zusammenhang zwischen gefühlter und tatsächlicher sozialer Position bestehen, wer sich vom Fortschritt abgehängt fühlt, muss nicht tatsächlich abgehängt sein. Dennoch spielt die sozio-ökonomische Lage eine Rolle für die Übernahme reaktionärer Positionen. Die Zeiten des Wirtschaftswunders sind vorbei, die deutsche Gesellschaft wandelt sich immer stärker zum Einwanderungsland, die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern lässt sich ebenso wenig aufhalten wie die Forderung sexueller und anderer Minderheiten nach mehr Akzeptanz (vgl. Friedrich 2015: 11). Normalität wie die Rechte sexueller und sonstiger Minderheiten Finanz- und Flüchtlingskrise führen zu zusätzlicher Verunsicherung.

Die etablierten Parteien bieten den tatsächlichen oder selbstwahrgenommenen Modernisierungsverlierern keine Heimat mehr, besonders die Union hat für Menschen, die sich dem traditionell-konservativen Spektrum zuordnen, nicht mehr attraktiv, hat sie doch scheinbar ihre Aufgabe als Hüterin des deutschen Brauchtums und der klassischen Rollenverteilung der Geschlechter aufgegeben. Da die Union sich nicht mehr über das ganze konservative Bandbreite erstreckt, entsteht rechts neben ihr eine Lücke, die seit 2013 von der im selben Jahre gegründeten *Alternative für Deutschland* (AfD) besetzt wird (vgl. Friedrich 2015: 16). Die Gründung dieser Partei kann als direkte Antwort auf die Euro-Rettungspolitik Angela Merkels verstanden werden, wie Alban Werner (vgl. 2015: 19) beschreibt. Die AfD ist ein extrem heterogenes Gebilde, sowohl in Bezug auf ihre politische Ausrichtung, als auch auf ihre Anhängerschaft, was eine Charakterisierung ausgesprochen schwierig gestaltet (vgl. Korte 2014).

In der Literatur wird sie ideologisch als europafeindliche Partei im Niemandsland zwischen Nationalkonservatismus und Nationalliberalismus verortet, trägt aber auch immer deutlicher hervortretende rechtspopulistische Züge bis hin zum Rassismus (vgl. Häusler & Roeser 2015: 15). So ist die Kritik an der Euro-Rettung deutlich liberal angehaucht, findet sich auch im rechten Flügel der FDP um Frank Schäffler (vgl. Friedrich 2015: 26).

Der konservative Einschlag der AfD wird in erster Linie wegen des sehr traditionellen Familien- und Gesellschaftsbildes angenommen. So bekennt sich die AfD in ihrem

Grundsatzprogramm 2014 zur traditionellen Familie (vgl. Alternative für Deutschland 2014: 9), im Parteiprogramm 2016 kommt zudem eine Kritik am „*falsch verstandenen Feminismus*“ hinzu, der nur erwerbstätige Frauen, nicht aber Hausfrauen und Mütter schätze (vgl. Alternative für Deutschland 2016: 41). Das Bekenntnis zur Familie und der Mutterrolle der Frau könnte in dieser Form auch der CSU entnommen sein. Auch die Kritik an Merkels Euro-Rettungspolitik ist keinesfalls eine Erfindung der AfD, findet sich, wie schon erwähnt, auch in der Union. Die AfD scheint nun genau diese enttäuschten Konservativen einzusammeln, verspricht sie doch, den gesellschaftlichen Wandel zurückzudrehen und den alten Tugenden wieder mehr Resonanz zu verschaffen.

Alexander Gauland, langjähriger CDU-Funktionär und Mitbegründer der AfD, beschreibt bereits im Jahre 2009 die Aufgabe eines zeitgemäßen Konservatismus sei

[...] die Bewahrung des einfachen übersichtlichen Lebens vor den Zumutungen bloß technischer und ökonomischer Rationalität. Und das unterscheidet am Ende auch den Konservativen vom Liberalen, dass er der freien Entfaltung der Persönlichkeit ebenso misstraut wie den unregulierten Marktkräften (Gauland 2009: 96).

Die AfD scheint sich daran zu orientieren und macht den Gedanken einer deutschen Leitkultur als Bollwerk gegen den als bedrohlich empfundenen Einfluss fremder Kulturen zu einem Kernelement ihres Grundsatzprogramms (vgl. Alternative für Deutschland 2016: 47). Hier kommt Gaulands Konservatismus-Verständnis zum Tragen, das sich die Bewahrung des übersichtlichen Lebens auf die Fahne geschrieben hat. Die sich verändernden nationalen wie ethnischen Realitäten machen Deutschland unübersichtlicher, müssen folglich bekämpft werden. Deutschland, so der Grundtenor, solle sich wieder auf sich selbst, seine nationalen wie völkischen Eigenarten konzentrieren und so die eigene Identität bewahren (vgl. Alternative für Deutschland 2016: 47). Es ist daher nur konsequent, dass die AfD sich für ein „*Europa der Vaterländer*“ einsetzt und die Forderung erhebt, „*die EU zurückzuführen zu einer Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner, lose verbundener Einzelstaaten*“ (Alternative für Deutschland 2016: 16).

Der rückwärtsgewandte Konservatismus der AfD kann nicht einfach als reflexhafter Traditionalismus abgetan werden, denn er ist mitnichten frei von Ideologie und gesellschaftlicher Utopie.

Ganz im Gegenteil, die AfD wird von Anfang an von der *Neuen Rechten* intellektuell gestützt (vgl. Friedrich 2015: 48), die sich selbst nicht auf den Nationalsozialismus, sondern auf die konservative Revolution der 1920er Jahre beruft (vgl. Bednarz & Giesa 2015: 40). Deren auflagenstarke Publikation *Junge Freiheit* entwickelt sich rasch zum inoffiziellen Sprachrohr der AfD (vgl. Friedrich 2015: 50). Zudem übt die Neue Rechte auch direkt über hochrangige Parteikader Einfluss aus, wie Sebastian Friedrich (vgl. *ibid.*: 50) aufzeigt. So gehört unter anderem den umstrittenen Fraktionsvorsitzenden der Thüringer AfD, Björn Höcke, zum neurechten Netzwerk und wird diesem auch ideologisch zugerechnet (vgl. Bednarz & Giesa 2015: 53). Die Neue Rechte ist der ideale Partner der AfD, hat doch auch sie die Rückabwicklung der Moderne mit all ihren ungeliebten Merkmalen zum Ziel (vgl. *ibid.*: 39) und nutzt Ressentiments und Angst zur Gewinnung neuer Anhänger (vgl. *ibid.*: 28). Sie bietet der AfD einen intellektuellen Überbau und zeigt, dass man sie nicht auf einen vagen, traditionalistischen Konservatismus beschränken kann. Vielmehr agiert sie gezielt im rechtspopulistischen Lager. Die Forderung nach einer deutschen Identität wird in gezielter Abgrenzung zu allen als fremd wahrgenommenen kulturellen Einflüssen formuliert, und die bevorzugten Mittel dieser Abgrenzung sind Verleumdung und das Anheizen von Ängsten. Hier überschreitet die AfD endgültig eine Grenze, die den Raum rechts von der Union kennzeichnet, von dem sich auch CDU und CSU in der Regel abgegrenzt haben. Parteigründer Lucke verfällt immer wieder in eine Wortwahl, die an den Jargon der NS-Zeit erinnert, spricht von einer „*Entartung*“ der deutschen Demokratie oder sieht für Zuwanderer mit mangelhaften Sprachkenntnissen nur eine Rolle als „*Bodensatz*“ der Gesellschaft (vgl. Häusler & Roesner 2015: 55-56).

Teilweise nimmt die Rhetorik aggressive Gestalt an. Wenn Vorstandsmitglied Meuthen vom „*links-rot-grün verseuchten und versifften 68er-Deutschland*“ (Cassier 2016) spricht, dann entmenschlicht er den politischen Gegner und verleiht ihm den Status einer Seuche, die es auszurotten gelte, wie der Journalist Philipp Cassier (vgl. *ibid.*) schreibt. Besonders Ex-CDU-Mann Gauland greift gerne auf den martialischen Duktus zurück, wenn er davor warnt, dass die „*klassischen Deutschen*“ im Zustrom von Flüchtlingen „*ersaufen*“ werden (vgl. *ibid.*). Ohnehin wird Führungsmitglied Gauland des Öfteren mit Angriffen gegen Minderheiten auffällig, besondere Aufmerksamkeit erregt kurz vor der Fußball-Weltmeisterschaft 2016 seine Aussage, der dunkelhäutige Nationalspieler Boateng werde als Sportler geschätzt, doch

als Nachbarn wollten ihn die Leute nicht (vgl. Wehner & Lohse 2016). Gauland bestreitet zunächst, die Äußerungen über Boateng überhaupt getätigt zu haben (vgl. Frankfurter Allgemeine 2016).

Seine Leugnung spiegelt ein wiederkehrendes Muster der AfD-Rhetorik wieder, das Häusler und Roeser (vgl. 2015: 57) näher untersuchen. So wird eine *Mut zur Wahrheit*-Aussage gemacht. Sobald diese von den Medien veröffentlicht ist, folgt ein Dementi und eine böswillige Fehlinterpretation behauptet. Durch die Einnahme eines Opferstatus wird der innere Zusammenhang der AfD gestärkt und die öffentliche Aufregung der Medien als Beweis für die eingeschränkte Redefreiheit in Deutschland genutzt.

Die AfD beansprucht für sich, gegen die *Political Correctness* anzukämpfen, die den Diskurs unterwandert habe. Die eigene Intoleranz wird so zum Kampf gegen die Intoleranz der politisch korrekten Meinungsmacher umgedeutet (vgl. *ibid.*: 53). Gauland zeigt bereits ein Jahr vor Gründung der AfD, wie man für unliebsame Wahrheiten seiner Meinung nach abgestraft werde:

Deutschland ist nicht nur weiblicher, weltoffener und demokratischer geworden, es hat sich auch ein Zug zum Intoleranten breitgemacht. Man kann heute kaum noch Zweifel an einem ausschließlich von Menschen gemachten Klimawandel äußern, ohne in die Nähe der Holocaust- oder Auschwitz- Leugner zu geraten. Und wer nach wie vor auf dem kleinen Unterschied zwischen Mann und Frau besteht, wird nicht nur von bigotten Gender-Ideologen schief angesehen (Gauland 2012).

Der Kampf gegen die *Political Correctness* ist ein entscheidendes Merkmal der AfD. Indem eine angeblich von linker Seite gesteuerte politische Korrektheit als Unterdrückung der Meinungsfreiheit behauptet wird, kann die AfD sich als Bewahrer der freien Rede gerieren (vgl. Häusler & Roeser 2015: 53). Die Kritik an *Political Correctness* hat die AfD nicht erfunden, doch sie hat diese vor allem von der Neuen Rechten geführte Debatte zu ihrem Kernanliegen gemacht (vgl. *ibid.*: 54). Dabei greift die AfD auch stark auf jene Debatte um die deutsche Schuld zurück, die im Historikerstreit ihren Höhepunkt erreichte, Ernst Nolte habe somit schon vor Jahrzehnten gesagt, was die AfD jetzt denkt, so der Kolumnist Richard Herzinger (vgl. 2016). Bemerkenswert ist, dass die AfD sich hier als Ausnahme des angeblich an dieser Unterdrückung der Meinungsfreiheit schuldigen Politikbetriebes herausnimmt. Die

AfD präsentiert sich als Partei, die eigentlich gar keine Partei ist, sieht sich selbst laut ihrer Vorsitzenden Frauke Petry als „*Partei des Anti-Establishments*“ (vgl. Weiland 2016). Man versucht gezielt, das Bild eines politischen Außenseiters zu kultivieren, inszeniert sich als antipolitische Kraft, die gegen die egomanische Kaste von Berufspolitikern ankämpft (vgl. Häusler & Roeser 2015:8).

Daher ist es letztlich von untergeordneter Bedeutung, den Grad von Konservatismus, Nationalliberalismus oder Rechtspopulismus zu bestimmen, aus dem sich die AfD zusammensetzt. Viel relevanter ist, die AfD als Manifestation eines über diese Partei weit hinausgehenden gesellschaftlichen Trends zu erkennen, der sich aus Angst vor Zuwanderung, Unzufriedenheit mit sozialen Veränderungen und Modernisierung, Ablehnung von Gleichberechtigung und Freiheit zusammensetzt. Kurzum, die AfD greift lediglich die verbreitete Wut auf alle relevanten gesellschaftlichen Entwicklungen in den vergangenen Jahrzehnten bundesrepublikanischer Geschichte auf, die in Teilen der Bevölkerung die vorherrschende politische Empfindung darzustellen scheint.

7.3.2 Der Wutbürger

Die Ablehnung des Fremden, der Modernisierung und des sozialen Fortschritts bei gleichzeitiger Verklärung vergangener Epochen erinnert frappierend an das reaktionäre Kleinbürgertum der untergehenden Weimarer Republik. Der Spiegel-Autor Dirk Kurbjuweit hat im Jahre 2010 für dieses soziale Phänomen die Bezeichnung des *Wutbürgers* geprägt (vgl. Frankenberg 2013: 396). Kurbjuweit zeigt, dass der Wutbürger sich ebenso vom raschen gesellschaftlichen Wandel überrumpelt wie auch aus seiner behaglichen, kleinen Welt des Privaten herausgerissen fühlt:

Der Wutbürger wehrt sich gegen den Wandel, und er mag nicht Weltbürger sein. Beide Proteste sind Ausdruck einer skeptischen Mitte, die bewahren will, was sie hat und kennt, zu Lasten einer guten Zukunft des Landes (Kurbjuweit 2010: 46).

Kurbjuweits Charakterisierung des Wutbürgers geschieht entlang der vom SPD-Politiker und Publizisten Thilo Sarrazin angestoßenen Debatte um den mangelnden Integrationswillen

mancher Migrantengruppen sowie die in Gewalt eskalierenden Proteste gegen den Bau des neuen Stuttgarter Bahnhofes.

Diese zwei auf den ersten Blick nicht miteinander zusammenhängenden Themen verbindet Kurbjuweit (vgl. 2010: 26) nun miteinander, indem er beide als Ausdruck derselben wutbürgerlichen Unzufriedenheit interpretiert. Der Wutbürger hat das Gefühl, in der Mehrheit zu sein, und sieht sich selbst der Politik gegenüber als überlegen in der Bewertung komplexer Sachlagen an. Daher interessiert ihn auch der demokratische Entscheidungsweg nicht, schließlich ist er ja immer im Recht. Seinem Namen wird der Wutbürger durch die hysterische Art seines Protests gerecht. Wut und Empörung, ausgelöst durch das Gefühl, von der Politik in der Sorge um Modernisierung und Überfremdung nicht ernst genommen zu werden, schlagen in Hysterie und Rebellion gegen die bestehenden Zustände um (vgl. Vorländer 2011: 470). Ob dies durch klassische Demonstrationen, die Veröffentlichung von Hasspamphleten im Internet oder die Wahl von Anti-Establishment-Parteien wie der AfD geschieht, ist dabei zweitrangig. All diesen Handlungen gemein ist die zugrundeliegende Systemunzufriedenheit und Auflehnung gegen den gesellschaftlichen Wandel. Der Wutbürger mag sich selbst als Mitte der Gesellschaft begreifen, die Hysterie jedoch, die seinen Protest durchzieht, ist alles andere als eine bürgerliche Eigenschaft (vgl. Kurbjuweit 2010: 27).

Dennoch, und das macht das Phänomen des Wutbürgers so interessant, rekrutiert er sich nicht zuletzt aus eben jener bürgerlichen Mitte. Der hysterische Unmut über den Status quo ist nämlich gerade kein Exklusivmerkmal des unteren Endes der Gesellschaft. Der typische Demonstrant gegen den Neubau des Stuttgarter Bahnhofs ist kein Angehöriger derjenigen gesellschaftlichen Schichten, die man früher als Kleinbürgertum bezeichnet hätte, und kein junger, perspektivloser Mann aus prekären Verhältnissen. Vielmehr ist er mittleren Alters, sozio-ökonomisch abgesichert, verfügt über höhere Bildung und steht politisch im links-liberalen Spektrum (vgl. Frankenberg 2013: 397-398). Auffällig ist, dass der unterste Rand des Mittelstandes sogar da unterrepräsentiert ist, wo laut einschlägigen Medienberichten angeblich das Prekariat sein unschönes Gesicht zeigt, nämlich in der migrationskritischen PEGIDA-Bewegung. Laut einer empirischen Studie der Technischen Universität Dresden liegt das Durchschnittseinkommen bei PEGIDA tatsächlich sogar deutlich über dem mittleren Einkommen der Gesamtbevölkerung (vgl. Vorländer et al. 2015: 49-50).

Bietet die AfD mehr Anhaltspunkte für die Charakterisierung des Wutbürgers?

Das ist nicht der Fall. Untersucht man den typischen AfD-Wähler, so kommt man ebenfalls zum unerwarteten Ergebnis, dass es diesen gar nicht gibt. Zunächst fällt auf, dass sich die Menschen, die der AfD ihre Stimme geben, überhaupt nicht einer politischen Richtung zuordnen lassen. Bei den Bundestagswahlen 2013 gewinnt die AfD zwar 290.000 Wähler von der Union und mehr als 430.000 von der FDP, die Linke verliert aber sogar 340.000 Wähler an die AfD, die SPD knapp 180.000 (vgl. Friedrich 2015: 72). Bei der Europawahl 2014 und den drei Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im selben Jahr sind die Zahlen ein wenig anders, trotzdem zeigt sich, dass auch hier die Wählerwanderung von der Union zwar ein bedeutender, aber keineswegs der größte Wähleranteil für die AfD ist, selbst den Grünen raubt die *Alternative für Deutschland* Stimmen und kann insbesondere im Lager der Nichtwähler Punkten (vgl. ibid.). Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt 2016 bestätigen diesen Eindruck (vgl. Stahnke et al. 2016: 1-2).

Es sind auch keineswegs die sozio-ökonomischen Verlierer des Wandels, die sich von der AfD angezogen fühlen. Mehr als ein Drittel ihrer Wähler gehören zu den reichsten 20 Prozent Deutschlands, lediglich 15 Prozent ihrer Anhänger lassen sich den unteren Einkommensschichten zuordnen, das Bildungsniveau ihrer Wählerschaft ist überdurchschnittlich. Damit unterscheidet sie sich in erheblichem Maße von der NPD, die vor allem aus den sozial und wirtschaftlich schwächsten Gruppen ihr Potential zieht (vgl. Greive 2016). Die AfD ist, wie es der Historiker Paul Nolte (2016a) ausdrückt, „*ein Bündnis von Eliten und Outsidern, von konservativen Professoren und frustrierten Kleinbürgern.*“

Daher ist es nur konsequent, sie, wie Robert Pausch (vgl. 2016: 2-3) es tut, als Ausdruck der Unzufriedenheit einer sehr heterogenen „*radikalierten Mitte*“ zu betrachten, die von einer tiefgehenden Verunsicherung durch Flüchtlingskrise, abnehmende soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen geeint wird.

Diese radikalisierte Mitte erstreckt sich, wie schon erwähnt, dabei weit über die AfD hinaus. Hier zeigt sich die Parallele zur Kleinbürgerlichkeit, denn wie diese ist auch die Wutbürgerlichkeit nicht auf bestimmte Klassen, Schichten oder politische Strömungen begrenzt. Die Wutbürgerlichkeit ist der radikale Auswuchs, das reaktionäre Pendant der modernen biedermeierlichen Kleinbürgerlichkeit, so wie zu Weimarer Zeiten das reaktionäre Kleinbürgertum die radikale Steigerung des gemäßigten Kleinbürgers darstellt.

Wutbürgerlichkeit drückt sich ganz unterschiedlich aus. Sie findet sich, wie gemäßigtere Formen von Kleinbürgerlichkeit, in allen Bereichen dessen, was als Mitte der Gesellschaft gesehen werden kann.

Seine sozio-ökonomische Unauffälligkeit ist das Auffälligste am Wutbürger. Er findet sich im Herzen des Mittelstandes, steigert die der Kleinbürgerlichkeit eigene Intoleranz, Auflehnung gegen Veränderung und Angst vor Wandel und Überfremdung ins Extrem, ohne jedoch selbst ein soziales Extrem darzustellen. Die Ablehnung von Einwanderung und das Gefühl, dass der gesellschaftliche Wandel zu schnell voranschreitet, beruht meist nicht auf dem eigenen Status als Modernisierungsverlierer, der Wutbürger ist nicht überdurchschnittlich von den als negativ empfundenen Effekten betroffen, befindet sich eher in einer privilegierten Position (vgl. Frankenberg 2013: 397-398).

Hieran zeigt sich erneut, dass die Selbstwahrnehmung nicht mit der Empirie übereinstimmen muss. So wie der Kleinbürger des 19. Jahrhunderts sich praktisch grundlos dem Proletariat überlegen fühlt, so wie der reaktionäre Kleinbürger der Weimarer Republik sich als Spielball dunkler Machenschaften sieht, so braucht auch der Wutbürger keinen objektiven Anlass für seinen Zorn.

8 Ausblick: Ideologien in einer ideologiefreien Republik

Die Bundesrepublik ist heute pluralistischer und zugleich indifferenter als je zuvor, sie ist klassenlos und doch zutiefst gespalten.

Die Liberalisierung der deutschen Gesellschaft hat eine Vielzahl an Lebensstilen hervorgebracht, die Wahlmöglichkeiten von Beruf, Lebensweise, Partnerschaftsmodellen und religiösen Überzeugungen münden in einem nahezu schwindelerregenden Pluralismus. Möglich ist dies nicht zuletzt durch die Auflösung der Klassengesellschaft, ausgelöst durch die in der modernen Konsumgesellschaft begründete Nivellierung des Mittelstandes, welche die Grenzen zwischen Oben und Unten, Klein- und Großbürgern zunehmend verschwimmen lässt. Obwohl es durchaus noch Unterschiede zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Schichten gibt, sind diese weitaus geringer als zuvor.

Doch wenn die Möglichkeiten endlos scheinen, Tabus und Normen ihre Kraft verlieren, fühlen sich viele Menschen überrumpelt, können kaum noch mit dem raschen Wandel Schritt halten. Das kann einerseits zu einer indifferenteren Haltung gegenüber allem führen, was sich nicht als unmittelbar relevant für die eigene Lebensführung identifizieren lässt – es kann aber auch eine Spaltung der Gesellschaft auslösen, deren Graben zwischen denjenigen Bürgern verläuft, die mit dem gesellschaftlichen Wandel gut zurecht kommen, und jenen, denen dies nicht gelingt.

Wie passen die auf Bewahrung des Althergebrachten gegründeten Themenfelder des Konservatismus und der Kleinbürgerlichkeit in eine Zeit, die sich von gesellschaftlichen Traditionen zu lösen scheint?

Kurz gesagt, der Konservatismus tut sich schwer mit der modernen Bundesrepublik. Er hat sich immer schon verändert, war niemals die starre, verkrustete Ideologie, als die ihn seine Gegner gerne zeichnen. Der deutsche Konservatismus hat immer die Notwendigkeit erkannt, sich anzupassen, und diesen Schritt, wenn nötig, auch immer vollzogen. Er hat sich gewandelt, vom Feind der Demokratie zu ihrem Apologeten, von einer ständischen zu einer bürgerlichen Ideologie. Dabei konnte der Konservatismus jedoch immer auf bestehende gesellschaftliche Normen zählen, konnte das Neue behutsam in das Fundament des Alten einfügen. Wo es immer weniger verbindliche Normen gibt, ist dies kaum möglich. Das stellt den Konservatismus vor eine nahezu unlösbare Aufgabe. Verharrt er, droht er den Anschluss

zu verlieren, zu verknöchern und irrelevant zu werden. Modernisiert er sich zu sehr, wird er beliebig, austauschbar und verliert seine Existenzberechtigung. Zudem scheut die Idee des Kleinbürgerlichen sich vor der intellektuellen Debatte. Selbstredend wird der Konservatismus in intellektuellen Kreisen diskutiert, in der Wissenschaft analysiert und bewertet. Doch der gelebte Konservatismus in Form der Unionsparteien, lange Zeit seine politische Heimat, scheut den Diskurs und wirkt schon in den 1950er Jahren flach und leblos.

Mohler (1974: 37-38) beschreibt den Adenauer-Konservatismus als plumpes Hegen und Pflegen des Status quo. Unter Merkel ist er nicht einmal mehr das, geht mit dem Zeitgeist, ohne zu erklären, wofür er eigentlich steht, was die konservative Idee heute noch bedeuten soll. Die Union scheut gar den altmodisch erscheinenden Begriff des *Konservativen*.

Was vom gelebten Konservatismus bleibt, ähnelt einem um philosophisches Gedankengut aufgehübschten Traditionalismus und dem längst überholten kleinbürgerlichen Lebensstil vergangener Jahrhunderte. Dem Konservatismus ist es in den vergangenen Jahrzehnten nicht gelungen, sich neu zu definieren und zu revitalisieren. Wofür der Konservatismus als gesamtgesellschaftliche Ideologie eigentlich in der nahezu ideologiefreien Bundesrepublik stehen soll, darauf hat dieser selbst keine Antwort parat. Allenfalls in Versatzstücken findet er noch Anwendung, seine Tage als beherrschende politische Strömung in Deutschland jedenfalls scheinen unwiederbringlich vorbei. Behält die Union ihren momentanen Kurs bei, erscheint auch hier eine Rückkehr zu einer konservativen Ausrichtung zweifelhaft.

Die Kleinbürgerlichkeit auf der anderen Seite zeigt sich quicklebendig. Das Kleinbürgertum als zahlenmäßig relevante Schicht gehört der Vergangenheit an, zu sehr hat sich die Bundesrepublik verändert. Doch obwohl nur noch ein kleiner Teil der Bevölkerung sich gesellschaftlich als Kleinbürgertum einordnen lässt, hat sich die *Kleinbürgerlichkeit* über alle sozialen und politischen Grenzen hinweg verbreitet. Die junge Generation strebt einen Lebensentwurf an, in dem sich viele, wenn nicht die meisten, Elemente von Kleinbürgerlichkeit finden: wertorientiert, sicherheitsbedacht, traditionsbewusst. Das gilt auch für die Eltern der Jugendlichen, die in ihrer eigenen Adoleszenz vor fast zwei Jahrzehnten als *Generation Golf* bereits eine Abkehr von Politik wie geistlosem Materialismus vollzogen haben. Eine hohe Systemzufriedenheit führt zu einer oft irrtümlich als apolitisch verstandenen Abkehr von der Politik und vermehrten Einkehr in den Raum des Privaten, in dem Hobbies und Interessen gepflegt werden, die von der Generation 68 als

hemmungslos spießig angesehen worden wären. Wenig verwunderlich, dass scharfzüngige Feuilletonisten, aber auch die empirische Forschung, das Zeitalter eines neuen Biedermeier angebrochen sehen. Womöglich muss man hier eine Kontinuität erkennen, die mit dem *motorisierten Biedermeier* der Adenauer-Jahre begonnen hat und bis heute andauert. Die Liberalisierung nach den Studentenrevolten Ende der 1960er war vielleicht gar keine Alternative zum bestehenden Biedermeier, sondern lediglich eine dringend notwendige Korrektur, ein Update, dass einige heillos veraltete soziale Elemente erneuert, aber die der deutschen Mittelstandsgesellschaft zugrundeliegende kleinbürgerliche Denkweise niemals ausgelöscht hat. Die Deutschen scheinen, nimmt man die Sinus-Studie, die Shell Jugendstudie und Sabine Kuder's Werke als Anhaltspunkt, mit einem gewissen Maß an Kleinbürgerlichkeit durchaus zufrieden zu sein, dieses vielleicht sogar zu wünschen.

Ihre reaktionäre Seite konnte jedoch auch die neue Kleinbürgerlichkeit nicht abschütteln. Der *Wutbürger* zeigt seine Fratze immer dann, wenn der Druck des Wandels und internationaler Krisen zu groß wird, wenn der Fortschritt zu schnell zu kommen und unerwünschte Blüten zu treiben scheint. Wutbürger finden sich, wie die Kleinbürgerlichkeit selbst, in allen sozialen Gruppierungen, vom links-liberalen *Stuttgart-21*-Gegner bis zum rechtsnational angehauchten *AfD*-Wähler und *PEGIDA*-Anhänger. Auffällig ist, dass Wutbürgerlichkeit vor allem in sozio-ökonomisch abgesicherten Milieus zu gedeihen scheint. Anders als der reaktionäre Kleinbürger früherer Epochen, ist der Wutbürger keinesfalls ein Verlierer des gesellschaftlichen Wandels, er lehnt ihn aber trotzdem ab. Paul Nolte (vgl. 2016b) sieht eine „*Krise des Weltverstehens*“ am Werke, die ihren Ursprung in einer grundlegenden Unzufriedenheit mit der Moderne hat.

Dabei geht es mitunter ausgesprochen aggressiv zu, sowohl gegenüber Minderheiten wie auch dem als korrupt und manipulativ betrachteten politischen Establishment. Nolte (vgl. 2016b) erkennt daher gar deutliche Parallelen zur Stimmung kurz vor Ende der Weimarer Republik.

Ob die Lage jedoch so dramatisch ist, wie von Nolte präsentiert, darf bezweifelt werden. So unschön der Wutbürger seinen Frust auch kanalisieren und artikulieren mag, gerade Nolte sollte als prominenter Historiker die deutlichen Unterschiede zwischen Weimar und Bundesrepublik deutlicher hervorheben. Anders als in Weimar ist die Stabilität der

Bundesrepublik nach wie vor hoch. Deutschland ist kein soldatischer Staat, es gibt keine Freikorps aus frustrierten Kriegsveteranen, die sich mit Bolschewisten Straßenschlachten liefern, und ein Wille zum totalen Krieg ist in der Gesamtbevölkerung beim besten Willen nicht erkennbar. Zudem mangelt es, anders als in Weimar, sowohl an einer Partei mit Chancen, das Parlament zu blockieren, als auch an einem als Heilsgestalt präsentierten *Führer*. Die AfD ist nicht die NSDAP, Frauke Petry nicht Hitler. Verglichen mit den Originalen ist das, was Nolte als möglichen Auslöser für ein zweites Weimar fürchtet, zum Glück nur ein blasser Abklatsch, ein schlechter Witz.

Der Wutbürger mag in der Tradition früherer Inkarnationen des reaktionären Kleinbürgertums stehen, doch er ist ein Produkt unserer Zeit, der radikale Auswuchs einer ansonsten ausgesprochen stabilen Demokratie. Wachsamkeit ist angebracht, an Panik grenzende Furcht vor dem Wutbürger und seinen politischen Manifestationen jedoch übertrieben.

So ist es in dieser Abhandlung über den Konservatismus ausgerechnet an Marx, der den Kleinbürger treffender zu charakterisieren vermochte, als jeder andere (vgl. Franke 1988: 133), eine finale Einschätzung von Wutbürgertum, AfD, PEGIDA und der Angst vor einem zweiten Weimar vorzunehmen:

Hegel bemerkte irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen, hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce (Marx & Engels 1960: 135).

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Albrecht, Ulrich (1980): Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Analyse und Dokumentation. Köln: Pahl-Rugenstein.
- Alternative für Deutschland (2014): Mut zur Wahrheit. Politische Leitlinien der Alternative für Deutschland. *Online unter: http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2014/07/AfD_Leitlinien_2014_DE.pdf*, [Letzter Zugriff: 15.06.2016].
- Alternative für Deutschland (2016): Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. *Online unter: https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/06/2016-06-09_afd-grundsatzprogramm-stuttgart_web-version.pdf*, [Letzter Zugriff: 15.06.2016].
- Assmann, Aleida / Frevert, Ute (1999): Geschichtsvergessenheit, Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Bachmeier, Christine / Fischer, Thomas (1992): Wer sind die Deutschen? Nationale Identität unter neuen Vorzeichen. Frankfurt a.M.: Alexander Horn.
- Badstübner, Rolf (1999): Vom „Reich“ zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch. Berlin: Dietz.
- Barz, Heiner (1997): Dramatisierung oder Suspendierung der Sinnfrage? Anomietendenzen im Bereich Religion/Kirche. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg., 1997): *Was treibt die Gesellschaft auseinander?* Bundesrepublik Deutschland. Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Band. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S.414-473.
- Becker, Tobias (2016): Randparzelle. In: *Der Spiegel* 2016(10), S. 70.
- Bednarz, Liane / Giesa, Christoph (2015): Gefährliche Bürger. Die neue Rechte greift nach der Mitte. München: Carl Hanser.
- Benthin, Rainer (2004): Auf dem Weg in die Mitte. Öffentlichkeitsstrategien der Neuen Rechten. Frankfurt a.M.: Campus.
- Berliner Kreis (2016): Erklärung des Berliner Kreises, 11.05.2016. *Online unter: http://www.berlinerkreisinderunion.de/wp-content/uploads/2016/05/Positionspapier_Mai_2016.pdf*, [Letzter Zugriff: 06.06.2016].
- Bösch, Frank (2001): Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945-1969. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Bösch, Frank (2002): Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

- Breuer, Stefan (1993): *Anatomie der Konservativen Revolution*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Buchloh, Stephan (2002): *Pervers, jugendgefährdend, staatsfeindlich. Zensur in der Ära Adenauer als Spiegel des gesellschaftlichen Klimas*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Burke, Edmund (1790): *Reflections on the revolution in France and on the proceedings in certain societies in London relative to that event*. London: Dodsley.
- Cassier, Philipp (2016): Die brandgefährliche radikal-Rhetorik der AfD. In: *Die Welt*, 13.06.2016. Online unter: <http://www.welt.de/kultur/article156178024/Die-brandgefaehrliche-radikal-Rhetorik-der-AfD.html>, [Letzter Zugriff: 17.06.2016].
- Christmann, Holger (2011): Rückkehr des Biedermeier? In: *Frankfurter Allgemeine*, 06.11.2001. Online unter: <http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/gesellschaft-rueckkehr-des-biedermeier-138495.html>, [Letzter Zugriff: 25.06.2016].
- Cornelissen, Waltraud (1993): Politische Partizipation von Frauen in der alten Bundesrepublik und im vereinten Deutschland. In: Helwig, Gisela / Nicke, Hildegard Maria (Hrsg., 1993): *Frauen in Deutschland. 1945-1992*. Berlin: Akademie, S. 321-351.
- Dahrendorf, Ralf (1968): *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*. München: Piper & Co.
- De Zayas, Alfred M. (1980): Die Vertreibung. In: Grube, Frank / Richter, Gerhard (Hrsg., 1980): *Flucht und Vertreibung. Deutschland zwischen 1944 und 1947*. Hamburg: Hoffmann und Campe, S. 129-168.
- Enzensberger, Hans Magnus (1989): *Mittelmaß und Wahn. Gesammelte Zerstreuungen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Erhard, Ludwig (1960): Wirtschaftspolitik als Teil der Gesellschaftspolitik. Rede vor dem Bundesparteitag der CDU am 28. April 1960 in Karlsruhe. In: Erhard, Ludwig (1962): *Deutsche Wirtschaftspolitik. Er Weg der Sozialen Marktwirtschaft*. Düsseldorf: Econ, S. 476-491.
- Fahrenschon, Georg (2009): Konservativ sein heißt, an der Spitze des Fortschritts marschieren. In: *Zehetmair, Hans* (Hrsg., 2009): *Zukunft braucht Konservative*. Freiburg: Herder, S. 185-191.
- Faulenbach, Bernd (1989): Emanzipation von der deutschen Tradition? Geschichtsbewußtsein in den sechziger Jahren. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg., 1989): *Politische Kultur und deutsche Frage. Materialien zum Staats- und Nationalbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland*. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 73-92.

- Faulstich, Werner (2006): „Amerikanisierung“ als kultureller Mehrwert. Amerikanische Rocksongs, Bestseller und Kinofilme in der Bundesrepublik der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre. In: Stephan, Alexander / Vogt, Jochen (Hrsg., 2006): *America on my mind. Zur Amerikanisierung der deutschen Kultur seit 1945*. München: Wilhelm Fink, S. 153-172.
- Franke, Berthold (1988): Die Kleinbürger. Begriff, Ideologie, Politik. Frankfurt: Campus.
- Frankenberg, Günter (2013): Annäherungen an den „Wutbürger“. In: *Kritische Justiz* 46(4), S.396-408.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2006): Irving zu drei Jahren Haft verurteilt. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.02.2006. Online unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/holocaust-leugner-irving-zu-drei-jahren-haft-verurteilt-1306670.html>, [Letzter Zugriff: 01.06.2016].
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2016): Rassistische Äußerungen. Gauland bestreitet Beleidigung von Boateng. Online unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rassistische-aeusserungen-gauland-bestreitet-beleidigung-von-boateng-14258341.html>, [Letzter Zugriff: 18.06.2016].
- Frederiksen, Elke (Hrsg., 1981): Die Frauenfrage in Deutschland 1865-1915. Texte und Dokumente. Stuttgart: Reclam.
- Frei, Norbert (2006): Die langen Fünfziger. In: Zeit Online, 16.02.2006. Online unter: http://pdf.zeit.de/2006/08/I_Essay_1.pdf, [Letzter Zugriff: 19.05.2016].
- Friedrich, Sebastian (2015): Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland. Berlin: Bertz + Fischer.
- Friedrichs, Julia (2016): Entschleunigung. Die Welt ist mir zu viel. In: *Zeit Magazin*, 02.05.2016. Online unter: <http://www.zeit.de/zeit-magazin/2015/01/entschleunigung-biedermeier-handarbeit-stressabbau>, [Letzter Zugriff: 19.06.2016].
- Gauland, Alexander (2009): Wider die pure Rationalität. Bausteine für einen modernen Konservatismus. In: Zehetmair, Hans (Hrsg., 2009): *Zukunft braucht Konservative*. Freiburg: Herder, S. 92-97.
- Geiger, Theodor (1930): Panik im Mittelstand. In: *Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde* (10), S. 637-654. <http://library.fes.de/arbeits/pdf/1930/193010.pdf>.
- Geiger, Theodor (1949): Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel. Köln: Gustav Kiepenheuer
- Geißler, Rainer (2006): Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Gensicke, Thomas (2002): Individualität und Sicherheit in neuer Synthese? Wertorientierungen und gesellschaftliche Aktivität. In: Hurrelmann, Klaus / Albert, Mathias (2002): *Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus*, S. 139-212.
- Gensicke, Thomas (2015): Die Wertorientierungen der Jugend (2002-2015). In: Albert, Mathias / Hurrelmann, Klaus / Quenzel, Gudrun (2015): *Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch*. Frankfurt a.M.: Fischer, S. 237-272.
- Geppert, Dominik (2002): Die Ära Adenauer. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Gillen, Gabriele (2007): Das Wunder der Liebe. Eine kleine Geschichte der sexuellen Revolution. In: Cohn-Bendit, Daniel / Dammann, Rüdiger (Hrsg., 2007): 1968. *Die Revolte*. Frankfurt a.M.: S. Fischer, S. 109-137.
- Giordano, Ralph (1987): Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein. Hamburg: Rasch und Röhning.
- Glaser, Hermann (1964): Spießler Ideologie. Von der Zerstörung des deutschen Geistes im 19. und 20. Jahrhundert. Freiburg: Rombach.
- Glaser, Hermann (1986): Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2. Zwischen Grundgesetz und Großer Koalition 1949-1967. München: Carl Hanser.
- Glaser, Hermann (1991): Kleine Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. 1945-1989. München: Carl Hanser.
- Greber, Helga (1993): Die deutsche Arbeiterbewegung zwischen Revolution, Reform und Etatismus. Mannheim: BI Taschenbuchverlag.
- Greiffenhagen, Martin (1971): Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland. München: R. Pieper.
- Greiffenhagen, Martin / Greiffenhagen, Sylvia (1993): Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland. München: List.
- Greive, Martin (2014): Wirtschaftsflügel will Mindestlohn zerfleddern. In: *Die Welt*, 02.06.2014. Online unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article128615124/Wirtschaftsfluegel-will-Mindestlohn-zerfleddern.html>, [Letzter Zugriff: 05.06.2016].
- Greve, Uwe (1993): Parteienkrise. CDU am Scheideweg. Berlin: Ullstein.
- Greive, Martin: Die AfD ist eine Partei der Besserverdienenden und Gebildeten. In: *Die Welt*, 30.04.2016. Online unter:

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article154899202/Die-AfD-ist-eine-Partei-der-Besserverdiener-und-Gebildeten.html>, [Letzter Zugriff: 20.06.2016].

Gross, Johannes (1992): Über die Deutschen. Zürich: Manesse.

Grünewald, Stephan (2013): Die erschöpfte Gesellschaft. Warum Deutschland neu träumen muss. Frankfurt: Campus.

Habermas, Jürgen (1986): Leserbrief an die „Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. August 1986. In: Augstein, Rudolf (Hrsg., 1987): *Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*. München: Piper, S. 95-97.

Haupt, Heinz-Gerhard / Crossick, Geoffrey (1998): Die Kleinbürger. Eine europäische Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts. München: Beck.

Haupt, Heinz-Gerhard (2001): Die Enge des Kleinbürgertums. Bemerkungen zu seiner Geschichte im 19. Jahrhundert. In: Althaus, Thomas (2001): *Kleinbürger. Zur Kulturgeschichte des begrenzten Bewußtseins*. Tübingen: Attempto.

Häusler, Alexander / Roeser, Rainer (2015): Die rechten „Mut“-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der Alternative für Deutschland. Hamburg: VSA.

Herbert, Ulrich (1986): Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter. Berlin: Dietz.

Hermant, Jost (1989): Kultur im Wiederaufbau. Die Bundesrepublik Deutschland 1945-1965. Frankfurt a.M.: Ullstein.

Herzinger, Richard (2006): Ernst Nolte. Er sagte zuerst, was die AfD jetzt denkt. In: Die Welt, 06.06.2016. Online unter: <http://www.welt.de/kultur/article155985562/Er-sagte-zuerst-was-die-AfD-jetzt-denkt.html>, [Letzter Zugriff: 07.07.2016].

Heidemeyer, Helge (1994): Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949-1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer. Düsseldorf: Droste.

Hobbes, Thomas (1959) Vom Menschen. In: Hobbes, Thomas (1959): *Vom Menschen – Vom Bürger*. Hamburg: Felix Meiner.

Hoeres, Peter (2013): Von der „Tendenzwende“ zur „geistig-moralischen Wende“. Konstruktion und Kritik konservativer Signaturen in den 1970er und 1980er Jahren. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 61(1), S.93-119.

Hofstätter, Peter R. (1963): Einführung in die Sozialpsychologie. Stuttgart: Alfred Kröner.

- Horn, Edmunde (1990): CDU-Frauenpolitik am Beispiel der CDU-Frauenvereinigung. Die Unmöglichkeit der Emanzipation. In: Schabedoth, Hans Joachim / Scherer, Klaus-Jürgen (1990): *Ende der Wende? Konservative Hegemonie zwischen Manifestation und Erosion*. Marburg: SP-Verlag, S. 173-182.
- Illies, Florian (2000): *Generation Golf. Eine Inspektion*. Berlin: Argon.
- Jaraus, Konrad H. (2005): Amerikanische Einflüsse und deutsche Einsichten. Kulturelle Aspekte der Demokratisierung Westdeutschlands. In: Bauerkämper, Arnd / Jaraus, Konrad H. / Payk, Marcus M. (Hrsg., 2006): *Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945-1970*, S. 57-84.
- Jolles, Hiddo M. (1965): *Zur Soziologie der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Jung, Dirk (1982): *Vom Kleinbürgertum zur deutschen Mittelschicht. Analyse einer Sozialmentalität*. Saarbrücken: Die Mitte.
- Kailitz, Steffen (2001): *Die politische Deutungskultur im Spiegel des „Historikerstreits“*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Kandora, Michael (2002): Homosexualität und Sittengesetz. In: Herbert, Ulrich / Lutz, Raphael (Hrsg., 2002): *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980*. Göttingen: Wallstein, S. 379-402.
- Kluge, Renate (1981): Die Geschichte der Frauenemanzipation in der Bundesrepublik seit 1968. In: Probst, Ulrich (Hrsg., 1981): *Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Zur politischen Emanzipation der Frau in der Bundesrepublik Deutschland*. München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung, S. 39-52.
- Knoll, Joachim H. (1984): Der autoritäre Staat. Konservative Ideologie und Staatstheorie am Ende der Weimarer Republik. In: Schumann, Hans-Gerd (Hrsg. 1984): *Konservatismus*. Königstein: Athenäum, S. 225-243.
- Koch, Rainer (1985): *Deutsche Geschichte 1815-1848. Restauration oder Vormärz?* Stuttgart: Kohlhammer.
- Kondylis, Panajotis (1986): *Konservatismus. Geschichtlicher Gehalt und Untergang*. Stuttgart: Ernst Klett.
- Korte, Karl-Rudolf (2014): Alternative für Deutschland. Parteiprofil. In: *Bundeszentrale für politische Bildung*, 28.04.2014. Online unter: <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/europawahl-2014/180972/afd>, [Letzter Zugriff: 17.06.2016].

- Krause, Tilman (2013): Was wollen die Schwulen eigentlich im Mainstream? In: *Die Welt*, 06.03.2013. Online unter: <http://www.welt.de/kultur/article114172510/Was-wollen-die-Schwulen-eigentlich-im-Mainstream.html>, [Letzter Zugriff: 12.06.2013].
- Krauss, Marita (2000): Das „Wir“ und das „Ihr“. Ausgrenzung, Abgrenzung, Identitätsstiftung bei Einheimischen und Flüchtlingen nach 1945. In: Hoffmann, Dierk / Krauss, Marita / Schwartz, Michael (Hrsg., 2000): *Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven*, S. 27-40.
- Kroll, Frank-Lothar (2009): Konservatismus in Deutschland nach 1945. Probleme und Perspektiven. In: Zehetmair, Hans (Hrsg., 2009): *Zukunft braucht Konservative*. Freiburg im Breisgau: Herder, S. 12-38.
- Kröll, Frank-Lothar (2005): Die kupierte Alternative. Konservatismus in Deutschland nach 1945. In: Kröll, Frank-Lothar (Hrsg., 2005): *Die kupierte Alternative. Konservatismus in Deutschland nach 1945*. Berlin: Duncker & Humblot, S. 3-24.
- Krüger, Ralf E. (2014): Neue Generation Biedermeier. Die Jungen werden zu Spießern. In: *Westdeutsche Zeitung*, 06.03.2014. Online unter: <http://www.wz.de/home/panorama/neue-generation-biedermeier-die-jungen-werden-zu-spiessern-1.1577806>, [Letzter Zugriff: 21.06.2016].
- Kudera, Sabine (1988a): Gesellschaftliche Identität und politisches Bewußtsein im Kleinbürgertum. In: Kudera, Sabine (1988): *Empirische Befunde zur Kleinbürgerlichkeit heute*. München-Neubiberg: Universität der Bundeswehr, S. 117-135.
- Kudera, Sabine (1988b): Politische Kleinbürgerlichkeit. Ein empirischer Beitrag zur Analyse politischen Bewußtseins in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 17(4), S. 249-263.
- Kurbjuweit, Dirk (2010): Der Wutbürger. Stuttgart 21 und Sarrazin-Debatte – Warum die Deutschen so viel protestieren. In: *Der Spiegel* 2010(41), S. 26-27.
- Kurbjuweit, Dirk (2013): Das zweite Biedermeier. In: *Der Spiegel* 2013(20), S. 46-47.
- Langguth, Gerd (2001): Das Innenleben der Macht. Krise und Zukunft der CDU. Berlin: Ullstein.
- Langguth, Gerd (2009): Konservatismus als Retter der Union? In: Zehetmair, Hans (Hrsg., 2009): *Zukunft braucht Konservative*. Freiburg: Herder, S. 151-169.
- Lau, Mariam (2009): Die letzte Volkspartei. Angela Merkel und die Modernisierung der CDU. München: Deutsche Verlags-Anstalt.

- Lipset, Seymour Martin (1967): Der Faschismus, die Linke, die Rechte und die Mitte. In: Nolte, Ernst (Hrsg.): *Theorien über den Faschismus*. Köln: Kiepenheuer & Witsch, S. 449-491.
- Lenk Kurt (1989): *Deutscher Konservatismus*. Frankfurt: Campus.
- Leven, Ingo / Quenzel, Gudrun / Hurrelmann, Klaus (2015): Familie, Bildung, Beruf, Zukunft. Am liebsten alles. In: Albert, Mathias / Hurrelmann, Klaus / Quenzel, Gudrun (2015): *Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch*. Frankfurt a.M.: Fischer, S. 47-110.
- Löbbert, Raoul (2015): Gleichgeschlechtliche Ehe. Lob des Unbehagens. In: *Zeit Online*, 13.06.2015. Online unter: <http://pdf.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-06/homo-ehe-gleichstellung-bedenken.pdf>, [Letzter Zugriff: 12.06.2016].
- Maier, Charles S. (1992): *Die Gegenwart der Vergangenheit. Geschichte und die nationale Identität der Deutschen*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Mann, Heinrich (1974): *Der Untertan*. Leipzig: Reclam.
- Mannheim, Karl (1984): *Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Marx, Karl / Engels, Friedrich (1960): *Werke*, Bd. 8. Berlin: Dietz.
- Mayer, Tilmann (2009): Moderner Konservatismus. In: Zehetmair, Hans (Hrsg., 2009): *Zukunft braucht Konservative*. Freiburg: Herder, S. 97-109.
- Meyer, Sibylle / Schulze, Eva (1993): Frauen in der Modernisierungsfalle. Wandel von Ehe, Familie und Partnerschaft in der Bundesrepublik Deutschland. In: Helwig, Gisela / Nicke, Hildegard Maria (Hrsg., 1993): *Frauen in Deutschland. 1945-1992*. Berlin: Akademie, S. 166-191.
- Moeller van den Bruck, Arthur 1931: *Das Dritte Reich*.
- Mohler, Armin: Deutscher Konservatismus seit 1945. In: Kaltenbrunner, Gerd-Klaus (Hrsg., 1974): *Die Herausforderung der Konservativen. Absage an Illusionen*. München: Herder, S. 34-53.
- Mohler, Armin (1994): *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Mommsen, Hans (1986): Suche nach der „verlorenen Geschichte“? Bemerkungen zum historischen Selbstverständnis der Bundesrepublik. In: Augstein, Rudolf (Hrsg., 1987): *Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*. München: Piper, S. 156-173.

- Motte, Jan / Ohliger, Rainer / von Oswald, Anne (1999): 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. In: Motte, Jan / Ohliger, Rainer / von Oswald, Anne (Hrsg., 1999): *50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung*. Frankfurt a.M.: Campus, S. 15-28.
- Müller, Adam H. (Erscheinungsjahr 1922, Erstauflage 1809): *Die Elemente der Staatskunst*, Bd. 1. Jena: Fischer.
- Münkler, Herfried (2009): *Die Deutschen und ihre Mythen*. Berlin: Rowohlt.
- Münkler, Herfried (2010): *Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung*. Berlin: Rowohlt.
- Nipperdey, Thomas (1988): *Wie das Bürgertum die Moderne erfand*. Berlin: Siedler.
- Nipperdey, Thomas (2013a): *Deutsche Geschichte. 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat*. München: Beck.
- Nipperdey, Thomas (2013b): *Deutsche Geschichte. 1866-1918. Band I. Arbeitswelt und Bürgergeist*. München: Beck.
- Nolte, Ernst (1980): Zwischen Geschichtslegende und Revisionsismus? Das Dritte Reich im Blickwinkel des Jahres 1980. In: Augstein, Rudolf (Hrsg., 1987): *Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*. München: Piper, S. 13-35.
- Nolte, Ernst (1984): Konservatismus und Nationalsozialismus. In: Schumann, Hans-Gerd (Hrsg., 1984): *Konservatismus*. Königstein: Athenäum, S. 244-261.
- Nolte, Paul (2016a): AfD - die Chamäleonpartei. In: *Der Tagesspiegel*, 03.04.2016. Online unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/rechtspopulismus-afd-die-chamaeleonpartei/13394398.html>, [Letzter Zugriff: 19.06.2016].
- Nolte, Paul (2016b): Interview mit Eigenmann, Dominique: „Krise erinnert an die 30er Jahre“. In: *Tagesanzeiger*, 17.06.2016. Online unter: www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/krise-erinnert-an-die-30erjahre/story/15637273f, [Letzter Zugriff: 07.07.2016].
- Novi, Livia (1999): Lebenswelten italienischer Migranten. Eine empirische Analyse. In: Motte, Jan / Ohliger, Rainer / von Oswald, Anne (Hrsg., 1999): *50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung*. Frankfurt a.M.: Campus, S. 243-258.
- Pintschovius, Joska (2008): *Die Diktatur der Kleinbürger. Der lange Weg in die deutsche Mitte*. Berlin: Osburg.
- Paulmann, Volker (2008): Die Studentenbewegung und die NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik. In: Glienke, Stephan Alexander / Paulmann, Volker / Perels, Joachim (Hrsg., 2008): *Erfolgsgeschichte Bundesrepublik? Die Nachkriegsgesellschaft im langen Schatten des Nationalsozialismus*. Göttingen: Wallstein, S. 185-216.

- Pausch, Robert (2016): Partei der radikalisierten Mitte. In: *Zeit Online*, 14.03.2016. Online unter: <http://pdf.zeit.de/politik/deutschland/2016-03/afd-analyse-erfolg-landtagswahlen-partei-waehler.pdf>, [Letzter Zugriff: 19.06.2016].
- Pohlmann, Friedrich (2008): Der deutsche „Historikerstreit“ im Wandel des Zeitgeistes“. In: Kronenberg, Volker (Hrsg., 2008): *Zeitgeschichte, Wissenschaft und Politik. Der „Historikerstreit“. 20 Jahre danach*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pütz, Helmuth (1985): Die CDU. Entwicklung, Organisation und Politik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Düsseldorf: Droste.
- Quenzel, Gudrun / Hurrelmann, Klaus / Albert, Mathias: Jugend 2015: Eine pragmatische Generation im Aufbruch. In: Albert, Mathias / Hurrelmann, Klaus / Quenzel, Gudrun (2015): *Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch*. Frankfurt a.M.: Fischer, S. 375-388.
- Reiche, Reimut (1988): Sexuelle Revolution. Erinnerung an einen Mythos. In: Baier, Lothar (Hrsg., 1988): *Die Früchte der Revolte. Über die Veränderung der politischen Kultur durch die Studentenbewegung*, S. 45-71.
- Rödder, Andreas (2009): Was heißt heute konservativ? Zur Aktualität einer klassischen Denkform. In: Zehetmair, Hans (Hrsg., 2009): *Zukunft braucht Konservative*. Freiburg: Herder, S. 61-79.
- Rödder, Andreas (2016): Interview mit Delhaes-Guenther, Andreas: „Konservative Politik ist zutiefst menschenfreundlich“. In: *Bayernkurier*, 04.06.2016. Online unter: <https://www.bayernkurier.de/inland/14129-konservative-politik-ist-zutiefst-menschenfreundlich>, [Letzter Zugriff: 08.06.2016].
- Rousseau, Jean-Jacques (1750): Über Kunst und Wissenschaft. In: Rousseau, Jean-Jacques (1995): *Schriften zur Kulturkritik. Über Kunst und Wissenschaft – Über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen*. Hamburg: Felix Meiner.
- Rousseau, Jean-Jacques (2001): Diskurs über die Ungleichheit. Discours sur l' inégalité. Paderborn: Schöningh.
- Schabedoth, Hans-Joachim / Scherer, Klaus-Jürgen (1990): Konservative Hegemonie zwischen Manifestation und Erosion. In: Schabedoth, Hans Joachim/ Scherer, Klaus-Jürgen (1990): *Ende der Wende? Konservative Hegemonie zwischen Manifestation und Erosion*. Marburg: SP-Verlag, S. 11-41.
- Schelsky, Helmut (1953): Die Bedeutung des Schichtungsbegriffes für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft. In: ders. (1965): *Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze*. Düsseldorf: Eugen Diederichs, S. 331-336.
- Schelsky, Helmut (1955): Über das Restaurative in unserer Zeit. In: ders. (1965): *Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze*. Düsseldorf: Eugen Diederichs, S. 405-414.

- Schelsky, Helmut (1961a): Die Bedeutung des Klassenbegriffes für die Analyse unserer Gesellschaft. In: ders. (1965): *Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze*. Düsseldorf: Eugen Diederichs, S. 352-390.
- Schelsky, Helmut (1961b): Gesellschaftlicher Wandel. In: ders. (1965): *Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze*. Düsseldorf: Eugen Diederichs, S. 337-351.
- Schelsky, Helmut (1963): Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend. Düsseldorf: Eugen Diederichs.
- Schenk, Herrad (1990): Die feministische Herausforderung. 150 Jahre Frauenbewegung in Deutschland. München: Beck.
- Scherer, Klaus-Jürgen (1990): Der gewendete Zeitgeist. Neue soziokulturelle und psychosoziale Aspekte der 80er Jahre. In: Schabedoth, Hans Joachim/ Scherer, Klaus-Jürgen (1990): *Ende der Wende? Konservative Hegemonie zwischen Manifestation und Erosion*. Marburg: SP-Verlag, S.133-144.
- Schildt, Axel (1998): Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München: C. H. Beck.
- Schilling, Heinz (2003): Kleinbürger. Mentalität und Lebensstil. Frankfurt: Campus.
- Schlieben, Michael (2011): Partei in der Krise. Die CDU schlingert auf der Suche nach Sinn. In: *Zeit Online*, 01.06.2011. Online unter: <http://pdf.zeit.de/politik/deutschland/2011-05/cdu-sinnsuche-cda-wirtschaftsrat.pdf>, [Letzter Zugriff: 05.06.2016].
- Schmid, Thomas (1988): Die Wirklichkeit eines Traums. Versuch über die Grenzen des autopoietischen Vermögens meiner Generation. In: Baier, Lothar (Hrsg., 1988): *Die Früchte der Revolte. Über die Veränderung der politischen Kultur durch die Studentenbewegung*, S. 7-33.
- Schmid, Josef / Tiemann, Heinrich (1990): Die Modernisierung der CDU. In: Schabedoth, Hans Joachim/ Scherer, Klaus-Jürgen (1990): *Ende der Wende? Konservative Hegemonie zwischen Manifestation und Erosion*. Marburg: SP-Verlag, S. 93-105.
- Schmitt, Carl (1937): Totaler Feind, totaler Krieg, totaler Staat. In: ders. (1988): Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schmitt, Carl (1991): Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schmitt, Carl (2009): Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien. Berlin: Duncker & Humblot.

- Schneekloth, Ulrich (2015): Jugend und Politik. Zwischen positivem Gesellschaftsbild und anhaltender Politikverdrossenheit. In: Albert, Mathias / Hurrelmann, Klaus / Quenzel, Gudrun (2015): *Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch*. Frankfurt a.M.: Fischer, S. 153-200.
- Schneekloth, Ulrich / Leven, Ingo (2002): Methodik. In: Albert, Mathias / Hurrelmann, Klaus / Quenzel, Gudrun (2015): *Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch*. Frankfurt a.M.: Fischer, S. 389-400.
- Schwaabe, Christian (2002): Der distanzierte Bürger. Gesellschaft und Politik in einer sich wandelnden Moderne. München: Forschungsgruppe Deutschland.
- Schwaabe, Christian (2003): Antiamerikanismus. Wandlungen eines Feindbildes. München: Wilhelm Fink.
- Schwaabe, Christian (2005): Die deutsche Modernitätskrise. Politische Kultur und Mentalität von der Reichsgründung bis zur Wiedervereinigung. München: Wilhelm Fink.
- Schwan, Heribert / Steininger, Rolf (2009): Die Bonner Republik 1949-1998. Berlin: Ullstein.
- Sinus (2015): Informationen zu den Sinus-Milieus 2015/16. Heidelberg: Sinus Markt und Sozialforschung.
- Stahnke, Julian / Blickle, Paul / Venohr, Sascha / Greven, Ludwig (2016): Das große Wandern. In: *Zeit Online*, 14.03.2016. Online unter: <http://pdf.zeit.de/politik/deutschland/2016-03/waehlerwanderung-landtagswahlen-parteien-cdu-afd-nichtwaehler.pdf>, [Letzter Zugriff: 20.09.2016].
- Stock, Wolfgang (2000): Angela Merkel. Eine politische Biographie. München: Olzog.
- Sombart, Werner (1913): Die deutsche Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert. Berlin: Georg Bondi.
- Sontheimer, Kurt (1957): Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 5(1), S.42-62.
- Sontheimer, Kurt (1991): Die Adenauer-Ära. Grundlegung der Bundesrepublik. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Sösemann, Bernd (1988): Kritik an der entstehenden Restauration. In: *Zeit Online*, 01.04.1988. Online unter: <http://pdf.zeit.de/1988/14/kritik-an-der-entstehenden-restauration.pdf>, [Letzter Zugriff: 20.05.2016].
- Spengler, Oswald (1990): Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte. München: C. H. Beck.

- Stadelmann, Rudolf (1968): Soziale Ursachen der Revolution von 1848. In: Wehler, Hans-Ulrich: *Moderne deutsche Sozialgeschichte*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Steber, Martina / Gotto, Bernhard / Föllmer, Moritz / Süß, Dietmar / Harvey, Elizabeth (2014): Volksgemeinschaft und die Gesellschaftsgeschichte des NS-Regimes. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 62(3), S. 433-468.
- Stümke, Hans-Georg (1989): *Homosexuelle in Deutschland. Eine politische Geschichte*. München: C. H. Beck.
- Thöndl, Michael (1993): Das Politikbild von Oswald Spengler (1880-1936) mit einer Ortsbestimmung seines politischen Urteils über Hitler und Mussolini. In: *Zeitschrift für Politik* 40(4), S. 418-443.
- Thränhardt, Dietrich (1996): *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Vogel, Angela (1989): Familie. In: Benz, Wolfgang (Hrsg., 1989): *Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Band 3: Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Fischer, S. 35-86.
- Volkov, Shulamit (1978): *The Rise of Popular Antimodernism in Germany. The Urban Master Artisans 1873-1896*. Princeton: Princeton University Press.
- Von Oswald, Anne / Schmidt, Barbara (1999): „Nach Schichtende sind sie immer in ihr Lager zurückgekehrt...“. Leben in „Gastarbeiter“-Unterkünften in den sechziger und siebziger Jahren. In: Motte, Jan / Ohliger, Rainer / von Oswald, Anne (Hrsg., 1999): *50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung*. Frankfurt a.M.: Campus, S. 184-214.
- Vorländer, Hans (2011): Der Wutbürger. Repräsentative Demokratie und kollektive Emotionen. In: Bluhm, Harald / Fischer, Karsten / Llangue, Marcus (2011): *Ideenpolitik. Geschichtliche Konstellationen und gegenwärtige Konflikte*. Berlin: Akademie.
- Vorländer, Hans / Herold, Maik / Schäller, Steven (2015): *Wer geht zu PEGIDA und warum? Eine empirische Untersuchung von PEGIDA-Demonstranten in Dresden*. Dresden: ZVD.
- Walter, Franz (2010): Konservatismus-Debatte. Union ohne Kompass. In: *Spiegel Online*, 14.09.2010. Online unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/konservatismus-debatte-union-ohne-kompass-a-717296-druck.html>, [Letzter Zugriff: 05.07.2016].
- Weber, Max (1972): *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: Mohr.
- Weber, Max (1992): *Wissenschaft als Beruf*. Tübingen: Mohr.
- Wehler, Hans-Ulrich (2008): *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Fünfter Band, Bundesrepublik und DDR 1949-1990. München: C. H. Beck.

- Wehner, Markus / Eckart, Lohse (2016): „Nicht als Nachbarn“. Gauland beleidigt Boateng. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 29.05.2016. Online unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-vize-gauland-beleidigt-jerome-boateng-14257743.html>, [Letzter Zugriff: 17.06.2016].
- Weiland, Severin (2015): Finanzhilfe für Athen. Unionspolitiker misstrauen Merksels Griechenland-Kurs. In: *Spiegel Online*, 09.06.2015. Online unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/griechenland-hilfe-unions-unterstuetzung-fuer-angela-merkel-broeckelt-a-1037843.html>, [Letzter Zugriff: 10.06.2016].
- Weiland, Severin (2016): AfD verkauft sich als Anti-Establishment-Partei. In: *Spiegel Online*, 30.04.2016. Online unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-verkauft-sich-als-anti-establishment-partei-a-1090210.html>, [Letzter Zugriff: 19.06.2016].
- Weis, Hildegard (1985): Die Ideologientwicklung in der deutschen Studentenbewegung. München: Oldenburg.
- Werner, Alban (2015): Was ist, was will, wie wirkt die AfD? Köln: ISP.
- Winkler, Heinrich August (2005): Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie. München: Beck.
- Wolfrum, Edgar (2006): Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Zeit Online (2015): Flüchtlingspolitik. CDU-Politiker schreiben Merkel offenen Brief. In: *Zeit Online*, 07.10.2015. Online unter: <http://pdf.zeit.de/politik/deutschland/2015-10/cdu-angela-merkel-kritik-fluechtlingskrise.pdf>, [Letzter Zugriff: 06.06.2016].
- Zeit Online (2016): Türkei. Unionspolitiker und Merkel uneins in Sachen Visafreiheit. In: *Zeit Online*, 05.05.2016. Online unter: <http://pdf.zeit.de/politik/deutschland/2016-05/tuerkei-visafreiheit-union-widerstand-merkel.pdf>, [Letzter Zugriff: 06.06.2016].
- Zolleis, Udo (2008): Die CDU. Das politische Leitbild im Wandel der Zeit. Wiesbaden: VS-Verlag.